



Vom Grossen Stadtrat
genehmigt am
16. Dezember 2021

Protokoll Nr. 15

über die Verhandlungen
des Grossen Stadtrates von Luzern
Donnerstag, 23. September 2021, 8.15–17.55 Uhr
Regierungsgebäude Kanton Luzern,
Kantonsratssaal

Vorsitz:

Ratspräsidentin Sonja Döbeli Stirnemann

Präsenz:

Anwesend sind 45–48 Ratsmitglieder.

Entschuldigt:

Andreas Felder bis 8.45 Uhr und von 14.15 bis 15 Uhr
Roger Sonderegger am Vormittag
Lisa Zanolla ab 16.40 Uhr
Adrian Albisser ab 17.35 Uhr
Heidi Rast ab 17.35 Uhr

Der Stadtrat ist vollzählig erschienen.

Protokoll:

Andrea Müller

Verhandlungsgegenstände	Seite
1. Mitteilungen der Ratspräsidentin	4
2. Bericht und Antrag der Geschäftsprüfungskommission vom 26. August 2021: Ombudsstelle der Stadt Luzern <ul style="list-style-type: none">▪ Teilrevision des Reglements über die Ombudsstelle der Stadt Luzern vom 31. Januar 2013 (sRSL 0.3.1.1.3)▪ Wahl der Ombudsperson und der Stellvertretung für die Amtsdauer vom 1. Januar 2022 bis 31. Dezember 2025▪ Erhöhung Pensum der Ombudsperson	6
3. Bericht und Antrag 20/2021 vom 9. Juni 2021: Stadtklima-Initiative <ul style="list-style-type: none">▪ Stadtklima-Initiative («Weniger Beton und Asphalt – mehr natürliche Flächen in Luzern»)▪ Gegenvorschlag, Sonderkredit	9

4.	Postulat 63, Roger Sonderegger und Michael Zeier-Rast namens der CVP-Fraktion vom 9. Februar 2021: Begrünung von Parkplätzen	23
5.	Bericht und Antrag 18/2021 vom 2. Juni 2021: Entwicklungskonzept für das linke Seeufer und das Gebiet Tribtschen II Umsetzungsprojekte	23
6.	Bericht und Antrag 21/2021 vom 23. Juni 2021: Projekt «Alterswohnen integriert» <ul style="list-style-type: none"> ▪ Bericht zum Projektstart ▪ Nachtragskredit 	38
–	Dringliches Postulat 122, Irina Studhalter namens der G/JG-Fraktion vom 17. August 2021: Humanitäre Krise in Afghanistan: Schutz für vulnerable Personen	48
–	Dringliche Interpellation 127, Thomas Gfeller namens der SVP-Fraktion, Silvio Bonzanigo sowie Michael Zeier-Rast namens der CVP-Fraktion vom 13. September 2021: Nach der abgesagten Mäas 2021	52
7.	Bericht und Antrag 19/2021 vom 2. Juni 2021: Neues Luzerner Theater Neubau / Architekturwettbewerb <ul style="list-style-type: none"> ▪ Rahmenbedingungen ▪ Verfahren, Programm und Kosten ▪ Sonderkredit 	73
8.	Motion 66, Christov Rolla, Michael Zeier-Rast, Adrian Albisser, Tamara Celato, Mike Hauser, Marc Lustenberger, Jona Studhalter, Judith Wyrtsch und Lisa Zanolla namens der Bildungskommission vom 18. Februar 2021: Erarbeitung der Kulturstrategie breit abstützen	86
9.	Motion 52, Mike Hauser namens der FDP-Fraktion, Michael Zeier-Rast namens der CVP-Fraktion, Jörg Krähenbühl namens der SVP-Fraktion, Adrian Albisser namens der SP-Fraktion und Judith Wyrtsch namens der GLP-Fraktion vom 5. Januar 2021: Billettsteuer	86
10.	Motion 4, Jona Studhalter, Irina Studhalter und Martin Abele namens der G/JG-Fraktion vom 4. September 2020: Eröffnung der Legislatur durch jüngstes Ratsmitglied	87

- | | | |
|-----|--|---|
| 11. | Motion 14, Nico van der Heiden und Regula Müller namens der SP-Fraktion,
Christian Hochstrasser namens der G/JG-Fraktion sowie Judith Wyrsch und Jules
Gut namens der GLP-Fraktion
vom 22. September 2020:
Zeitgerechte Kinderbetreuung sicherstellen | 91 |
| 12. | Interpellation 69, Regula Müller und Tamara Celato namens der SP-Fraktion
vom 1. März 2021:
Wie kann die gendersensible Berufsorientierung gestützt werden? | 91 |
| 13. | Interpellation 58, Lena Hafen und Simon Roth namens der SP-Fraktion
vom 1. Februar 2021:
Grundstückgeschäfte EWL | 92 |
| 14. | Postulat 60, Roger Sonderegger und Peter Gmür namens der CVP-Fraktion
vom 4. Februar 2021:
Biozide in der Gebäudehülle vermeiden | Die Traktanden
14 bis 20 wurden
aus zeitlichen
Gründen nicht
behandelt. |
| 15. | Interpellation 65, Sandra Felder-Estermann, Mike Hauser und Marc Lusten-
berger namens der FDP-Fraktion
vom 15. Februar 2021:
Wie erfolgreich sind Pop-up-Parks in der Stadt Luzern? | |
| 16. | Interpellation 98, Patrick Zibung und Thomas Gfeller namens der SVP-Frak-
tion
vom 10. Mai 2021:
Weiteres Vorgehen und die Kosten betreffend Eichwäldlibesetzer | |
| 17. | Interpellation 55, Martin Abele namens der G/JG-Fraktion
vom 25. Januar 2021:
Velofahrende Kinder auf Trottoir: Sensibilisierung | |
| 18. | Interpellation 99, Patrick Zibung und Thomas Gfeller namens der SVP-Frak-
tion
vom 10. Mai 2021:
Die grüne Oase beim Löwenplatz | |
| 19. | Postulat 84, Claudio Soldati und Tamara Celato namens der SP-Fraktion
vom 12. April 2021:
Reduktion der Fallbelastung in der Sozialhilfe | |
| 20. | Postulat 85, Claudio Soldati und Tamara Celato namens der SP-Fraktion
vom 12. April 2021:
Reduktion der Fallbelastung im Kindes- und Erwachsenenschutz | |

Beratung der Traktanden

1 Mitteilungen der Ratspräsidentin

Ratspräsidentin Sonja Döbeli Stirnemann begrüsst die Anwesenden zur 15. Sitzung des Grossen Stadtrates. Diese findet im Kantonsratssaal statt. Sie weist darauf hin, dass das zugestellte Corona-Schutzkonzept zu beachten ist. Es sieht das Tragen von Schutzmasken im ganzen Gebäude vor. Wer beim Eintreten das Covid-Zertifikat vorweist, darf die Maske im Anschluss ablegen. Damit die Live-Übertragung der heutigen Sitzung gut klappt, bittet die Sprechende die Parlamentarierinnen und Parlamentarier, beim Sprechen aufzustehen und das Mikrofon nach dem Votum auszusprechen.

Die Sprechende gibt die Entschuldigungen bekannt (siehe Seite 1).

Die Interpellation 111, Silvio Bonzanigo vom 1. Juni 2021:

Erweiterung Cheerstrasse, Knoten Bodenhof: Hat die Stadt Luzern den Kontakt mit dem Kanton rechtzeitig gewahrt?

wurde am 6. September 2021 zurückgezogen.

Zur Traktandenliste

Die Traktanden 19 und 20 sowie 3 und 4 werden gemeinsam behandelt.

Bisher konnten bei den Traktandenlisten jeweils Unterpunktierungen vorgenommen werden, was aufgrund des neuen Softwaresystems der Stadt Luzern nicht mehr möglich ist. Das Sekretariat des Grossen Stadtrates ist aber dabei, eine Kennzeichnung auszuarbeiten, damit die gemeinsam zu behandelnden Traktanden künftig ersichtlich sein werden.

Sofern die Dringlichkeit der Interpellation 127: «Nach der abgesagten Mäas 2021» vom Grossen Stadtrat beschlossen wird, macht der Sender Tele 1 nach der Mittagspause Fernsehaufnahmen im Kantonsratssaal.

Zu den als dringlich eingereichten Vorstössen

- Dringliches Postulat 122, Irina Studhalter namens der G/JG-Fraktion vom 17. August 2021:
Humanitäre Krise in Afghanistan: Schutz für vulnerable Personen

Der Stadtrat opponiert der Dringlichkeit nicht.

Thomas Gfeller: Die SVP-Fraktion lehnt die Dringlichkeit sowie den Inhalt des Postulats ab. Die Flüchtlingspolitik liegt in der Kompetenz des Bundes. Ihre Behandlung gehört nicht in den Grossen Stadtrat von Luzern.

Der Grosse Stadtrat beschliesst die Dringlichkeit des Postulats 122.

- Dringliches Postulat 123, Silvio Bonzanigo vom 1. September 2021:
Öffentliche Auflagen und Einsprachemöglichkeiten dürfen keine Farce sein

Der Stadtrat opponiert der Dringlichkeit.

Silvio Bonzanigo hält an der Dringlichkeit fest.

Der Grosse Stadtrat lehnt die Dringlichkeit des Postulats 123 ab.

- Dringliche Interpellation 127, Thomas Gfeller namens der SVP-Fraktion, Silvio Bonzanigo sowie Michael Zeier-Rast namens der CVP-Fraktion vom 13. September 2021:
Nach der abgesagten Mäas 2021

Der Stadtrat opponiert der Dringlichkeit nicht.

Der Grosse Stadtrat beschliesst die Dringlichkeit des Postulats 127.

- Dringliches Postulat 128, Christa Wenger, Christian Hochstrasser, Barbara Irniger und Christov Rolla vom 13. September 2021:
Das Grundstück Buobenmatt in den Planungssperimeter für das neue Theater einbeziehen

Der Stadtrat opponiert der Dringlichkeit.

Gemäss **Christa Wenger** halten die Postulantinnen und Postulanten nicht an der Dringlichkeit fest, sondern werden stattdessen in der Detailberatung des Traktandums 7 (B+A 19/2021: Neues Luzerner Theater) eine Protokollbemerkung stellen.

- 2 Bericht und Antrag der Geschäftsprüfungskommission vom 26. August 2021:**
Ombudsstelle der Stadt Luzern
- **Teilrevision des Reglements über die Ombudsstelle der Stadt Luzern vom 31. Januar 2013 (sRSL 0.3.1.1.3)**
 - **Wahl der Ombudsperson und der Stellvertretung für die Amtsdauer vom 1. Januar 2022 bis 31. Dezember 2025**
 - **Erhöhung Pensum der Ombudsperson**

EINTRETEN UND DETAIL GEMEINSAM

GPK-Präsident Gianluca Pardini: Die Geschäftsprüfungskommission (GPK) des Grossen Stadtrates hat an ihrer Sitzung vom 26. August 2021 den B+A «Ombudsstelle der Stadt Luzern» beraten und einstimmig verabschiedet. Die Ombudsstelle steht der Bevölkerung der Stadt Luzern seit 2014 als wichtige Dienstleistung und Anlaufstelle zur Verfügung. Sie vermittelt bei Konflikten zwischen Bevölkerung und Verwaltung. Sie prüft auch, ob die Ratsuchenden von der Verwaltung richtig, d. h. rechtmässig und verhältnismässig, behandelt worden sind. Auf der anderen Seite schützt die Ombudsstelle aber auch die Verwaltung vor unrechtmässigen Vorwürfen – und ist aus heutiger Sicht als Dienstleistung nicht mehr wegzudenken, gerade weil sie neutral und unabhängig in der Öffentlichkeit steht. Die Fakten sprechen für sich: Seit längerer Zeit sieht sich die Ombudsstelle mit steigenden Fallzahlen konfrontiert. Nach fundierten Überlegungen beantragt die GPK deshalb beim Parlament eine Erhöhung des Stellenpensums der Ombudsstelle. Die GPK ist der Ansicht, dass dies aufgrund der Fallzahlentwicklung und der steigenden Komplexität der Fälle der Ombudsstelle nötig ist, insbesondere um die hohe Qualität der Fallbearbeitung aufrechtzuerhalten. Gleichzeitig sieht sich die GPK heute veranlasst, das Reglement über die Ombudsstelle der Stadt Luzern vom 31. Januar 2013 leicht zu revidieren. Dabei handelt es sich vorwiegend um sprachliche Änderungen, um nötige Anpassungen an teils neuen rechtlichen Grundlagen und um die Regelungen betreffend die Anstellungsbedingungen der stellvertretenden Ombudsperson.

Zu den Wahlen der Ombudsperson für die Legislatur 2022–2025: Der Sprechende ist sehr erfreut, dass die zur Wahl stehende Ombudsperson und die stellvertretende Ombudsperson heute auf der Zuschauerinnentribüne an der Ratssitzung anwesend sind.

Die GPK beantragt dem Grossen Stadtrat die Wiederwahl von Lucia Schnider Stulz als Ombudsperson: Mit Frau Schnider Stulz hatte die Stadt Luzern bis anhin eine äusserst pflichtbewusste und kompetente Ombudsperson, welche sich voll und ganz den Interessen der breiten Öffentlichkeit widmete – die GPK ist überzeugt, dass Frau Schnider Stulz dies mit einem unterdessen grossen Erfahrungsschatz und mit grossem Engagement für die Bevölkerung und die Behörden weiterhin erfolgreich tun wird. Auch verdankt die Stadt Luzern Lucia Schnider die hohe Reputation der heutigen Ombudsstelle. Für ihre bisher geleistete Arbeit für die Bevölkerung der Stadt sei ihr an dieser Stelle herzlich gedankt. Die GPK hofft, dass der Grosse Stadtrat Frau Schnider mit ihrer Wahl als Ombudsperson weiterhin das nötige Vertrauen ausspricht.

Zugleich wird die Ombudsstelle für die anstehende Legislatur mit einer ständigen Stellvertretung ergänzt. Die GPK ist sehr erfreut, dass sie dem Parlament die Neuwahl von Markus Vanza als stellvertretende Ombudsperson der Stadt Luzern zur Wahl vorschlagen darf.

Herr Vanza verfügt über langjährige Verwaltungserfahrung im kantonalen, städtischen sowie kommunalen Umfeld. Bis Ende Juli 2021 arbeitete er als Gemeindegeschreiber der Seetaler Gemeinde Hohenrain. Ende Juni 2018 wurde der zertifizierte Mediator SDM-FSM und Supervisor vom Kantonsrat des Kantons Zug als Stellvertreter der Ombudsperson für die Amtsdauer 2019–2022 gewählt. Die GPK ist überzeugt davon, dass die stellvertretende Ombudsperson wichtige Erfahrungen und das nötige Know-how mitbringt, um zusammen mit Lucia Schnider Stulz die Ombudsstelle erfolgreich weiterzuentwickeln.

Mit der Neuwahl der Ombudsstelle geht gleichzeitig die Amtszeit von Othmar Kreiliger als stellvertretende Ombudsperson zu Ende. Herr Kreiliger hat sich für eine weitere Amtsperiode nicht mehr zur Verfügung gestellt. Die GPK dankt für sein Engagement, für seine Verpflichtung und seinen Einsatz im Dienste der Bevölkerung und der GPK des Grossen Stadtrates und wünscht ihm für die Zukunft alles Gute.

Die GPK beantragt dem Parlament somit, der Änderung des Reglements über die Ombudsstelle der Stadt Luzern vom 31. Januar 2013 zuzustimmen, Lucia Schnider Stulz als Ombudsperson und Markus Vanza als stellvertretende Ombudsperson für die Amtsdauer vom 1. Januar 2022 bis 31. Dezember 2025 zu wählen und von der Erhöhung des Pensums der Ombudsperson ab 1. Januar 2022 auf 70 Stellenprozent sowie der Festlegung des Pensums der Stellvertretung auf 20 Stellenprozent zustimmend Kenntnis zu nehmen.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen zum B+A.

Seite 9 Beschluss des Grossen Stadtrates

- I. Der Grosse Stadtrat stimmt der Reglementsänderung mit 45 : 0 : 0 Stimmen zu.**
- II. Der Grosse Stadtrat wählt für die Amtsdauer vom 1. Januar 2022 bis 31. Dezember 2025 Lucia Schnider Stulz als Ombudsperson.**
- III. Der Grosse Stadtrat wählt für die Amtsdauer vom 1. Januar 2022 bis 31. Dezember 2025 Markus Vanza als Stellvertreter der Ombudsperson.**
- IV. Der Grosse Stadtrat nimmt von der Erhöhung des Pensums der Ombudsperson ab 1. Januar 2022 auf 70 Stellenprozent sowie der Festlegung des Pensums ihrer Stellvertretung auf 20 Stellenprozent zustimmend Kenntnis. Der entsprechende Aufwand ist in das Budget 2022 aufzunehmen.**

Der Beschluss lautet:

Der Grosse Stadtrat von Luzern,

nach Kenntnisnahme vom Bericht und Antrag der Geschäftsprüfungskommission vom 26. August 2021 betreffend

Ombudsstelle der Stadt Luzern

- **Teilrevision des Reglements über die Ombudsstelle der Stadt Luzern vom 31. Januar 2013 (sRSL 0.3.1.1.3)**
- **Wahl der Ombudsperson und der Stellvertretung für die Amtsdauer vom 1. Januar 2022 bis 31. Dezember 2025**
- **Erhöhung Pensum der Ombudsperson,**

gestützt auf den Bericht der Geschäftsprüfungskommission,

in Anwendung von Art. 27 Abs. 2 und 3 der Gemeindeordnung der Stadt Luzern vom 7. Februar 1999 sowie Art. 52 und Art. 55i des Geschäftsreglements des Grossen Stadtrates vom 11. Mai 2000,

beschliesst:

- I. 1. Das Reglement über die Ombudsstelle der Stadt Luzern vom 31. Januar 2013 wird wie folgt geändert:

Art. 13 *Stellvertretung*

¹ Die Stellvertretung wird bei längerer Abwesenheit und bei einem Ausstand der Ombudsperson sowie bei Vorliegen anderer wichtiger Gründe tätig und hat die gleichen Aufgaben und Befugnisse.

² (bleibt unverändert)

Art. 14 *Anstellungsbedingungen*

¹ (bleibt inhaltlich unverändert)

² Die Anstellung der Ombudsperson und der Stellvertretung erfolgt grundsätzlich über ein öffentlich-rechtliches Dienstverhältnis. Das städtische Personalreglement und die dazugehörenden Ausführungserlasse finden in diesem Fall auf die Ombudsperson und die Stellvertretung Anwendung.

Art. 16 *Organisation der Ombudsstelle*

¹⁻³ (bleiben inhaltlich unverändert)

⁴ Sitz der Ombudsstelle ist die Stadt Luzern.

Art. 17 *Budget*

¹⁻² (bleiben inhaltlich unverändert)

³ Wird aufgehoben.

In **Art. 12 bis 15** wird der Begriff «Stellvertreterin oder Stellvertreter» mit «Stellvertretung» ersetzt.

In **Art. 16 und 17** wird der Begriff «Voranschlag» mit «Budget» ersetzt; in Art. 17 zusätzlich der Begriff «Laufende Rechnung» mit «Erfolgsrechnung».

2. Diese Änderung tritt am 1. Januar 2022 in Kraft. Sie ist zu veröffentlichen.

II. Für die Amtsdauer vom 1. Januar 2022 bis 31. Dezember 2025 wird Lucia Schnider Stulz als Ombudsperson gewählt.

III. Für die Amtsdauer vom 1. Januar 2022 bis 31. Dezember 2025 wird Markus Vanza als Stellvertreter der Ombudsperson gewählt.

IV. Von der Erhöhung des Pensums der Ombudsperson ab 1. Januar 2022 auf 70 Stellenprozent sowie der Festlegung des Pensums ihrer Stellvertretung auf 20 Stellenprozent wird zustimmend Kenntnis genommen. Der entsprechende Aufwand ist in das Budget 2022 aufzunehmen.

V. Der Beschluss gemäss Ziffer I unterliegt dem fakultativen Referendum.

3 Bericht und Antrag 20/2021 vom 9. Juni 2021:

Stadtklima-Initiative

- **Stadtklima-Initiative («Weniger Beton und Asphalt – mehr natürliche Flächen in Luzern»)**
- **Gegenvorschlag, Sonderkredit**

Ratspräsidentin Sonja Döbeli Stirnemann: Die Traktanden 3 und 4 werden gemeinsam behandelt.

EINTRETEN

Baukommissionspräsident Rieska Dommann: Die Baukommission des Grossen Stadtrates hat an ihrer Sitzung vom 26. August 2021 den B+A 20/2021: «Stadtklima-Initiative» behandelt und vorgängig eine Delegation des Initiativkomitees angehört. Die Initiative ist aus Sicht der Baukommission gültig. Die Kommission lehnt die Initiative ab und unterstützt den Gegenvorschlag des Stadtrates, wobei der Sonderkredit gegenüber dem Antrag des Stadtrates um 1 Mio. auf 4,7 Mio. Franken erhöht wurde.

Die Baukommission anerkennt, dass die Bekämpfung der zunehmenden Versiegelung und die Erhaltung von Freiräumen und der Biodiversität wichtige Anliegen sind. Aus Sicht der Baukommission unternimmt die Stadt in diesem Bereich jedoch bereits sehr viel. Der von den Initianten ver-

langte Versiegelungsstopp geht deshalb einer Mehrheit der Baukommission zu weit, da sich daraus zahlreiche Zielkonflikte, u. a. mit der angestrebten Verdichtung nach innen oder der vielfältigen Nutzung von Dachflächen, ergeben. Zudem erachtet die Mehrheit der Kommission das von den Initianten vorgeschlagene Modell mit anteilsgleichen Kompensationen als zu aufwendig und kompliziert. Für die Minderheit der Kommission stellt dagegen der Versiegelungsstopp das Kernanliegen der Initiative dar, das aus ihrer Sicht auch mit verhältnismässigen Massnahmen umgesetzt werden könnte. Sie kritisiert die aus ihrer Sicht defensive Haltung des Stadtrates in dieser Frage.

Einigkeit herrscht in der Baukommission, dass das Potenzial für Entsiegelungen in der Stadt Luzern sehr gross ist. Eine Mehrheit unterstützt deshalb einen Antrag, den Sonderkredit um 1 Mio. auf 4,7 Mio. Franken zu erhöhen. Dabei ist für die Kommission besonders wichtig, dass möglichst viele Gelder in konkrete Entsiegelungsprojekte fliessen. Der Ausbau von 80 Stellenprozent wurde dagegen von mehreren Fraktionen kritisch bis ablehnend beurteilt.

Die Baukommission hat einstimmig beschlossen, dass die Initiative gültig ist. Eine knappe Mehrheit der Baukommission lehnt die Initiative ab. Der Gegenvorschlag des Stadtrates mit dem um 1 Mio. Franken erhöhten Sonderkredit wird von einer Mehrheit angenommen. Das Postulat 63: «Begründung von Parkplätzen» wird einstimmig überwiesen.

Andreas Moser: Einleitend hält die FDP-Fraktion fest, dass viele Grundanliegen der Initianten bereits erfüllt sind. Sie hält ebenfalls fest, dass die FDP-Fraktion bspw. beim B+A Klimaanpassungsstrategie die vorgeschlagenen Massnahmen unterstützte. Weniger Versiegelung, Förderung urbaner Freiräume und Biodiversität sind wichtige und berechtigte Anliegen. Genau wie dem Stadtrat geht der FDP-Fraktion der in der Stadtklima-Initiative geforderte Versiegelungsstopp in der formulierten Absolutheit aber zu weit. Deshalb lehnt sie die Stadtklima-Initiative ab.

Der Stadtrat arbeitete einen guten Gegenvorschlag aus. Er schlägt liberale Ansätze wie das Schaffen von Anreizen oder die Anwendung des Verursacherprinzips vor. Mit seinem Gegenvorschlag ergänzt er die bereits erfolgten Beschlüsse in der Klimaadaptation und setzt auf neue, zusätzliche Massnahmen, die das Hauptanliegen der Initianten noch stärker unterstützen. Dafür stellte der Stadtrat einen Gesamtbetrag von 3,7 Mio. Franken ein: 2,5 Mio. für Sachmittel, 1,2 Mio. für Personalkosten. Die FDP-Fraktion kritisierte bereits in der Kommissionsbehandlung die zusätzlich geforderten Personalressourcen, speziell das Missverhältnis zum Sachaufwand. Rund ein Drittel der Gesamtsumme werden durch Personalkosten konsumiert. Das ist aus FDP-Beurteilung zu viel. Natürlich braucht es Ressourcen, um die Massnahmen umzusetzen. Doch die Grundhaltung der FDP-Fraktion ist es, dass ein möglichst grosser Teil der 3,7 Mio. Franken für effektive Massnahmen eingesetzt werden. Deshalb hält sie an ihrer Protokollbemerkung fest. Der Stadtrat argumentiert, die Aufstockung von 80 Prozent sei zwingend nötig. Die FDP-Fraktion nannte bewusst keine absolute Zahl, aber in jeder Unternehmung ist es möglich, mit einer geschickten Priorisierung und Staffelung die vorhandenen Ressourcen zu optimieren, sodass es nicht 80 sondern bloss 40 Stellenprozent mehr braucht. Das wichtigste Ziel muss sein, möglichst viel Geld für Sachmassnahmen zur Verfügung zu haben.

Andere Parteien kritisierten das Missverhältnis zwischen Sachmitteln und Personalaufwand ebenfalls. Sie machten es sich aber einfach und erhöhten die Kreditmittel um eine satte Million. Die FDP-Fraktion unterstützt den Stadtrat in dieser Hinsicht voll und ganz. Angesichts der Aufgaben, die auf die Stadt Luzern zukommen, ist es unverantwortlich, «locker vom Hocker» eine zusätzliche

Million zu sprechen. Wer sich den umfangreichen Klima- und Energiebericht vor Augen hält, weiss, was der Sprechende meint. Die FDP-Fraktion kann einem Gegenvorschlag mit einem erhöhten Gesamtbetrag von 4,7 Mio. Franken nicht zustimmen. Sie sagt deshalb Nein zur Stadtklima-Initiative und Nein zum Gegenvorschlag, ausser die linke Ratshälfte überrascht positiv und verzichtet auf eine Erhöhung, damit der Grosse Stadtrat über den vom Stadtrat ursprünglich formulierten Gegenvorschlag abstimmen kann. Für diesen Fall kann sich der Sprechende vorstellen, dass eine Mehrheit der FDP-Fraktion dem B+A trotz Kritik an den eingestellten Ressourcen zustimmen wird. Er lässt sich gerne überraschen.

Zu den Anträgen wird sich der Sprechende in der Detailberatung äussern. Die FDP-Fraktion tritt auf den B+A ein und entscheidet je nach Verlauf der Diskussion über ihre Zustimmung oder Ablehnung.

Martin Abele: Der Klimawandel ist global spür- und nachweisbar. Seit der vorindustriellen Zeit ist die durchschnittliche Lufttemperatur in der Schweiz um rund 2 °C angestiegen, das ist etwa doppelt so stark wie im globalen Durchschnitt. Der stärkste Anstieg war in den letzten Jahrzehnten zu beobachten. Als Folge der Erwärmung werden in der Schweiz etwa vermehrt Hitzewellen und Trockenperioden, aber auch intensivere und häufigere Niederschläge, sogenannte Starkniederschläge, beobachtet. In Städten und Agglomerationen ist die Hitzebelastung besonders gross, weil eine dichte Bebauung, versiegelte Flächen, eine schlechte Durchlüftung sowie Abwärme von Gewerbe, Verkehr und weiteren Anlagen die Umgebung zusätzlich aufheizen.

Diese Sätze formulierte der Sprechende nicht selbst. Sie stammen aus dem B+A 10/2020: «Klimaanpassungsstrategie der Stadt Luzern», den der Stadtrat in Erfüllung einer überwiesenen Motion von Korintha Bärtsch erarbeitete. Der Grosse Stadtrat beschloss im Zusammenhang mit diesem B+A eine Reihe von Massnahmen, um den grossen klimatischen Bedrohungen Hitze, Trockenheit, Niederschlagszunahme und Veränderung der Lebensräume zu begegnen. Dabei kommt dem Stichwort «Versiegelung» eine grosse Bedeutung zu, denn das Ausmass an versiegelten Flächen hat einen entscheidenden Einfluss darauf, ob wir die Erhitzung der Städte stoppen können. Unversiegelte Flächen sind von besonderer Bedeutung zur Förderung eines gesunden Mikroklimas, weil sie zur Kühlung der Luft beitragen.

Genau das will die Stadtklima-Initiative der Grünen und Jungen Grünen. Bildlich gesprochen fordert sie weniger Beton und Asphalt und mehr natürliche Flächen in Luzern. Konkret fordert die Initiative den Schutz von unversiegeltem Land, die Sicherung des Grünraums und der Biodiversität sowie die Verhinderung einer weiteren Zunahme versiegelter Flächen in der Stadt. Die Forderungen der Initiative sind also topaktuell, und ihre Umsetzung ist dringend nötig.

Die G/JG-Fraktion freut sich, dass der Stadtrat mit der Stossrichtung der Initiative einverstanden ist und ebenfalls der Meinung ist, dass «die Bekämpfung der zunehmenden Versiegelung und die Erhaltung und Förderung von urbanen Freiräumen und der Biodiversität wichtige und berechtigte Forderungen» sind. Die G/JG-Fraktion anerkennt auch, dass die Stadt Luzern schon einige Massnahmen ergriff, um dem Klimawandel entgegenzuwirken. Zusätzlich möchte der Stadtrat mit dem vorliegenden Gegenvorschlag weitere Massnahmen in die Wege leiten, um der Versiegelung entgegenzuwirken. Auch das begrüsst die G/JG-Fraktion.

Leider aber versagt der Stadtrat mit seinem Gegenvorschlag der Kernforderung der Initiative seine Zustimmung. Das erklärte Ziel der Initiative ist nämlich, dass die versiegelte Fläche auf dem Gebiet der Stadt Luzern nicht weiter zunehmen darf. Das ist absolut entscheidend, um tatsächlich eine Chance zu haben, die Risiken und Bedrohungen durch den Klimawandel effektiv zu minimieren. Solange die versiegelte Fläche in der Stadt weiter zunimmt, werden auch die eingangs beschriebenen Auswirkungen des Klimawandels zunehmen – mit verheerenden Folgen für Natur und Mensch. Deshalb kann die die G/JG-Fraktion auf diese Forderung nicht verzichten.

Die Initiantinnen und Initianten anerkennen, dass der Stadtrat mit dem Gegenvorschlag eine sehr brauchbare Alternative erarbeitete. Was ihm fehlt, ist die messbare Zielgrösse. Die G/JG-Fraktion wird versuchen, diesen Mangel mit einem zusätzlichen Auftrag auszuräumen. Dieser Auftrag schreibt das Ziel, dass die Versiegelung nicht weiter zunehmen darf, wieder fest, gibt dem Stadtrat aber mehr Spielraum zur Zielerreichung. Der Sprechende nimmt schon jetzt vorweg, dass das Initiativkomitee beschloss, die Initiative zugunsten des Gegenvorschlags zurückzuziehen, falls der Auftrag der G/JG-Fraktion eine Mehrheit findet und falls der Sonderkredit für den Gegenvorschlag angenommen wird.

Die G/JG-Fraktion tritt auf den B+A ein, unterstützt die Gültigerklärung der Stadtklima-Initiative sowie die Initiative an sich und wird dem Sonderkredit für die Umsetzung der Massnahmen des Gegenvorschlags zustimmen.

Nico van der Heiden bedankt sich namens der SP-Fraktion bei der G/JG-Fraktion für die wichtige Initiative. Die zunehmende Versiegelung ist tatsächlich ein Problem, nicht nur in der Stadt Luzern, sondern in der gesamten Schweiz und vermutlich weltweit. Dass man das Ziel haben sollte, keine Flächen mehr zu versiegeln, scheint der SP-Fraktion absolut richtig. In der Vergangenheit achtete das Parlament sicher zu wenig darauf, sei es am Grendel/Löwengraben oder auf der Allmend, um nur zwei Beispiele zu nennen. Leider ist die Formulierung der Initiative sehr rigide und würde in der praktischen Umsetzung viele Probleme mit sich bringen. Aus Sicht der SP-Fraktion muss man beim Zielkonflikt mit dem gemeinnützigen Wohnungsbau genau hinschauen: Es darf nicht sein, dass künftig ein absoluter Versiegelungsstopp die Erstellung von preisgünstigem und hoffentlich gleichzeitig ökologisch hochwertigem Wohnraum verhindert. Die Gefahr besteht aber leider. Deshalb dankt der Sprechende dem Stadtrat, der den Ball der Initiative mit ihrem sehr berechtigten Anliegen aufnahm und einen aus Sicht der SP-Fraktion sehr fundierten und überzeugenden Gegenvorschlag präsentiert. Mit relativ wenig Bürokratie und Geld kann viel erreicht werden, sowohl mit Anreizen für Private wie auch bei der Entsiegelung städtischer Liegenschaften. Leider zog der Stadtrat beim Geld dann doch etwas zu stark die Bremse an. Wenn man es herunterrechnet, kann mit dem vom Stadtrat vorgelegten Kredit wenig erreicht werden. Die SP-Fraktion ist deshalb froh, dass die Baukommission den Kredit um 1 Mio. Franken erhöhte. So kann in den nächsten Jahren tatsächlich ein Ruck an Begrünung durch die Stadt Luzern gehen. Die Aufstockung um 1 Mio. Franken erfolgte nicht – wie vom FDP-Sprecher postuliert – «locker vom Hocker», sondern sehr wohlüberlegt. Der Sprechende rechnete dazu die Fläche auf, die mit dem Kredit entsiegelt werden kann und stellte gleichzeitig die zahlreichen geplanten zusätzlichen Versiegelungen in der Stadt Luzern gegenüber. Er stellte fest: Mit dem angedachten Kredit nähme die Versiegelung in der Stadt Luzern während der nächsten Jahre massiv zu.

Die SP-Fraktion folgt den Anträgen der Kommission bedingungslos: Sie tritt auf den B+A ein, erklärt die Initiative für gültig, würde sich bei der Initiative – sollte es noch notwendig sein – grossmehrheitlich enthalten, stimmt dem Kredit von 4,7 Mio. Franken zu und ist auch mit der Überweisung des Postulats 63 einverstanden.

Stefan Sägesser: Die GLP-Fraktion dankt allen Beteiligten für ihren Einsatz für die Initiative. Der B+A «Klimaadaptation» vom letzten Jahr wie auch der Klimabericht zeigen, wo Massnahmen ergriffen werden sollen und wo Güterabwägungen nötig sind. Letzteres muss sowieso diskutiert werden, wie bereits vom Vorredner angedeutet. Auf jeden Fall kam die Klimaadaptation an – beim Parlament wie auch beim Stadtrat.

Im 19. Jahrhundert wurde die Natur als romantisierendes Element zurück in die Städte geholt. Städte waren nicht immer grün. Städte waren befestigt und fast jeder Platz versiegelt, ab und zu durchsetzt von einer Linde. Mit der Romantisierung der Alpen durch die Engländer entstand in Luzern der Gletschergarten. Er brachte der städtischen Bevölkerung die Alpenflora näher. Aus dem romantisierenden Bedürfnis, das Grün zurück in die Stadt zu holen, entwickelte sich – dramatisch ausgedrückt – ein heute wesentliches Bedürfnis für das Überleben von uns als Menschen.

Die Menschen in der Stadt Luzern müssen deshalb mitgenommen werden, um die Klimadiskussion wirklich anzupacken. Das ist ein zentrales Anliegen der GLP-Fraktion. Die erhöhten Projektmittel als Anreiz sind dazu nötig. Man kann nicht davon ausgehen, dass die Bevölkerung mittels Berichten und Anträgen top down mit an Bord geholt werden kann. Die Diskussion um das CO₂-Gesetz zeigte, dass Vorhaben fallieren können, wenn man die Menschen nicht abholt. Das darf nicht noch einmal passieren.

Auch die Nachbargemeinden müssen von der Stadt Luzern mit auf den Weg genommen werden. Das wird vom Stadtrat gut aufgegleist, indem er z. B. Diskussionen über Entwicklungspläne für Luzern Süd und Luzern Nord führt und vorgibt, dass gemeinsam zu entwickelnde Gebiete Freiräume für die Bevölkerung und die Natur benötigen.

Insofern erachtet die GLP-Fraktion den Gegenvorschlag als einen sehr guten Vorschlag, den sie vollumfänglich unterstützt. Sie erklärt die Initiative für gültig, unterstützt die Erhöhung der Projektmittel und stimmt der Überweisung des Postulats zu.

Peter Gmür: Die Stossrichtung der Initiative mit der Entsiegelung ist grundsätzlich richtig. Gegen diese Stossrichtung ist wahrscheinlich niemand, auch die CVP-Fraktion unterstützt sie. Nur der Weg dahin ist gar etwas stur und leider nicht durchführbar. Wie vorhin erwähnt, ist er so rigide, dass in der Stadt Luzern gar nichts mehr gebaut werden könnte, was für alle sehr schade wäre. Aus diesem Grund lehnt die CVP-Fraktion die Initiative ab und unterstützt den Gegenvorschlag. Die Stadt hat heute schon die Möglichkeit, Entsiegelungen vorzunehmen. Leider nimmt sie die Verantwortung nicht wahr, was sehr bedauerlich ist. Der Sprechende sieht nicht ein, weshalb mehr Personal für die Entsiegelungen nötig ist. Die Aufstockung des Kredits von 3,7 auf 4,7 Mio. Franken lehnt die CVP-Fraktion daher ab. Sie folgt dem Stadtrat.

Trotzdem wäre es wirklich schade, wenn der B+A wegen dieser Kosten abgelehnt würde. 4,7 Mio. Franken sind viel Geld, doch sie werden verteilt auf zehn Jahre. Einmal mehr hat der Stadtrat einen B+A präsentiert, der im Grossen und Ganzen akzeptiert wird. Doch einige Parteien wollen weiter gehen als der Stadtrat, was sehr schade ist.

Die CVP-Fraktion stimmt dem B+A zu.

Patrick Zibung: Die SVP-Fraktion anerkennt die verschiedenen Bedürfnisse an Raum in der Stadt Luzern, und sie erkennt einen gewissen Zielkonflikt, wenn es um die Themen Raum und Versiegelung geht. Bereits in der Diskussion um den B+A 10/2020 unterstützte die SVP-Fraktion die Klimaadaptation, also die Anpassung an die Klimaveränderung. Diese Stossrichtung unterstützt sie auch weiterhin. Der Stadtrat zeigt im vorliegenden B+A gut auf, dass er sie relativ erfolgreich umsetzt.

Mit vielen Massnahmen ist die SVP-Fraktion deshalb einverstanden. Über ein paar wenige kann man selbstverständlich diskutieren. Dass Kompromisse möglich sind, zeigt bspw. der Vorstoss zur Begrünung der Parkplätze. Damit geht man nicht fundamental gegen Parkplätze vor, sondern sucht einen Kompromiss.

Die Initiative ist aus Sicht der SVP-Fraktion zu allgemein verfasst. Es ist schwierig, auf die verschiedenen räumlichen Bedürfnisse künftig adäquat einzugehen, sollte die Initiative angenommen werden. Alles wird über einen Kamm geschert. So haben z. B. Randgebiete andere mikroklimatische Voraussetzungen und Ansprüche als Gebiete in der Innenstadt. Die Vorgaben müssten dort nicht so streng sein.

Im Gegenvorschlag lehnt die SVP-Fraktion vor allem die Mehrkosten ab. Sie will keine zusätzlichen 80 Stellenprozent gewähren oder zusätzliche Fördermittel sprechen. Insbesondere ist sie deshalb gegen die Erhöhung von 1 Mio. Franken. Doch wenn Geld gesprochen würde, sollte dies zumindest in die erwähnten Sachmittel fliessen und sicher nicht in noch mehr Personal.

In letzter Zeit wurde viel über die verschleppten Baugesuche gesprochen, und es wurden für die Beschleunigung der Behandlung der Gesuche zusätzliche Gelder gesprochen. Mit immer weiteren Vorgaben wird diesem Ziel aber entgegengewirkt. Auch die vorliegende Initiative würde zu mehr Bürokratie und zu mehr Kontrollaufwand führen, was die SVP-Fraktion bekanntlich nicht will. Sie ist der Meinung, dass der Stadtrat und die Verwaltung bereits sehr gut unterwegs sind und der eingeschlagene Weg weitergegangen werden soll. Ein Weg, der auch von der SVP-Fraktion in der Regel – mit gewissen Vorbehalten – grösstenteils unterstützt wird.

Das Anliegen der Initiative ist in der Stadt Luzern somit schon lange angekommen. Aktuell wird gut auf die konkreten Situationen Rücksicht genommen und es herrscht Augenmass. Wegen der Initiative machte sich die SVP-Fraktion Gedanken darüber, wo denn in letzter Zeit überhaupt versiegelt wurde. Als schlechtes Beispiel ist der Vorplatz Allmend zu nennen. Gute Beispiele sind das Freigleis oder Velowege generell. Dort sollte nicht Schotter verwendet werden, sondern für das zügige Vorwärtskommen ist eine Versiegelung nötig.

Die Initiative ist zu radikal und zu allgemein, sodass die SVP-Fraktion sie ablehnt. Den Gegenvorschlag lehnt sie aufgrund der Mehrkosten ebenfalls ab. Zu den Protokollbemerkungen wird sie sich in der Detailberatung äussern. Die Initiative ist gültig, und die SVP-Fraktion tritt auf den B+A ein.

Christian Hochstrasser erlaubt sich zwei Bemerkungen:

- Zur von Vorredner Andreas Moser erwähnten satten Million: Der Sprechende ist froh, dass bereits Peter Gmür diese Aussage etwas relativierte. Es handelt sich um eine theoretische, kreditrechtliche Million. Es wird nicht jetzt eine Million gesprochen, sondern der Wert ergibt sich daraus, dass man für zehn Jahre kalkulieren muss. Es geht bei der Kreditsumme um eine Erhöhung von Fr. 100'000.– pro Jahr. Natürlich kann man dies plakativ als satte Million bezeichnen. Doch in der Realität ist dies nicht ganz statthaft.
- Die Problematik der Versiegelung ist breit anerkannt. Mehrfach genannt wurde in den Voten die Kritik, dass ein Versiegelungsstopp in der geforderten Absolutheit schwierig sei. Peter Gmür nannte es gar Sturheit. Doch wenn man die Zunahme der Versiegelung während der letzten Jahre berücksichtigt, ist die Initiative alles andere als absolut. Wirklich radikal wäre ein Absenkpfad, wie er im Bereich Energie beschlossen wurde. Der vorgeschlagene Auftrag lautet aber nur, dass die Versiegelung auf dem jetzigen Stand plafoniert werden soll. Wenn schon Massnahmen ergriffen und satte 4,7 Mio. Franken gesprochen werden, müssen die Massnahmen wenigstens dazu führen, auf dem heutigen Niveau an Versiegelung zu bleiben. Aus Sicht der G/JG-Fraktion ist das Potenzial auch für Entsiegelungen gross. Wie von der CVP-Fraktion vorgeschlagen, können Entsiegelungen vorgenommen werden, damit an anderen Orten wiederum Versiegelungen möglich sind.
Der Sprechende bezweifelt deshalb, dass der Versiegelungsstopp dermassen absolut ist. Es ist schlicht dringend nötig, dass die Versiegelung nicht weiter zunimmt. Vom Initiativkomitee wurde darauf verzichtet, einen Absenkpfad zu formulieren. Bereits die Initiative beinhaltet deshalb den Kompromiss, dass die Versiegelung zumindest nicht weiter zunehmen darf.

Umwelt- und Mobilitätsdirektor Adrian Borgula: Es bleibt dabei, dass der Klimaschutz im Zusammenhang mit der Klimaerwärmung die prioritäre Aufgabe ist. Doch die Klimaanpassung stellt leider ebenfalls eine Notwendigkeit dar – insbesondere in Städten. Städte sind, wie bereits geschil- dert, Hitzeinseln, die sich aufgrund der Bebauung stark aufwärmen. Am besten ist es, wenn man mit Klimaanpassungsmassnahmen gleichzeitig einen Beitrag zum Klimaschutz leistet. Das tut man z. B. beim Schaffen von Grünflächen oder beim Pflanzen von Bäumen, die CO₂ binden.

Hier setzt die Stadtklima-Initiative an. Sie fordert im Kern den Schutz und die Vernetzung des un- versiegelten Landes mit dem Ziel der positiven Wirkung auf das Stadtklima, auf die Biodiversität und auf die Lebensqualität der Bevölkerung. Dies ist ebenfalls eine Zielsetzung des Stadtrates, an der er bereits arbeitet. Der Stadtrat ist bereit, sein Engagement zu verstärken, wie im Gegenvor- schlag zur Initiative formuliert.

Der Knackpunkt der Forderung der Initiative ist, dass die unversiegelte Fläche zwei Jahre nach An- nahme der Initiative nicht mehr zunehmen dürfte. Das geht dem Stadtrat zu weit. Es gibt einen ho- hen Nutzungsdruck in der Stadt, insbesondere bei der inneren Verdichtung. Diese trägt dazu bei, dass die Versiegelung am Stadtrand nicht zunimmt. Der Stadtrat befürchtet, dass mit einer zu en- gen Auslegung Arealentwicklungen behindert werden. Dies insbesondere, wenn Kompensations- flächen bei Dritten organisiert oder zugekauft werden müssten. Einen Flächenhandel will der Stadt- rat vermeiden. Es gibt zudem bisher keine genauen Messinstrumente für die Kontrolle. Nötig wür- den Umrechnungsfaktoren für Fassaden- und Dachbegrünungen.

Der Stadtrat kommt zum Schluss, dass vier der gestellten Forderungen gut erfüllt sind und sogar noch verstärkt werden können. Bei einer Forderung macht er einen Alternativvorschlag. Konkret geht es um die Anpassung des Artikels zur Umgebungsgestaltung bei der Zusammenführung der Bau- und Zonenordnungen (BZO) von Littau und Luzern, um Anreize bei Entsiegelungen und um das Fördern von privaten Initiativen. Zentral ist auch die Vorbildfunktion der Stadt Luzern in Sachen Entsiegelung. Auch die Weiterführung der Biodiversitätsstrategie sowie der Anstrengungen im Kontext der Grünstadt sind wichtige Anliegen.

Der Sprechende nimmt erfreut zur Kenntnis, dass alle Fraktionen die Stossrichtung der Initiative und eine möglichst gleichbleibende Fläche der Versiegelung unterstützen. Bei den Massnahmen und der konkreten Ausführung hingegen gibt es Differenzen. Andreas Moser sprach von einem Missverhältnis zwischen Sachmitteln und Personalkosten. Der Stadtrat sieht dies anders. Die Sachmittel reichen aus; sie sind in die voraussichtlich schwierige städtische Finanzpolitik der nächsten Jahre eingebettet. Der Stadtrat ist überzeugt, dass die Sachmittel im Einklang mit den Personalmitteln stehen.

Die tägliche Erfahrung zeigt, dass die Förderung der Biodiversität gelingt, weil die Stadt sehr viel berät, punktuell verschiedene Möglichkeiten nutzt und mit den Grundeigentümerinnen und Grundeigentümern nach guten Lösungen und Aufwertungsmöglichkeiten sucht. Das braucht Zeit und somit Personalressourcen, gerade eben weil der Stadtrat nicht mit «scharfen» gesetzlichen Vorgaben arbeiten will. Hier sieht der Sprechende einen Widerspruch in der Haltung der SVP-Fraktion, welche die Stossrichtung zwar gut findet, aber kein Geld dafür sprechen will. Dann müsste man, um das Ziel zu erreichen, mit schärferen gesetzlichen Vorgaben arbeiten, was vermutlich nicht im Sinne der SVP-Fraktion wäre. Mit etwas mehr Personalmitteln gelingt es ohne viel Bürokratie, dafür mit Anreizen, vorwärts zu kommen und die sich bietenden Möglichkeiten unkompliziert zu nutzen.

Zu den geschichtlichen Ausführungen der Grünräume von Grossstadtrat Stefan Sägesser: Im 18. und 19. Jahrhundert zeigte man mit Gärten, dass man sich ausländische Bäume leisten kann. Gärten gab es dort zu gestalten, wo Einfamilienhäuser und Villen standen. In der Innenstadt hingegen wurde in erster Linie gebaut. Was Stefan Sägesser nicht sagte: Die Städte wurden – vor allem im 20. Jahrhundert – stark geprägt durch verschiedene Verkehrsmittel. Die in der Neustadt als Allee konstruierte Hirschmattstrasse mit ursprünglich unversiegelten Flächen wurde früher von vielen Menschen, einigen Velos, Transportkutschen und Pferdegespannen genutzt. Doch die städtische Umgebung veränderte sich stark.

Es freut den Sprechenden von Peter Gmür zu hören, dass der Gegenvorschlag gar nicht so schlecht sei. Peter Gmür sagte aber auch, die Stadt nehme ihre Verantwortung nicht wahr. Trotzdem verlangt er, dass nicht mehr Personalmittel eingesetzt werden. Das geht nicht auf. Wenn die Stadt Personalmittel einsparen müsste, würde sie dies z. B. bei den Umweltschutzbeurteilungen der Baugesuche tun. Diese Beurteilungen sind aufwendig: Um eine gute Qualität der Bauten und der damit verbundenen Grünräume zu erreichen, muss man Fakten beurteilen, Opportunitäten feststellen und gleichzeitig die bestehenden nationalen, kantonalen und lokalen Vorgaben ernsthaft prüfen.

Der Sprechende dankt dafür, wenn sich der Grosse Stadtrat auf den Gegenvorschlag im Sinne der von allen Fraktionen unterstützten Stossrichtung einigen kann. Dieser liegt im Interesse der städtischen Bevölkerung, der Gäste sowie der Biodiversität und damit all der Tausenden von Arten, die den Lebensraum mit den Menschen teilen.

Ratspräsidentin Sonja Döbeli Stirnemann stellt fest, dass der Grosse Stadtrat auf den B+A 20/2021: «Stadtklima-Initiative» eingetreten ist.

DETAIL

Seite 16 4.2.1 Unversiegelte Flächen und Biodiversität schützen

Baukommissionspräsident Rieska Dommann: Die Baukommission hat mit 4 : 3 : 4 Stimmen folgende **Protokollbemerkung** überwiesen:

BZR Art. 71, Umgebungsgestaltung: Im Gebiet der offenen Bauweise soll der vorgeschlagene Prozentsatz noch einmal überprüft werden.

Der Stadtrat opponiert der Protokollbemerkung.

Andreas Moser möchte Folgendes festhalten: Die heute in der BZO festgeschriebenen 40 Prozent der nicht zur überbaubaren Grundfläche zählenden Fläche, die weder unter- noch oberirdisch bebaut werden dürfen, sind für Planende sehr anspruchsvoll. Es besteht ein Zielkonflikt zwischen der zu erhaltenden Umgebung, die nicht bebaut werden darf, und der für Untergeschosse notwendigen Fläche. Diese Flächen steigen an.

Dem Sprechenden geht es nicht darum, dass die versiegelte Fläche nicht verringert werden soll. Doch er erhofft sich, mit einem raffinierteren Ansatz etwas mehr Flexibilität in den Zielkonflikt zu bringen. Die absolute Zahl von 50 Prozent nicht zu bebauender Fläche ist aus Sicht der FDP-Fraktion sowie aus Planungsverbandssicht schwierig und wird notgedrungen zu Konflikten bis hin zu Klagen führen. Dies möchte der Sprechende verhindern.

Martin Abele: Die G/JG-Fraktion lehnt die Protokollbemerkung entschieden ab. Es ist essenziell, dass das Parlament ein Zeichen für weniger versiegelte Flächen setzt. Dies unbedingt auch unter dem Boden, nicht nur darüber. Natürlich ist jede Zahl absolut, und Vorredner Andreas Moser sprach davon, dass die 50 Prozent nicht zu bebauender Fläche zu Konflikten führen würden. Andreas Moser ist Architekt, doch auch der Sprechende hat sich erkundigt: Es ist nicht so, dass Bauten mit der neuen Zahl nicht machbar wären. An neue Vorgaben muss man sich anpassen. Immer gäbe es noch ein «Nice to have», welches gebaut werden könnte. Doch die G/JG-Fraktion unterstützt den Stadtrat und möchte ein Zeichen für die Entsiegelung setzen.

Nico van der Heiden: Die SP-Fraktion hat in dieser Frage keine eindeutige Haltung. Ein Teil der Fraktion findet, dass der Prozentsatz durchaus noch einmal überprüft werden kann. Ein anderer

Teil befürwortet die geplante Verschärfung mit einer absoluten Zahl von 50 Prozent nicht zu bebauender Fläche. Allen ist gemein, dass sie eine Verschärfung der Vorschriften zur Umgebungsgestaltung ausdrücklich begrüßen. Diejenigen, welche der Protokollbemerkung zustimmen, wollen keinesfalls auf die Verschärfung verzichten, bitten den Stadtrat aber, den Fächer an Optionen diesbezüglich noch einmal zu öffnen.

Umwelt- und Mobilitätsdirektor Adrian Borgula: Der Vorschlag des Stadtrates befindet sich bereits im Vorprüfungsprozess. Zum Argument des Fächeröffnens: Der Stadtrat sieht, dass bei den Bauvorschriften klare Werte nötig sind. Flexibilisierungen bringen komplexe Abwägungen mit sich, die es nicht einfacher machen. Eine nicht zu bebauende Fläche von 50 Prozent war schon vor der Stadtklima-Initiative angedacht, um die Grünqualität von Neubauten und grossen Umbauten zu steigern.

Der Stadtrat ist überzeugt, dass die Anpassung des Wertes eine gute Lösung ist. Grosstadtrat Nico van der Heiden sprach von einer Verschärfung. Aus Sicht der Eigentümer oder Investoren mag es eine Verschärfung sein, aus Sicht der Bevölkerung und der Biodiversität hingegen handelt es sich um eine Erweiterung des Grünraumes. In diesem Sinne bittet der Sprechende das Parlament, auf die Protokollbemerkung zu verzichten. Der Stadtrat steht mitten im Prozess. Bei einer Überweisung müsste er sich aus der Vorprüfung zurückziehen und dem Kanton schreiben, dass er die Anpassung noch einmal überprüfe.

Vielleicht macht der Kanton sowieso Vorgaben, die zu berücksichtigen sind. Der Sprechende geht aber davon aus, dass die Anpassung auf 50 Prozent nicht zu bebauende Fläche umsetzbar ist. Die Diskussion kann im Rahmen der Zusammenführung der beiden BZO noch einmal geführt werden.

Der Grosse Stadtrat lehnt die Protokollbemerkung der Baukommission

BZR Art. 71, Umgebungsgestaltung: Im Gebiet der offenen Bauweise soll der vorgeschlagene Prozentsatz noch einmal überprüft werden.

mit 25 : 19 : 0 Stimmen ab.

Seite 22 4.2.5 Monitoring

Martin Abele stellt namens der G/JG-Fraktion einen Auftrag, der ihr sehr wichtig ist. Der Stadtrat sieht ein Monitoring vor. Er sieht dieses zwar als einfaches Monitoring vor, doch es ist durchaus vorstellbar, dass es mit der Zeit möglich wird, den Stand der Versiegelung zu überprüfen und zu schauen, ob es bei gewissen Flächen eine Zunahme gibt oder nicht. Bei neuen Bebauungen ist dies einfacher, da dort der Versiegelungsgrad bekannt ist. Auch wenn eine Entsiegelung stattfindet, kann dies festgehalten werden. Der **Auftrag** der G/JG-Fraktion lautet:

Die Versiegelung in der Stadt Luzern darf spätestens zwei Jahre nach Start des gemäss 4.2.5 vorgesehenen Monitorings, spätestens aber ab Ende 2024, nicht weiter zunehmen. Zeigt das Monitoring in der Tendenz dennoch eine Zunahme der versiegelten Fläche, ergreift der Stadtrat zur Zielerreichung weitere Massnahmen oder unterbreitet diese dem Grossen Stadtrat in einem B+A.

Der Stadtrat wird beauftragt, zu prüfen, wie es um die Versiegelung steht. Es muss keine absolute Grösse festgestellt werden, sondern eine Tendenz. Es ist wichtig, diese zu kennen, damit die Stadt Luzern nicht unkontrolliert unterwegs ist. Wie von Christian Hochstrasser zuvor festgestellt, ist eine Plafonierung entscheidend. Diese ist möglich, denn es gibt viele Möglichkeiten zur Entsiegelung.

Baukommissionspräsident Rieska Dommann: In der Baukommission wurde ein ähnlicher, aber nicht gleichlautender Auftrag gestellt. Über den vorliegenden wurde deshalb nicht abgestimmt.

Stefan Sägesser gefällt nicht, dass das Anliegen der Initiative durch die Hintertür des Auftrages nun wieder in seiner Absolutheit erscheint. Das Parlament wie auch der Stadtrat haben bewiesen, dass das Anliegen der Entsiegelung ernst genommen wird. Es wurde mehrfach diskutiert, wie viel Fläche entsiegelt werden kann. Das Grundprinzip ist klar, und das Anliegen ist ebenfalls allen klar: Wir wollen entsiegeln. Nun doch einen fixen Parameter einzubauen und zudem ein Monitoring, dessen Grundlagen bisher noch nicht erfasst sind, ist unnötig. Es gibt viele Monitorings, sodass die Gefahr besteht, dass sich die verschiedenen Monitorings überschneiden und nichts bringen. Im Grundsatz stützt die GLP-Fraktion das Anliegen der Entsiegelung, doch diesen Auftrag lehnt sie ab.

Nico van der Heiden sieht die Thematik weniger dramatisch als Vorredner Stefan Sägesser. Einerseits ist er der Auffassung, dass – auch dank der GLP-Fraktion – mit der Aufstockung des Kredits das Ziel der Plafonierung erreicht werden wird. Dass zu diesem wichtigen Ziel ein Monitoring gemacht wird, findet der Sprechende richtig. Sonst investiert der Stadtrat Geld ohne zu wissen, ob die gewünschte Wirkung erreicht wird.

Im Auftrag sieht der Sprechende keinen Zwang für ein kompliziertes Monitoring. Im Gegenteil: Dieses ist denkbar als Kennzahl im Geschäftsbericht. Wenn die Stadt deutlich vom Kurs abkommt, z. B. wenn ersichtlich wird, dass sie auf dem besten Weg dazu ist, weitere 10 Prozent der Fläche zu versiegeln, ist eine Nachjustierung richtig. Deshalb kann man dem Auftrag zustimmen. Wenn es sich hingegen um bloss 0,2 Prozent handelt, ist dies keine massive Abweichung.

Andreas Moser stimmt als Liberaler seinem grünliberalen Ratskollegen zu. Die FDP-Fraktion hat dieselbe Haltung: Sie lehnt den Auftrag ab.

Martin Abele führt an Vorredner Stefan Sägesser gerichtet aus, dass es beim Monitoring um eine Tendenz geht und nicht um eine starre Forderung. Wenn ersichtlich wird, dass noch immer eine Zunahme der Versiegelung stattfindet, muss man doch Gegenmassnahmen ergreifen. Der Sprechende versteht deshalb die Argumentation von Stefan Sägesser nicht.

Umwelt- und Mobilitätsdirektor Adrian Borgula: Der Stadtrat setzte sich präventiv mit möglichen Diskussionspunkten zu einem knapp abgelehnten Auftrag auseinander. Er führte aus, dass er ein «quadratmeterscharfes» Monitoring nicht gutheisst. Der Sprechende zitiert, wie der Stadtrat zu einem möglichen umformulierten Auftrag stehen würde: «Der Stadtrat kann sich mit dem Auftrag, das Monitoring mit allenfalls zusätzlich zu ergreifenden Massnahmen zu verknüpfen, unter den folgenden Rahmenbedingungen einverstanden erklären:

- Der Stadtrat wird das quantitative Monitoring – das er im Rahmen des Siedlungsentwässerungsreglements vorsah – durch einige qualitative Aussagen zu den nicht erfassten Entwicklungen ergänzen (z. B. grössere Tiefbauprojekte, Entsiegelungen auf stadteigenen Grundstücken ausserhalb von Bewilligungsverfahren, umgesetzte Entsiegelungsmassnahmen im Rahmen des Förderprogramms für Private), damit die tatsächliche Entwicklung verlässlicher dargestellt ist. Dieses qualitativ ergänzte Monitoring wird die Basis bilden für Entscheide über allfällige weitere Massnahmen.
- Es müssen mindestens zwei, besser drei Monitoringwerte vorliegen, um den Trend der Entwicklung plausibel abbilden zu können. Dies wird spätestens im Frühjahr 2026 der Fall sein.
- Es erfolgt eine jährliche Berichterstattung zuhanden der Baukommission.

Unter den geschilderten Rahmenbedingungen ist der Stadtrat mit dem Auftrag einverstanden. Falls der Auftrag so umformuliert wird, dass die Rahmenbedingungen berücksichtigt sind, opponiert der Stadtrat dem Auftrag nicht.»

Michael Zeier-Rast hat zwei Fragen:

- Eine davon an den Stadtrat: Wie sieht es mit dem Preisschild aus? Ist das Monitoring mit bestehenden Ressourcen umzusetzen?
- Die zweite Frage geht an Martin Abele: Was machen die Initianten der Initiative, wenn der Auftrag durchkommt?

Martin Abele: Wenn der Auftrag wie auch der Sonderkredit für den Gegenvorschlag durchkommen, wird das Initiativkomitee die Rückzugserklärung zu Stadtschreiberin Michèle Bucher nach vorn bringen. Die Erklärung liegt bereits vorbereitet auf dem Pult des Sprechenden. Das Initiativkomitee wartet die Abstimmung über den Sonderkredit ab.

Umwelt- und Mobilitätsdirektor Adrian Borgula: Michael Zeier-Rast fragt nach einem Preisschild. Der Stadtrat hofft, das Ziel mit den vorliegenden Massnahmen zu erreichen. Wenn es jedoch mehr Mittel braucht, ist eine Evaluation nötig. Wenn eine zunehmende Tendenz ersichtlich wird, muss sich der Stadtrat Massnahmen überlegen. Ob diese dann zusätzlich etwas kosten werden, kann er jetzt noch nicht sagen.

Michael Zeier-Rast präzisiert, dass er das Preisschild des Monitorings kennen möchte.

Umwelt- und Mobilitätsdirektor Adrian Borgula: Das einfache Monitoring wird die Stadt ohne zusätzliche Personalmittel tätigen können. Bereits für die Siedlungsentwässerung werden Werte erhoben. Die Überprüfung der Baugesuche ist zu quantifizieren. Ergänzen muss man die vorhandenen Angaben mit der eigenen Tiefbautätigkeit. Diese kleinen Flächen können zum Jahresende zusammengezählt werden. Der Aufwand wird sich voraussichtlich in Grenzen halten. Zu eruieren ist noch, mit welchem Umrechnungsfaktor Fassadenbegrünungen angerechnet werden sollen.

Stefan Sägesser findet es ungünstig, dass die Initiative mit dem Auftrag des absoluten Versiegelungsverbots – im Sinne davon, dass die Fläche nicht zunehmen darf – verknüpft wird. Das Parla-

ment ist sich ja einig: Es sollen sehr viele Flächen entsiegelt werden, und die Stadt wird mit weniger versiegelten Flächen auskommen. Es muss aber die Situation der Stadt als Ganze angeschaut werden. Es braucht diverse Güterabwägungen, die vom Parlament in der Vergangenheit immer wieder diskutiert wurden: Photovoltaik ja oder nein, Begegnungszonen ja oder nein, Verkehrsfläche ja oder nein usw. Wer die Stadt als Kantonszentrum und als Zentrum der Zentralschweiz mit diversen Funktionen betrachtet, weiss, dass die innere Verdichtung allenfalls Auswirkungen nach aussen hat. Die Problematik der Initiative ist nicht ihr grundsätzliches Anliegen, sondern die formulierte Absolutheit des «nicht-zunehmen-Dürfens». Das Monitoring, vorgeschlagen von Stadtrat Adrian Borgula, wurde vorgängig als Möglichkeit diskutiert. Doch die Verknüpfung von Auftrag, Versiegelungsstopp und Monitoring ist für die GLP-Fraktion nicht tragbar.

Der Grosse Stadtrat stimmt dem Auftrag der G/JG-Fraktion mit 25 : 20 : 0 Stimmen zu.

Seite 24 6 Zusammenstellung des Finanzbedarfs

Baukommissionspräsident Rieska Dommann: Die Baukommission hat mit 7 : 4 : 0 Stimmen folgenden **Auftrag** überwiesen:

Die Sachmittel sind ab 2024 auf 350'000 Franken jährlich aufzustocken und somit ist der Kredit unter Ziff. III im Beschluss von 3,7 Mio. Franken auf 4,7 Mio. Franken zu erhöhen.

Der Stadtrat opponiert dem Auftrag.

Der Grosse Stadtrat stimmt dem Auftrag zu.

Baukommissionspräsident Rieska Dommann: Die Baukommission hat eine weitere **Protokollbemerkung** mit 8 : 0 : 3 Stimmen überwiesen:

Die Kosten für die Personalmittel sind zugunsten der Sachmittel zu reduzieren.

Der Stadtrat opponiert der Protokollbemerkung.

Der Grosse Stadtrat stimmt der Protokollbemerkung zu.

Seite 27 Beschluss des Grossen Stadtrates

I. In eigener Kompetenz:

Der Grosse Stadtrat erklärt die Stadtklima-Initiative («Weniger Beton und Asphalt – mehr natürliche Flächen in Luzern») für gültig.

II. Zuhanden der Stimmberechtigten:

Der Grosse Stadtrat lehnt die Stadtklima-Initiative («Weniger Beton und Asphalt – mehr natürliche Flächen in Luzern») mit 20 : 11 : 15 Stimmen ab.

III. Der Grosse Stadtrat stimmt dem Sonderkredit von 3,7 Mio. Franken für die Umsetzung der Massnahmen des Gegenvorschlags zur Stadtklima-Initiative mit 33 : 13 : 0 Stimmen zu.

Martin Abele erklärt im Namen des Initiativkomitees den Rückzug der Stadtklima-Initiative («Weniger Beton und Asphalt – mehr natürliche Flächen in Luzern»). Der Sprechende bringt die Rückzugserklärung nach vorn zu Stadtschreiberin Michèle Bucher.

Ratspräsidentin Sonja Döbeli Stirnemann stellt fest, dass die Stadtklima-Initiative zurückgezogen wurde.

IV. Mit dem im Anschluss an den Beschluss des Grossen Stadtrates zu Ziffern I–III erfolgten Rückzug der Stadtklima-Initiative («Weniger Beton und Asphalt – mehr natürliche Flächen in Luzern») werden die Beschlüsse gemäss den Ziffern I und II gegenstandslos. Der Beschluss gemäss Ziffer III. unterliegt dem fakultativen Referendum.

V. Der Grosse Stadtrat überweist das Postulat 63, Roger Sonderegger und Michael Zeier-Rast namens der CVP-Fraktion vom 9. Februar 2021: «Begrünung von Parkplätzen».

Der Beschluss lautet:

Der Grosse Stadtrat von Luzern,

nach Kenntnisnahme vom Bericht und Antrag 20 vom 9. Juni 2021 betreffend

Stadtklima-Initiative,

- **Stadtklima-Initiative («Weniger Beton und Asphalt – mehr natürliche Flächen in Luzern»)**
- **Gegenvorschlag, Sonderkredit**

gestützt auf den Bericht der Baukommission,

in Anwendung von § 43 des Gemeindegesetzes des Kantons Luzern vom 4. Mai 2004, § 34 Abs. 2 lit. a des Gesetzes über den Finanzhaushalt der Gemeinden vom 20. Juni 2016 sowie von Art. 9 lit. b, Art. 11 Abs. 1, Art. 12 Abs. 1 Ziff. 3 und Abs. 2, Art. 29 Abs. 1 lit. b, Art. 58 Abs. 1, Art. 68 lit. b Ziff. 2 und Art. 69 lit. b Ziff. 3 der Gemeindeordnung der Stadt Luzern vom 7. Februar 1999,

beschliesst:

- I. In eigener Kompetenz:
Die Stadtklima-Initiative («Weniger Beton und Asphalt – mehr natürliche Flächen in Luzern») ist gültig.
- II. Zuhanden der Stimmberechtigten:
Die Stadtklima-Initiative («Weniger Beton und Asphalt – mehr natürliche Flächen in Luzern») wird abgelehnt.
- III. Für die Umsetzung der Massnahmen des Gegenvorschlags zur Stadtklima-Initiative wird ein Sonderkredit von 4,7 Mio. Franken bewilligt.
- IV. Mit dem im Anschluss an den Beschluss des Grossen Stadtrates zu den Ziffern I–III erfolgten Rückzug der Stadtklima-Initiative («Weniger Beton und Asphalt – mehr natürliche Flächen in Luzern») werden die Beschlüsse gemäss den Ziffern I und II gegenstandslos. Der Beschluss gemäss Ziffer III unterliegt dem fakultativen Referendum.
- V. Das Postulat 63, Roger Sonderegger und Michael Zeier-Rast namens der CVP-Fraktion vom 9. Februar 2021: «Begrünung von Parkplätzen», wird überwiesen.

**4 Postulat 63, Roger Sonderegger und Michael Zeier-Rast namens der CVP-Fraktion vom 9. Februar 2021:
Begrünung von Parkplätzen**

Das Postulat 63 wurde vom Grossen Stadtrat zusammen mit dem Traktandum 3 (B+A 20/2021) behandelt und überwiesen.

**5 Bericht und Antrag 18/2021 vom 2. Juni 2021:
Entwicklungskonzept für das linke Seeufer und das Gebiet Tribtschen II
Umsetzungsprojekte**

EINTRETEN

Baukommissionspräsident Rieska Dommann: Die Baukommission des Grossen Stadtrates hat an ihrer Sitzung vom 26. August 2021 den B+A 18/2021: «Entwicklungskonzept für das linke Seeufer und das Gebiet Tribtschen II» behandelt und das Entwicklungskonzept linkes Seeufer zustimmend zur Kenntnis genommen.

Das Entwicklungskonzept für das linke Seeufer und das Gebiet Tribtschen fand in der Baukommission grundsätzlich Zustimmung. Bereits in den letzten Jahren konnte im Quartier eine positive Entwicklung festgestellt werden. Die nun vorgeschlagenen Massnahmen werden von der Kommission mehrheitlich unterstützt. Von einzelnen Fraktionen wurde die Umsetzung der Initiative «Lebendiges Inseli statt Blechlawine» bzw. der geplante Abbau von Parkplätzen kritisiert. Generell hat die Baukommission den Eindruck, dass die Umsetzung von konkreten Massnahmen im Quartier sehr lange dauert. Sie wünscht sich deshalb, dass die einzelnen Projekte, wenn immer möglich, rascher umgesetzt werden. Eine knappe Mehrheit hat einer Protokollbemerkung zugestimmt, die verlangt, dass das Inseli bereits ab dem 1. Januar 2022 bis auf sechs Anhalteplätze grundsätzlich carfrei sei. In der Schlussabstimmung fanden Anträge auf ablehnende bzw. blosser Kenntnisnahme des Schlussberichts keine Mehrheit. Die Motion 435 wird einstimmig als erledigt abgeschlossen.

Andreas Moser: Das linke Seeufer zwischen dem Bahnhof und der Warteggrube war weit bis ins 20. Jahrhundert hinein bis auf ein paar Gewerbe- und Kleinindustriebetriebe kaum bebaut. Die Entwicklung ging langsam voran, was auch dem schlechten Baugrund geschuldet war. Das Inseli und später die Ufeschötti sind und waren auf der linken Seeseite wichtige Naherholungsgebiete im Zentrum Luzerns.

Wer die Entwicklung seit den 80-er Jahren des letzten Jahrhunderts kennt, weiss: Das linke Seeufer hat sich seither räumlich und nutzungsmässig enorm entwickelt. Die Erfolgsgeschichten von Kantonsschule Alpenquai, Bahnhofneubau, KKL, Tribtschenstadt, Treibhaus, Schüür usw. waren wichtige Erfolgstreiber.

Das Gebiet hinter den Geleisen, wie man so schön sagt, mauserte sich zu einem sehr attraktiven und beliebten Stadtteil. Fazit: Am linken Seeufer ist vieles schon sehr gut. Doch zwischen den einzelnen Stadträumen fehlt häufig die Verbindung, genauso wie sie auch zum See oft verloren geht. Diese Feststellung ist völlig richtig und wird von der FDP-Fraktion mitgetragen. Doch die Korrektur ist schwierig und langwierig. Die Spuren der Vergangenheit sind die Einschränkungen von heute. Das merkt man dem vorliegenden Entwicklungskonzept an. Es wird viel versprochen, doch kaum etwas umgesetzt, das der Bevölkerung direkt einen konkreten Nutzen bringt, mit Ausnahme des Pop-up-Parks bei der Werft. Sonst werden viele Studien gemacht, ein paar Parkplätze abgebaut und die Brutinsel ökologisch aufgewertet.

Der Output ist etwas dünn und trotz Partizipation für viele Bewohnerinnen und Bewohner bis jetzt enttäuschend. Ins aus Sicht der FDP-Fraktion ernüchternde Bild passt auch die pitoyable Erkenntnis des Stadtrates, dass er die Initiative «Lebendiges Inseli» gar nicht wie versprochen umsetzen kann. Vor diesem Hintergrund, wie auch aufgrund des ungelösten Carparkingproblems und der ungewissen künftigen Einschränkungen durch das Projekt Durchgangsbahnhof, fehlt der FDP-Fraktion der Glaube, dass sich das Umsetzungstempo und der konkrete Nutzen für die Bevölkerung während der nächsten Jahre markant verbessern werden.

Aus diesem Grund kann die FDP-Fraktion den vorliegenden Bericht und Antrag nur mit blosser Kenntnisnahme bewerten.

Jona Studhalter: Die G/JG-Fraktion ist grundsätzlich mit einer Gesamtplanung des linken Seeufers sehr einverstanden. Die linke Seite des Sees ist geprägt von Freiräumen und für viele Luzernerinnen und Luzerner mit Erinnerungen aus ihrer Jugend. Baden, eins ziehen, sonnenbaden –

selbst schuld, wer auf diesem Gebiet nicht seinen ersten Joint anzündete. Als einen solchen Teil der Stadt will die G/JG-Fraktion das linke Seeufer auch erhalten.

Weil das Entwicklungskonzept sich mit ihrer Vorstellung deckt, wird es die G/JG-Fraktion zustimmend zur Kenntnis nehmen. Einige Projekte gehen weit in die Zukunft und sind erst als Idee vorhanden, doch das ist zum Teil in Ordnung. Die Mühlen der Politik mahlen langsam. Wo es der Fraktion aber definitiv zu langsam vorwärtsgeht, ist bei der Umsetzung der Inseli-Initiative. Mit der Protokollbemerkung der Baukommission muss das Inseli per Anfang 2022 carfrei sein. Auf diese Mühle braucht es definitiv noch ordentlich Wasser, weshalb die G/JG-Fraktion die Protokollbemerkung geschlossen unterstützt. Sie will keinen weiteren Sommer, in dem das Inseli von einer Blechlawine vollgestopft wird. Kein weiteres Jahr, in dem die Politik es nicht schafft, die Inseli-Initiative umzusetzen.

Die G/JG-Fraktion wartete lange genug. Es ist gar nicht so schwierig, zwei Parkverbotsschilder hinzustellen – eines links und eines rechts – oder die präferierte Methode des Sprechenden anzuwenden und einen fetten Stein mitten auf die Strasse zu legen. In der Bruchmatte wurde gerade erst einer frei.

Im Entwicklungskonzept begrüsst die G/JG-Fraktion die geplante ökologische Aufwertung des Seeufers sowie den Parkplatzabbau entlang der Ufschöttli für eine echte Fussgängerinnen-, Fussgänger- und Velomeile. Warum die Parkplätze dort nicht schon früher aufgehoben wurden, ist dem Sprechenden ein Rätsel. Doch die Bestandesgarantie wird wohl immer des Fortschritts und des Sprechenden Feind bleiben.

Froh ist die G/JG-Fraktion, dass der Stadtrat beim Apothekergärtli mit einer Machbarkeitsstudie etwas konstruktiver vorgeht. Die de-facto-Sperrung des Apothekergärtlis mit einem peinlich gescheiterten Projekt «Kulturgärtli» ist ein weiteres Beispiel dafür, dass der Stadtrat meint, durch Verdrängung irgendwelche Probleme lösen zu können. Marronihäuser aufstellen, die gar keine Marroni verkaufen, um die mühsamen Jugendlichen zu verdrängen, ist nicht die richtige Methode. Aber ja, die G/JG-Fraktion ist gespannt, was der Stadtrat mit der Machbarkeitsstudie herausfindet. Der Sprechende hofft, dass dem Stadtrat das Kulturgärtli ein Lehrstück war. Die G/JG-Fraktion unterstützt deshalb die Protokollbemerkung, dass das Apothekergärtli nach der Neugestaltung rund um die Uhr offensteht.

Erwähnen lässt sich auch, wie unkritisch der Stadtrat populistische Motionstitel in einen B+A integriert, diese nicht nur zitiert, sondern selber auch verwendet. Bei einer «Schmuddelecke» denkt der Sprechende eher an einen Kari, der auf dem Wohnzimmersessel sitzend Bikinifotos einer Natalie auf Instagram betrachtet.

Vielleicht ist dies ein Motivator des Stadtrates, dass es kreativer zu sein gilt bei der Wahl der Vorstosstitel. Deswegen nannte der Sprechende seinen viel zu langweiligen Vorstoss um – von «Die Uhr am Bahnhofplatz muss ersetzt werden» zu «Vom tristen Kabelsalat zum bahnhöflichen Leuchtturm der Zeit». Der Vorstoss «FFFF – freie Fahrt für Freigleisvelos» folgt in Kürze.

In diesem Sinne tritt die G/JG-Fraktion auf den B+A ein, nimmt ihn zustimmend zur Kenntnis, schreibt die Motion ab und unterstützt die Protokollbemerkungen der Baukommission.

Yannick Gauch: Die SP-Fraktion dankt dem Stadtrat und den verantwortlichen Personen innerhalb der Verwaltung für die Ausarbeitung des vorliegenden B+A.

Auch wenn man heute kaum mehr von einer Schmutzdecke am linken Seeufer sprechen kann, wie es im Jahr 2008 noch eher der Fall war, ist das Uferpotenzial auf dieser Seeseite noch lange nicht ausgeschöpft.

Als urbane Zone in einem stark bevölkerten Gebiet – nahe Neustadt und Tribtschen – kommt dem linken Seeufer eine ganz besondere Bedeutung als Frei- und Naherholungsraum zu. Ein Spaziergang an einem sommerlichen Nachmittag visualisiert den hohen Druck auf das Gebiet sehr gut. Das linke Seeufer dient nicht nur als Erholungsraum, sondern auch als Veranstaltungssperimeter, als Naturschutzzone und als Verbindungsachse zwischen Bahnhof, Ufeschötti, Kantonsschule Alpenquai und Richard Wagner Museum. Es erfüllt also eine ganze Bandbreite unterschiedlicher Funktionen für die Luzerner Bevölkerung und ihre Gäste.

Mit dem vorliegenden B+A liefert der Stadtrat eine gute Basis mit einem gesamtheitlichen Blick, ohne bereits zu detailliert auf einzelne Projekte einzugehen. Zu einem grossen Teil erfreut sich die SP-Fraktion der geplanten Massnahmen und der angestrebten Verbesserungen. Speziell hervorheben möchte der Sprechende die Idee eines urbanen Werftplatzes und die angestrebte Aufwertung der Velo- und Fussachse «Alpenquai». Weiter begrüsst die SP-Fraktion, dass der abgesteckte Perimeter – wo sinnvoll – auch erweitert wurde, Stichwort Betriebs- und Gestaltungskonzept Tribtschenstrasse.

Dass die Fraktion jedoch weniger begeistert ist vom Zeitplan bei der Umsetzung der JUSO-Initiative «Lebendiges Inseli», mag wohl wenige überraschen. Aus Sicht der SP-Fraktion sind die wesentlichen Faktoren und Ansprüche der verschiedenen Nutzerinnen- und Nutzergruppen längstens und zwar bereits seit dem Abstimmungskampf 2017 bekannt. Die Bevölkerung sprach sich damals für die Aufhebung der Carparkplätze und die Erweiterung des Grünraums auf dem Inseli aus. Dies ist der jetzt umzusetzende Volksauftrag. Die SP-Fraktion und das Initiativkomitee stehen selbstverständlich zu ihrem Wort, dass die Mäas weiterhin einen geeigneten Platz beim Inseli haben soll und dass auch sechs Anhaltemöglichkeiten fürs Cars sichergestellt werden sollen.

Die Entwicklung auf dem Inseli nun aber wieder mit einer Extraschleife in Form einer Machbarkeitsstudie zu verzögern, sorgt nicht nur bei der SP-Fraktion, sondern auch in der Bevölkerung für Unverständnis. Die Stadt Luzern kann es sich nicht leisten, nach der Bahnhofstrassen-Odyssee einen weiteren Bevölkerungsauftrag zu verschleppen. Eine Entwicklung auf dem Inseli muss für die Bevölkerung zeitnah spürbar werden. Nur so fühlen sich die Menschen von der Politik auch weiterhin ernst genommen.

Klar: Eine definitive Umgestaltung des Inseli ist aufgrund von Ungewissheiten beim Bau des Durchgangsbahnhofes zum heutigen Zeitpunkt nur schwierig möglich. Aus diesem Grund setzt sich die SP-Fraktion für eine vorübergehende Zwischennutzung auf dem Areal ein. In der Detailberatung wird sie deshalb den Auftrag stellen, dass die laufende Machbarkeitsstudie abgebrochen und der dafür vorgesehene Geldbetrag in eine zeitnahe Zwischennutzung investiert werden soll. Sie hofft dabei auf die Unterstützung der anderen Fraktionen.

Der Sprechende betont, dass die SP-Fraktion mit allen anderen Massnahmen vollumfänglich einverstanden ist und den B+A grundsätzlich sehr begrüsst. Sie wird deshalb darauf eintreten und ihm zustimmen.

Peter Gmür: Eine Testplanung für das linke Seeufer ist mehr als zu begrüßen, weshalb der Sprechende sehr gespannt auf die Ergebnisse war. Leider erwartete er etwas mehr Fleisch am Knochen. Er stellt fest, dass es nur um zwei elementare Massnahmen geht: Parkplatzabbau und Buvette. Als Zückerchen fügte man eine ökologische Aufwertung im Uferbereich hinzu, was selbstverständlich sinnvoll ist.

Weshalb aber westlich der Werft 28 Parkplätze abgebaut werden sollen und einmal mehr ein Pop-up-Park von rund einer Viertelmillion Franken gebaut werden soll, kann der Sprechende nicht ganz nachvollziehen. Weshalb immer wieder Pop-up-Parks? Auch die Aufhebung der Parkplätze im Alpenquai ist dem Sprechenden ein Rätsel. In diesem Quartier leben viele Menschen, und es sind viele Firmen angesiedelt. Deshalb erachtet der Sprechende es als wichtig, dass diese ihre Parkplätze behalten können.

Zum Inseli: Weshalb einmal mehr eine Machbarkeitsstudie, wenn bereits bekannt ist, dass das Inseli voraussichtlich ab dem Jahr 2028 sowieso teilweise für Bauten im Zusammenhang mit dem Durchgangsbahnhof genutzt werden wird?

Letztlich ist der Output des Berichtes mager und sehr bescheiden. Der Sprechende ist enttäuscht. Die CVP-Fraktion stellt den Antrag auf blosser Kenntnisnahme.

Stefan Sägesser: Es ist erfreulich festzustellen, dass die Stadt Luzern diverse Zentrumsfunktionen erfüllt und auch die Jugend aus Malers nach Luzern kommt, um zu bleiben. Die GLP-Fraktion bedankt sich für den B+A, der einmal mehr zeigt, wie schwierig es ist, eine Idee möglichst schnell umzusetzen.

Die sogenannte Schmutzedecke ist nicht ganz einfach zu definieren. Es gibt den berühmten Film «Hinter den Geleisen» aus den 50-er Jahren, der in Zürich spielt und hochromantisierend ist hinsichtlich der Aussage, was arme Menschen alles machen können. Die Gegend, die wir heute das linke Seeufer nennen, war lange ein Sumpf, ein Gebiet, in dem Menschen mit sehr wenig Geld hausen mussten. Nur wenige der damaligen Baracken stehen heute noch.

Nichtsdestotrotz hat die Stadt mit der Umgestaltung und mit der Begrünung versucht, das Quartier, welches früher sogar ein Rotlichtmilieu war, aus der Schmutzedecke zu holen. Der GLP-Fraktion gefällt das bisher Angedachte und im B+A Aufgeführte relativ gut. Doch: Wie schnell kann es überhaupt vorwärtsgehen? Man sieht, wie schwierig es ist, auf den knapp 1,5 km Ideen mit Hand und Fuss möglichst schnell umzusetzen. Die Schwierigkeit beginnt mit dem Inseli, führt über die Diskussion, ob Parkplätze aufzuheben sind, und endet mit dem vorhandenen Bedürfnis- und Nutzungsdruck. Soll das Gebiet eine Erholungszone, ein Treffpunkt oder eine Unterhaltungsmeile sein? Die verschiedenen Ansprüche unter einen Hut zu bringen, ist auf diesem kleinen Perimeter nicht einfach.

Hervorzuheben ist, dass der von der Stadt durchgeführte Partizipationsprozess und die Testplanung wirklich gut waren. Für die Fussgängerinnen und Fussgänger soll eine Durchlässigkeit zum Ufer erreicht werden. Die GLP-Fraktion begrüsst in diesem Zusammenhang die Umnutzung des technischen Sporns, mit der die Hafenstadt betont und das industrielle Flair hervorgehoben werden. Sie ist zufrieden mit dem, was die Testteams herausholten: Grünzone, Schattenachse, Werkhofstrasse als zentrale Erschliessungsachse. Die Unterteilung der Nutzungen erachtet sie allerdings als wirklich problematisch. Die schwierige Diskussion um das Inseli wird in der GLP-Fraktion immer wieder kontrovers geführt. Die Bevölkerung nahm die Initiative an. Die Umsetzung dauert zu

lange. Andererseits steht der B+A zur Rösslimatt vor der Tür. Soll man noch ein Jahr warten oder nicht?

Der GLP-Fraktion fehlt beim Thema Inseli die Vision, dass das Inseli vollständig freizulegen ist. Natürlich wird der Durchgangsbahnhof Anspruch erheben auf die gesamte Umgebung. Trotzdem ist der GLP-Fraktion wichtig, dass die Behauptung des Inseli als Freiraum stattfindet. Sie fände es falsch, die Machbarkeitsstudie – auch wenn es viele davon gibt in der Stadt – jetzt abzubrechen und auf eine Zwischennutzung umzusteigen. Grundsätzlich sind Zwischennutzungen gut, doch beim Inseli geht es um mehr als nur eine Zwischennutzung.

Kurzum: Die GLP-Fraktion wird den B+A zustimmend zur Kenntnis nehmen.

Patrick Zibung: Der Bericht und Antrag geht auf einen Vorstoss aus dem Jahr 2018 mit einem fragwürdigen Titel, der das Wort «Schmuddelecke» beinhaltet, zurück. Der Sprechende empfand das Gebiet, wie auch Vorredner Jona Studhalter, nie als Schmuddelecke. Damit hat es sich aber bereits mit den Gemeinsamkeiten.

Im B+A wird auf die sieben Teilprojekte eingegangen. Mit einigen davon, z. B. mit den ökologischen und landschaftlichen Aufwertungen, ist die SVP-Fraktion einverstanden. Für sie ist unbestritten, dass in dieser Hinsicht Handlungsbedarf besteht und dass durchaus Verbesserungsmöglichkeiten für Wasservögel und die Biodiversität gegeben sind.

Nicht unterstützen hingegen kann sie den bereits mehrfach erwähnten und in ihren Augen massiv unverschämten und unnötigen Parkplatzabbau. Es wird mit einer Schattenallee und mit einer Velo-Verbindung argumentiert. Bereits jetzt steht dort jedoch bereits eine Schattenallee mit grossen Bäumen und das Miteinander von Velos und Autos funktioniert tiptopp. Der Sprechende sieht nicht, wo noch mehr Bäume gepflanzt werden sollten, und er findet den Platz für Velos und Autos ausreichend.

Die SVP-Fraktion will, dass das Gebiet als Naherholungsgebiet für alle erreichbar ist und bleibt und nicht nur für veloaffine, linksgrüne Menschen. Familien und gebrechliche Personen sollen das Gebiet weiterhin erreichen können. Der Plan ist einmal mehr eine Kampfansage an das Auto, was die SVP-Fraktion bekanntlich nicht befürwortet. Ebenfalls lehnt sie, wie bereits hinlänglich bekannt, Pop-up-Parks ab, insbesondere denjenigen bei der Werft. Die Ufschöttli ist ein grosses Gebiet, da braucht es keinen solch kleinen Platz – dieser wird voraussichtlich ein Schattendasein fristen. Zum Stadtrat und zur Verwaltung passt es aber, auf Biegen und Brechen das Konzept von Pop-up-Parks durchsetzen und als Erfolg verkaufen zu wollen. Aus Sicht der SVP-Fraktion ist es aber leider kein Erfolg. Pop-up-Parks werden nicht gebraucht, was die Stadt sich nicht eingestehen will. Bei den Parkplätzen geht es nicht nur um abzubauen Flächen, sondern um Einnahmen, konkret um rund 2,2 Mio. Franken an Parkgebühren, die künftig nicht mehr eingenommen werden sollen. Dies für kaum spürbare Verbesserungen für die Menschen. Gemessen am gesamten Perimeter handelt es sich um eine relativ kleine Fläche, die frei würde.

Über die diversen Protokollbemerkungen wird der Grosse Stadtrat ausführlich diskutieren, insbesondere jene zum carfreien Inseli sieht die SVP-Fraktion sehr kritisch. Der angestrebte Zeitplan ab nächstem Jahr, also in rund drei Monaten, ist sehr straff und nicht zielführend. In absehbarer Zeit wird das Parlament einen Bericht und Antrag zum Thema diskutieren. Aus Sicht der SVP-Fraktion ist ein carfreies Inseli nicht denkbar, solange keine Alternativen vorhanden sind.

Die SVP-Fraktion tritt auf den B+A ein, wird aber einen Antrag auf ablehnende Kenntnisnahme stellen.

Baudirektorin Manuela Jost bedankt sich für die Eintretensvoten. Das Entwicklungskonzept ist für den Stadtrat eine wichtige Basis für die nächsten Schritte in Richtung Aufwertung des Seeufers. Das linke Seeufer hat eine Qualität, die mit dem Entwicklungskonzept und dem Zielbild bestätigt wurde. Das Zusammenspiel der urban-industriellen sowie der naturnahen Qualitäten soll erhalten bleiben. Auch die anderen Grundsätze sind wichtig, seien es die Grün- und Veloachse, die stadtklimatischen Massnahmen, die Werkhofstrasse als Erschliessungsachse oder der – provisorisch so genannte – Werftplatz.

Die Sprechende staunte bei einigen Voten: Es hiess, dass es nicht mehr als zwei Massnahmentypen gebe – den Parkplatzabbau sowie die Buvette. Sie widerspricht: In den sieben Massnahmen sind vielmehr auch ökologische Aufwertungen sowie die Erschliessungsfrage enthalten. Es geht längst nicht nur um den Parkplatzabbau, auch wenn dieser ein wichtiges Thema ist.

Dem Stadtrat ist es ein Anliegen, dass ein Mehrwert für die Bevölkerung resultiert. Ein Wunsch, der in den Workshops mit den Jugendlichen, den Kindern und den Erwachsenen genannt wurde, ist ein greifbarer Mehrwert. Auch der Wunsch nach einem Pop-up-Park war ein klares Statement in dieser Hinsicht. Die Bevölkerung wünscht sich eine Grünachse, ökologische Aufwertungen, das Schaffen von Synergien mit bestehenden Projekten und eine rasche Umsetzung. Erste Massnahmen bei der Brutinsel vor der Kantonsschule Alpenquai werden bereits umgesetzt. Die nächsten folgen im kommenden Jahr. Der Stadtrat nimmt die rasche Umsetzbarkeit sehr ernst.

Die Sprechende führt zu einigen Massnahmen Details aus:

- Ökologische Aufwertung des Seeufers und der Flachwasserzonen: Diese ist bereits im Gang und kommt gut an.
- 28 Parkplätze auf dem technischen Sporn, die abgebaut werden sollen: Die Bevölkerung hat das klare Bedürfnis nach einem niederschwellig zugänglichen Raum geäussert. Wo der Pop-up-Park genau situiert wird, ist noch abzuklären.
- Betriebs- und Gestaltungskonzept für die Tribschenstrasse: Auch dies hat weder mit einer Buvette noch mit Parkplatzabbau zu tun. Der Lebensraum entlang der Strasse soll auf Wunsch der Bevölkerung aufgewertet werden.
- Apothekergärtli: Die Sprechende gibt dem Sprecher der G/JG-Fraktion recht. Sie hoffte, die Ateliers würden besser genutzt. An den wenigen Tagen im Sommer, an denen das Wetter gut war, war es zu heiss, und bei Regen war die Bespielung ebenfalls nicht ideal. Manchmal braucht es einen Versuch. Die Machbarkeitsstudie startet nächstes Jahr, und es wird sich zeigen, wie das Apothekergärtli besser zugänglich und sicherer gemacht werden kann. Deswegen unterstützt der Stadtrat die entsprechende Protokollbemerkung.
- Fuss- und Veloverbindung Alpenquai: Die Fragen im Zusammenhang mit dem Baumbestand wird der Stadtrat klären. Wie viele Parkfelder abgebaut werden, ist im Detail noch nicht bekannt. Wichtig ist, dass für die Anwohnenden, für das Gewerbe und für die Clubs nach wie vor Parkmöglichkeiten bestehen.
- Neuer Platz mit dem provisorischen Namen «Werftplatz»: Auch diese Frage soll möglichst schnell angegangen werden. Es gibt eine Vorstudie, um mögliche Varianten aufzuzeigen.

- Zur Protokollbemerkung, dass der Schotterplatz nebenan ebenfalls von Parkplätzen befreit werden soll: Der Stadtrat ist der Ansicht, dass die Parkplätze im Moment noch vom Motorboothafen, von der SNG sowie vom Gewerbe gebraucht werden.
- Inseli: Den meisten geht es zu lange, bis das Inseli eine reine Grünzone, also carfrei ist. Es ist ein langer und komplexer Prozess. Die Stadt hätte gerne bald mit einem Wettbewerb gestartet, merkte aber, dass der Handlungsspielraum für die involvierten internen Stellen nicht klar ist. Erste Resultate der Machbarkeitsstudie liegen nach den Herbstferien vor. Das sind wichtige Grundlagen, um aufzuzeigen, wie es planungsrechtlich weitergeht. Es macht keinen Sinn, die Protokollbemerkung anzunehmen, die einen Abbruch der Machbarkeitsstudie fordert.
- Zur Protokollbemerkung, dass schon in drei Monaten keine Cars mehr dort stehen sollen: Der Stadtrat versprach der Bevölkerung, dass das Inseli erst carfrei wird, wenn eine Alternativlösung für die Cars geschaffen wurde. Diese ist bis jetzt leider nicht vorhanden, obwohl der Stadtrat mit Hochdruck arbeitete. Der B+A zum Parkplatz in der Rösslimatt in Kriens liegt vor, die Lösung per 1. Januar 2023 ist absehbar. Es ist einfach nicht realisierbar, das carfreie Inseli per 1. Januar 2022 umzusetzen. Wie viele Cars im nächsten Jahr überhaupt noch hier sein werden, ist aufgrund der nicht absehbaren Coronapandemie unklar.
- Protokollbemerkung zur Buslinie 21: Das Anliegen ist nachvollziehbar, aber es macht Sinn, dies im laufenden Projekt «Bus 2040» des Verkehrsverbundes Luzern anzugehen. In diesem Zusammenhang werden die verkehrlichen Änderungen aufgrund des Durchgangsbahnhofs eruiert. Der Stadtrat lehnt die Protokollbemerkung ab, weil sie zu einem falschen Zeitpunkt kommt.

Der Stadtrat dankt dem Parlament für die Kenntnisnahme des Entwicklungskonzepts, sodass er mit der Umsetzung der Massnahmen weiterfahren kann.

Ratspräsidentin Sonja Döbeli Stirnemann stellt fest, dass der Grosse Stadtrat auf den B+A 18/2021: «Entwicklungskonzept für das linke Seeufer und das Gebiet Tribtschen II» eingetreten ist.

DETAIL

Seite 14 3.2 Erkenntnisse aus der Testplanung linkes Seeufer

Baukommissionspräsident Rieska Dommann: Die Baukommission hat die folgende **Protokollbemerkung** mit 6 : 4 : 1 Stimmen überwiesen:

Die Umleitung der Buslinie 21 mit Anschluss Ufschötti–Alpenquai–Eisfeld wird geprüft.

Der Stadtrat opponiert der Protokollbemerkung.

Der Grosse Stadtrat stimmt der Protokollbemerkung mit 24 : 22 : 0 Stimmen zu.

Baukommissionspräsident Rieska Dommann: Die Baukommission hat die folgende **Protokollbemerkung** einstimmig überwiesen:

Spätestens nach der Umgestaltung soll das Apothekergärtli wieder rund um die Uhr zugänglich sein.

Der Stadtrat opponiert der Protokollbemerkung nicht.

Der Grosse Stadtrat stimmt der Protokollbemerkung zu.

Baukommissionspräsident Rieska Dommann: Die Baukommission hat zu Kapitel 4.4 eine weitere **Protokollbemerkung** mit 6 : 4 : 1 Stimmen überwiesen:

In Zusammenarbeit mit Privateigentümer/innen werden grosszügige Dach- und Fassadenbegrünungen geplant.

Der Stadtrat opponiert der Protokollbemerkung nicht.

Patrick Zibung stellt namens der SVP-Fraktion einen **Ablehnungsantrag**. Die Fraktion ist der Meinung, dass das Gebiet bereits genügend begrünt ist. Es gibt grosse Bäume und grosse Flächen. Dass Privaten Vorgaben gemacht werden sollen, ist nicht nötig und muss abgelehnt werden.

Jona Studhalter: Es zeigt sich eine gewisse Ironie darin, dass man betont, wie wichtig das Stadtklima und Entsiegelungen seien, doch konkrete Massnahmen als unnötig erachtet. Grosszügige Dach- und Fassadenbegrünungen sind ein kleines Beispiel dafür, wie der Gegenvorschlag zur Stadtklima-Initiative umgesetzt werden kann. Der Sprechende ist froh um die Unterstützung für die Protokollbemerkung.

Der Grosse Stadtrat stimmt der Protokollbemerkung zu.

C) Neugestaltung Inseli

Baukommissionspräsident Rieska Dommann: Die Baukommission hat die folgende **Protokollbemerkung** mit 6 : 5 : 0 Stimmen überwiesen:

Das Inseli ist ab dem 1.1.2022 bis auf sechs Anhalteplätze grundsätzlich carfrei.

Der Stadtrat opponiert der Protokollbemerkung.

Umwelt- und Mobilitätsdirektor Adrian Borgula führt aus, dass der Volksauftrag vorsieht, das Inseli freizuspielen, sobald eine alternative Parkierungsmöglichkeit besteht. Mit der Coronapandemie hat man damals nicht gerechnet, und der Stadtrat weiss nicht, wie die Entwicklung weitergeht. Es wird nicht möglich sein, das Inseli so abzusperren, dass nur Anhalteplätze zur Verfügung stehen. Dies muss separat geplant werden. Im Rahmen der Machbarkeitsstudie wird eruiert, wo die Anhalteplätze zu stehen kommen werden.

Falls die Protokollbemerkung angenommen würde und der Carverkehr wieder zunimmt, wird es unweigerlich zu Parkierungen in den Quartieren kommen.

Der Stadtrat suchte lange nach einer Alternative für das Inseli: Im Brüelmoos waren das Stadtparlament und die Anwohnerschaft dagegen, und den Parkplatz im Hinterschlund verhinderte das Krienser Parlament. Nun steht der B+A Rösslimatt an, bei dem der Stadtrat davon ausgeht, dass er durchkommt, sodass die Realisierung gestartet werden kann. Per Anfang 2023 wird der neue Carparkplatz bereitstehen, wenn nichts Unvorhergesehenes passiert. Ab dann kümmert sich die Stadt um eine Zwischennutzung.

Der Stadtrat empfiehlt, die Protokollbemerkung abzulehnen.

Yannick Gauch: Was Umwelt- und Mobilitätsdirektor Adrian Borgula gerade sagte, war nie Teil des Initiativtextes oder des Argumentariums der Initiantinnen und Initianten. So will der Stadtrat der angenommenen Initiative begegnen. Die Ausgangslage änderte sich aber: Seit zwei Jahren stehen die Carparkplätze leer, nicht nur auf dem Inseli, sondern auch auf dem Schwanen- und auf dem Löwenplatz. Diese Entwicklung war nicht vorhersehbar. Es ist berechtigt, jetzt darauf zu reagieren. Es ist zwingend, dass der Druck erhöht wird und die Protokollbemerkung deshalb angenommen wird.

Umwelt- und Mobilitätsdirektor Adrian Borgula: Dass auf den Carparkplätzen seit zwei Jahren keine Cars mehr stehen, trifft nicht zu. Die Parkierungen nehmen wieder zu, und es stehen regelmässig Cars dort. Im Frühling 2020 traf die Aussage wohl zu, nun aber nicht mehr. Man weiss schlicht nicht, was im nächsten Jahr passiert.

Jona Studhalter: Der Stadtrat sagt, man könne die Protokollbemerkung nicht umsetzen, weil für die Carparkierung keine Alternativplätze zur Verfügung stünden. Doch es steht nirgends festgeschrieben, wie viele Carpark- und Anhalteplätze es in der Stadt Luzern geben soll. Es müssen beim Inseli keine Carparkplätze zur Verfügung gestellt werden. Das muss ein parlamentarischer Entscheid sein. Wie es dem Sprechenden scheint, könnte dieser lauten, dass die 26 dort vorhandenen Parkplätze nächstes Jahr nicht mehr zur Verfügung stehen sollen.

Der Sprechende ist nicht einverstanden damit, dass man es als schwierig erachtet zu überprüfen, ob auf den Anhalteplätzen nicht auch parkiert wird. Auf dem Schwanenplatz und anderswo ist dies auch möglich.

Jules Gut würde der Protokollbemerkung als gebranntes Kind der Umgestaltung Bahnhofstrasse gerne zustimmen. Vor zehn Jahren machte das Parlament noch Witze darüber, dass es nicht zehn Jahre warten wollen. Nun ist es so weit.

Der Sprechende möchte von der SP- und der G/JG-Fraktion wissen, welches ihre konkrete Alternative für Parkplätze ist, falls der Tourismus wieder anzieht. Kommt dann ein Postulat mit dem Titel «Parkplätze zu schaffen»? Der Stadtrat sagt, es gebe keine Alternative zum Inseli. Das Parlament ist deshalb relativ planlos unterwegs, wenn es der Protokollbemerkung zustimmt.

Peter Gmür sieht die Motivation für die Protokollbemerkung ebenfalls nicht. Umwelt- und Mobilitätsdirektor Adrian Borgula sagte klar, dass es nicht gehe. Nun gäbe es mit der Protokollbemerkung einen Prüfauftrag, in dessen Folge es wiederum heissen wird, dass es nicht geht. Abgesehen davon wird per 2023 in Kriens ein Parkplatz für die Cars geschaffen. Nun muss man ein Jahr warten.

Der Sprechende erinnert gerne daran, dass der Stadtrat nach der Abstimmung sagte, das Inseli könne erst carfrei werden, wenn ein adäquater Ersatz zur Verfügung stehe. Der Sprechende ist froh, dass wieder Cars und mit ihnen Touristen kommen und dass wieder etwas Farbe und Leben in die Stadt kommt. Er hofft, dass es bald wieder mit mehr Leuten und etwas Action und Lebensfreude losgeht.

Yannick Gauch: Das Parlament und die Bevölkerung machen die Regeln für den Carverkehr, und nicht der Carverkehr macht die Regeln, wie sich die Bevölkerung zu verhalten hat. Aus diesem Grund wäre nun, wo die Cars nicht vorhanden sind, eine gute Gelegenheit, die Spielregeln aufzustellen und zu sagen: Wenn die Cars zurückkommen, ist der Parkplatz weg. Es soll noch sechs Anhaltekannten geben, an denen man einsteigen kann, um nach Rust in den Europapark zu gehen, aber grundsätzlich wird dann dort nicht mehr parkiert.

Andreas Felder kommt auf die Aussage zurück, dass das Parlament die Regeln für die Parkplätze macht. Der Sprechende war noch nicht im Parlament, als die Bevölkerung über das Inseli abstimmte. Im damaligen B+A steht jedoch eine Protokollbemerkung, die wie folgt lautet: «Voraussetzung für den Start einer Zwischennutzung ist die Inbetriebnahme einer adäquaten Ersatzlösung für die Carparkierung und die Caranhalteplätze». Wieso sollte man nun im Rahmen einer Protokollbemerkung durchdrücken, dass die Parkplätze aufgehoben werden, obwohl im Parlament und gegenüber der Bevölkerung immer klar und deutlich hervorgehoben wurde, dass es ein Ersatzkonzept braucht und die Stadt mit der Lösung in der Rösslimatt in dieser Hinsicht auf dem besten Weg ist? Der Sprechende wird die Protokollbemerkung ablehnen.

Jules Gut merkt an Vorredner Yannick Gauch gewandt an, dass dieser eine Kopf-in-den-Sand-Politik betreibe. Man kann nicht sagen: Wenn die Cars wiederkommen, ist dies nicht unser Problem.

Ganz konkret: Was gedenkt Yannick Gauch zu tun, wenn nächstes Jahr wieder täglich 20, 30 oder 40 Cars nach Luzern kommen? Zu sagen, das geht uns nichts an, ist keine politische Lösung.

Patrick Zibung: Anders als im Eintretensvotum vom G/JG-Sprecher gesagt, ist es mit einem Stein und zwei Schildern nicht getan. Die Stadt Luzern ist auf den Tourismus angewiesen, auch finanziell. Touristen bringen Geld in die Stadt, das die Linken und Grünen gerne ausgeben.

Auch die SVP-Fraktion schätzt es, wenn die Touristen hoffentlich bald zurückkehren. Der Sprechende wünschte sich Kompromissbereitschaft – natürlich ist es unschön, noch einmal ein Jahr warten zu müssen. Dafür steht danach eine saubere Lösung auf dem Tisch, evtl. auf dem Rösslimatt-Areal, obwohl die SVP-Fraktion dieses kritisch sieht. Es ist immerhin eine Lösung, die in Richtung adäquater Ersatz geht. Dieser wurde im Abstimmungskampf vom Stadtrat wie auch vom Gegenkomitee immer wieder erwähnt. Die Bevölkerung weiss dies und hat bestimmt ein gewisses Verständnis für die Verzögerung.

Wie von Vorredner Jules Gut erwähnt, ist die Lösung bis jetzt nicht vorhanden. Wenn Parkplätze einfach aufgehoben werden: Was folgt dann? Letztlich halten die Cars irgendwo an, schlimmstenfalls gar an den von Linken und Grünen heiss geliebten Bushaltestellen, und verursachen ein Chaos.

Die SVP-Fraktion hofft, dass die Protokollbemerkung abgelehnt wird.

Mario Stübi: Voraussichtlich im laufenden Jahr wird der Grosse Stadtrat über die Klimastrategie befinden. Man soll den Sprechenden nicht darauf behaften, weil er die Thematik noch nicht im Detail studiert hat. Doch er meint zu wissen, dass es darin mitunter um den Abbau von 8'000 Parkplätzen in der Stadt Luzern geht. Da könnte man ebenfalls sagen dies sei Wahnsinn. Wo sollen denn die Leute parkieren? So wird Politik gemacht. Die Politik kann «Stopp» sagen und den Autoverkehr einschränken, weil er für das Klima schädlich ist. Welches die besten Massnahmen sind, um den Verkehr einzuschränken, darüber kann man diskutieren.

Dasselbe ist hier der Fall: Welchen Cartourismus wollen wir? Er soll ja nicht abgeschafft werden, doch es soll ohne das Inseli gehen und es gilt, eine Initiative umzusetzen. Die SP-Fraktion ist gebrandmarkt von der Bahnhofstrasse. Mit Partizipationsprozess, Vorstoss, Verzögerung durch die LUKB und Einsprachen dauerte es einfach zu lange. Um dem Einhalt zu gebieten, soll nun das Inseli ab dem 1. Januar 2022 – in einer Pandemiephase, während der der Carverkehr noch nicht so schnell zurückkommen wird – frei von Carparkplätzen sein.

Der Sprechende dankt für die Zustimmung zur Protokollbemerkung.

Yannick Gauch: Der Carparkplatz beim Inseli wird hauptsächlich für den Ausflugs-tourismus in den Europapark oder den Transport ins Skilager genutzt. Deswegen ist für die SP-Fraktion klar, dass sechs Anhalteplätze erhalten bleiben sollen. Sollte der unwahrscheinliche Fall eintreffen, dass auf einen Schlag wieder so viele Cars nach Luzern kommen wie vor der Pandemie, müsste man umdenken und andere Ideen wie bspw. die Idee mit dem vbl-Depot in den Vordergrund rücken. Die SP-Fraktion glaubt noch immer, dass aus dieser Idee mit einer guten und starken Kommunikation – auch gegenüber Reise-carunternehmungen – viel hätte herausgeholt werden können. Es gälte, kreativ zu werden oder vorhandene Ideen neu zu prüfen.

Jona Studhalter: Die bürgerliche Gegenposition zeigt die Problematik ziemlich schön auf: Man will warten, bis eine Alternative bereitsteht – gleichzeitig hört man, dass der Parkplatz in der Rösslimatt in Kriens noch alles andere als definitiv ist. Das ist es, was die Leute stört: Es ist noch nichts fix, auch 2023 nicht. Es ist nicht fair, wie mit dem Volksentscheid zum Inseli umgegangen wird. Der Druck für eine Lösung wird da sein, wenn der Protokollbemerkung zugestimmt wird. Auch bei der Bahnhofstrasse brauchte es den Druck aus dem Parlament.

Mike Hauser gratuliert dem Stadtrat, dass er zu seinem Wort steht, das Inseli erst von Cars zu befreien, wenn eine Alternative existiert. Auch wenn es lange dauerte, ist diese nun auf dem Tisch und breit abgestützt. Natürlich stimmt die linke Sicht, dass die Inseli-Initiative vom Volk angenommen wurde. Doch die 24 Carparkplätze sollen nun nicht zu einer Stellvertreterdiskussion dafür genutzt werden, welchen Tourismus man in Luzern will.

Im Moment geht es darum, die Alternative Rösslimatt durch das Parlament zu bringen. Der Sprechende ist zuversichtlich, dass dies gelingen wird. Dann wird das Inseli 2023 so umgesetzt wie es die Initiative vorsieht.

Benjamin Gross hört aus den Voten, zwölf Monate seien keine lange Zeit und man solle kompromissbereit sein. Das ist nachvollziehbar. Mit seiner Aussensicht betrachtet, empfindet er die Position der linken Ratsseite tatsächlich etwas starr. Andererseits merkte er als Bürger Luzerns, der bis vor Kurzem noch nicht Teil des Parlaments war, während Jahrzehnten als Velofahrer und als Kinderwagenschieber wie die bürgerliche Stadtpolitik den Cartourismus einfach «schleifen liess». Man liess die Cars Plätze einnehmen und verärgerte die Menschen. Daraus entstand wohl das Ja zum carfreien Inseli. Der Sprechende versteht deshalb die konsequente Reaktion seiner linken Kolleginnen und Kollegen. Er versteht nicht, weshalb Cars während des Wartens eine freie Seesicht haben sollten. Dasselbe gilt für Autos: Als Anwohner des Quartiers leuchtet ihm nicht ein, weshalb die besten Plätze nicht für Menschen, sondern für Autos reserviert sind. Um dem Groll gegenüber der verschlammten Carpolitik der letzten Jahrzehnte Ausdruck zu geben, unterstützt der Sprechende die Protokollbemerkung.

Barbara Irniger ist klar für die Umsetzung der Initiative. Gleichzeitig geht es ihr gegen den Strich, die Machbarkeitsstudie zum jetzigen Zeitpunkt abzubrechen. Sie möchte wissen: Wie ist das weitere Vorgehen? Wie schnell geht es nach der Fertigstellung der Studie und dem Vorliegen von Resultaten vorwärts?

Baudirektorin Manuela Jost: Die Resultate wird der Stadtrat im November diskutieren, daraufhin einen Entscheid fällen und die Kommission informieren. Braucht es einen Wettbewerb oder eine Studie – welches ist das richtige Instrument? Dies wird der Stadtrat entscheiden. Bis jetzt war der Gestaltungsspielraum nicht definitiv bekannt.

Per 2022 wird die Umsetzung des carfreien Inseli gestartet.

Silvio Bonzanigo: Die Abstimmungsunterlagen führten genau eine Bedingung auf: das Vorhandensein einer adäquaten Ersatzlösung. Diese Bedingung kommt nun zum Zug. Bis das Inseli carfrei wird, dauert es etwas länger als gewünscht. Doch im Moment ist alles zu unterlassen, dem künftigen Tourismus – von dem Luzern in hohem Mass abhängig ist – auch nur einen Kieselstein in den Weg zu legen. Dies würde mit der Annahme der Protokollbemerkung geschehen. Die Carunternehmungen zu improvisierten Lösungen zu zwingen, darf sich Luzern nicht leisten. Der Sprechende ist deshalb gegen die Überweisung der Protokollbemerkung.

Umwelt- und Mobilitätsdirektor Adrian Borgula: Peter Gmür führte aus, dass der Stadtrat nach der Volksabstimmung sagte, das Inseli könne erst carfrei werden, wenn ein adäquater Ersatz zur Verfügung stehe. Andreas Felder erklärte in der Folge richtig, dass dies bereits im Vorfeld der Abstimmung der Fall war. Diese Tatsache bekräftigt der Sprechende. Der Stadtrat versprach, die Zwischennutzung erst zu starten, sobald eine alternative Lösung für die Cars vorhanden ist. Deshalb wehrt er sich gegen die Protokollbemerkung.

In der Vorbereitung zur Initiative kam der Wunsch, die Zwischennutzung erst nach dem Vorhandensein einer adäquaten Ersatzlösung zu starten, sogar aus dem Parlament. Daran arbeitet der Stadtrat nun. Deshalb stört es den Sprechenden zu hören, mit dem Volksentscheid werde nicht fair umgegangen. Der Volksentscheid erging, und in den Abstimmungsunterlagen war die Voraussetzung festgehalten.

Der Stadtrat ging davon aus, schneller eine Ersatzlösung zu finden. Der Sprechende versteht alle, denen es an der Bahnhofstrasse zu lange dauerte. Er versteht hingegen den Vorwurf nicht, der Stadtrat sei untätig gewesen. Manchmal gibt es schwer zu beeinflussende Barrieren.

Eine Korrektur zum Votum von Mario Stübi: Die Zahl des Abbaus von 8'000 Parkplätzen in der Stadt Luzern ist nicht korrekt. Beim Vorschlag des Stadtrates, der mit Sicherheit zu Diskussionen im Parlament führen wird, geht es um den Abbau der Hälfte der Strassenparkplätze, um 3'700, bis im Jahr 2040.

Zum Votum von Jona Studhalter: Dieser erachtet es als nicht schwierig, zu überprüfen, ob auf den Anhalteplätzen nicht auch parkiert wird. Der Sprechende stellt klar: Auf dem Schwanenplatz funktioniert das Carregime nur mit einem Ordnungsdienst, der von umliegenden Geschäften finanziert wird.

Der Grosse Stadtrat lehnt die Protokollbemerkung der Baukommission

Das Inseli ist ab dem 1.1.2022 bis auf sechs Anhalteplätze grundsätzlich carfrei.

mit 22 : 19 : 0 Stimmen ab.

Yannick Gauch stellt namens der SP-Fraktion folgenden **Auftrag**:

Auf eine Machbarkeitsstudie wird verzichtet. Der entsprechende finanzielle Betrag wird in eine Zwischennutzung investiert.

Die SP-Fraktion ist nicht bereit, die Umsetzung weiter zu verzögern. Vor allem unter der Voraussetzung, dass übergeordnete Gewissheiten wie die Umsetzung des Durchgangsbahnhofs fehlen. Es scheint der Fraktion deshalb sinnvoll, die Zwischennutzung voranzutreiben.

Baukommissionspräsident Rieska Dommann: Die Baukommission stimmte über eine Protokollbemerkung mit dem gleichen Wortlaut ab, diese wurde mit 3 : 8 : 0 Stimmen abgelehnt.

Der Grosse Stadtrat lehnt den Auftrag der SP-Fraktion ab.

G) Vorstudie «Werftplatz»

Baukommissionspräsident Rieska Dommann: Die Baukommission hat die folgende **Protokollbemerkung** mit 6 : 5 : 0 Stimmen überwiesen:

Die Parkplätze auf dem Schotterplatz werden zugunsten der Erweiterung des Werftplatzes aufgehoben.

Der Stadtrat opponiert der Protokollbemerkung.

Der Grosse Stadtrat stimmt der Protokollbemerkung mit 24 : 22 : 0 Stimmen zu.

Seite 33 Beschluss des Grossen Stadtrates

Ratspräsidentin Sonja Döbeli Stirnemann erläutert, dass zunächst der Antrag der SVP-Fraktion nach ablehnender Kenntnisnahme dem Antrag der CVP-Fraktion nach blosser Kenntnisnahme gegenübergestellt wird. Der obsiegende Antrag wird der vom Stadtrat beantragten zustimmenden Kenntnisnahme gegen übergestellt.

In der Gegenüberstellung von ablehnender und blosser Kenntnisnahme obsiegt die blosser Kenntnisnahme.

In der Gegenüberstellung von blosser und zustimmender Kenntnisnahme obsiegt die zustimmende Kenntnisnahme.

- I. **Der Grosse Stadtrat nimmt das Entwicklungskonzept linkes Seeufer, Schlussbericht (Beilage 3), zustimmend zur Kenntnis.**
- II. **Der Grosse Stadtrat schreibt die Motion 435, Sonja Döbeli Stirnemann und Laura Grüter Bachmann namens der FDP-Fraktion vom 8. September 2008: «Linkes Seeufer: Von der Schmutzdecke zur Uferpromenade», als erledigt ab.**

Der Beschluss lautet:

Der Grosse Stadtrat von Luzern,

nach Kenntnisnahme vom Bericht und Antrag 18 vom 2. Juni 2021 betreffend

**Entwicklungskonzept für das linke Seeufer und das Gebiet Tribtschen II
Umsetzungsprojekte,**

gestützt auf den Bericht der Baukommission,

in Anwendung von Art. 27 Abs. 2 und 3 der Gemeindeordnung der Stadt Luzern vom 7. Februar 1999 sowie Art. 52 und Art. 55i des Geschäftsreglements des Grossen Stadtrates vom 11. Mai 2000,

beschliesst:

- I. Das Entwicklungskonzept linkes Seeufer, Schlussbericht (Beilage 3), wird zustimmend zur Kenntnis genommen.
- II. Die Motion 435, Sonja Döbeli Stirnemann und Laura Grüter Bachmann namens der FDP-Fraktion vom 8. September 2008: «Linkes Seeufer: Von der Schmutdelecke zur Uferpromenade», wird als erledigt abgeschlossen.

6 Bericht und Antrag 21/2021 vom 23. Juni 2021:

Projekt «Alterswohnen integriert»

- **Bericht zum Projektstart**
- **Nachtragskredit**

Grossstadtrat und Sozialkommissionspräsident **Marco Müller** befindet sich als Vorstandsmitglied des Vereins Spitex Stadt Luzern bei diesem Geschäft **im Ausstand**. Er verlässt das Plenum und nimmt auf der Tribüne Platz.

EINTRETEN

Sozialkommissionsvizepräsidentin Maria Pilotto: Die Sozialkommission des Grossen Stadtrates hat an ihrer Sitzung vom 26. August 2021 den B+A 21/2021: «Projekt «Alterswohnen integriert»» behandelt. Darin wird einerseits die Entwicklung der integrierten Versorgung in der Stadt Luzern vorgeschlagen. Dies insbesondere mittels der Prüfung einer Zusammenführung von Viva Luzern, Spitex Stadt Luzern sowie Vicino Luzern. Andererseits werden mit diesem Vorhaben auch die Weichen für die zukünftige Bewirtschaftung der 220 städtischen Alterswohnungen gestellt. Die Sozialkommission begrüsst die Zielsetzung von «Betreuung, Pflege und Wohnen für ältere Menschen aus einer Hand». Der Abbau von Organisationsschwellen für ein gutes Leben im Alter entspricht einem breiten und zeitgemässen Bedürfnis. Auch die angedachte Zusammenlegung der drei grossen städtischen Institutionen wird von den Kommissionsmitgliedern gewürdigt. Intensiv diskutiert wurden in der Sozialkommission die steuernde Rolle der Stadt sowie die politischen Einflussmöglichkeiten des Parlaments und der Bevölkerung auf die künftige Versorgungsstruktur. Die Sozialkommission schlägt dem Grossen Stadtrat in der Detailberatung einen Zwischenschritt vor, in dem ein Bericht die politischen Gestaltungs- und Steuerungsmöglichkeiten im

Hinblick auf die integrierte Versorgung darlegen soll. Erst dann soll die Zusammenführung von Viva Luzern, Spitex Stadt Luzern sowie Vicino konkretisiert werden.

Entsprechend der vielschichtigen Themen des Berichtes und Antrages schlägt die Sozialkommission dem Grossen Stadtrat weitere Protokollbemerkungen in der Detailberatung vor.

Im Namen der Sozialkommission dankt die Sprechende dem Stadtrat und der Verwaltung für die Arbeiten an dieser zukunftsweisenden Idee der integrierten Versorgung. Ebenfalls bedankt sie sich bei den Vorsitzenden von Viva, Spitex und Vicino, die der Kommission vor der Beratung des Geschäfts Rede und Antwort standen und zusammen mit ihren Mitarbeitenden das fachliche Wissen aus der Praxis zur Verfügung stellen.

Die Sozialkommission nahm den B+A «Projekt «Alterswohnen integriert»» zustimmend zur Kenntnis und schlägt dem Parlament vor, den Nachtragskredit von Fr. 35'000.– zu bewilligen.

Heidi Rast: Der vorliegende B+A «Projekt «Alterswohnen integriert»» stösst auf sehr grosses Interesse und betrifft die eine oder den anderen im Grossen Stadtrat in weiter oder sogar naher Zukunft ebenfalls. Die Motion 284: «Entwicklungsbericht bezahlbarer Wohnraum» von Marco Müller und Korintha Bärtsch sowie das Postulat 343: «Integrierte Versorgung», das von der G/JG-Fraktion eingereicht wurde, führten dazu, dass die Stadt Luzern eine Strategie entwickelt, wie es mit den städtischen Alterswohnungen weitergehen soll und wie die verschiedenen Akteure in Pflege und Betreuung enger zusammenarbeiten können.

Die vom Stadtrat eingeschlagene Richtung entspricht in weiten Teilen den Forderungen der G/JG-Fraktion. Sie bedankt sich beim Stadtrat und der Verwaltung für den wichtigen und wegweisenden B+A. Im weiteren Verlauf der heutigen Debatte wird festzustellen sein, wie intensiv der B+A «Projekt «Alterswohnen integriert»» an der letzten Sitzung der Sozialkommission diskutiert wurde. Es stehen 16 Protokollbemerkungen an, und es kommt bestimmt noch mindestens eine hinzu. Der G/JG-Fraktion ist sehr wichtig, dass der eingeschlagene Weg so gut und zielgerichtet wie möglich weiterverfolgt werden kann.

Der G/JG-Fraktion ist bewusst, dass das Vorhaben ein mutiger Schritt ist, gerade wenn man eine neue, grosse, zusammenführende Organisation ins Auge fasst. Der G/JG-Fraktion ist enorm wichtig, dass ältere Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt Luzern und ihre Angehörigen ein gutes, für sie einfaches und niederschwelliges Angebot erhalten, damit sie so lange wie möglich selbstbestimmt dort leben und wohnen können, wo sie möchten.

Eine integrierte Versorgung – sei es das Wohnen, ein stabiles Netzwerk, eine ambulante Versorgung oder, wenn nötig und sinnvoll, eine stationäre Lösung – aus einer Hand, wie sie im B+A vorgesehen ist, macht Sinn und ist zeitgemäss. So werden effiziente und effektive Ressourcennutzungen sowie innovative Angebote und wegweisende Kooperationsformen zentral sein. Der G/JG-Fraktion ist es ein grosses Anliegen, dass dabei auch die privaten Anbieter wie z. B. Spitex und Heime jederzeit einen guten Zugang zur integrierten Versorgung haben. Sie sind für die Stadt Luzern in dem Bereich mitunter systemrelevant. Mit ihrem offenen Brief signalisierten sie bereits, dass sie an einer engen Zusammenarbeit bei der Ausarbeitung des Konzepts sehr interessiert sind. Diese Ausgangslage muss der Stadtrat nutzen und berücksichtigen. Denn für die G/JG-Fraktion ist wichtig, dass die älteren Menschen auch in Zukunft eine Wahlfreiheit haben.

Für ein gutes Gelingen kommt auch dem Einbezug der Hausärztinnen und Hausärzte sowie den Apotheken eine wichtige Rolle zu, weil sie oft die ersten Ansprechpersonen der älteren Menschen

sind und merken, wenn mehr Unterstützung nötig ist. Für die G/JG-Fraktion ist zudem wichtig, dass weitere interdisziplinäre Berufsrichtungen wie z. B. Ergotherapie oder Physiotherapie mitgedacht und miteinbezogen werden.

Eine bessere und professionellere Zusammenarbeit mit den Spitälern wird zentral sein, damit die Übergänge von Ein-, Aus- oder Übertritten auch wirklich aufeinander abgestimmt sind und unkompliziert funktionieren.

Der Sprechenden ist persönlich und aus ihrer soziokulturellen Arbeit sehr wichtig, dass die älteren Menschen nicht nur als unterstützungs- und pflegebedürftig wahrgenommen werden. Es ist genauso wichtig, dass der vorgelagerte Bereich, d. h. bevor jemand Unterstützung braucht, auf ein gutes Netzwerk zählen kann. Und hier spielt Vicino eine bedeutende Rolle.

Vicino Luzern geht gezielt auf die Bedürfnisse der wachsenden älteren Bevölkerung ein, die sicher und selbstbestimmt in ihrem Wohnumfeld alt werden möchte. Dafür ist ein Netz an nachbarschaftlicher und professioneller Unterstützung hilfreich. Vicino ist zurzeit die Partnerorganisation der Stadt Luzern, die Nachbarschaft stärkt und so der Einsamkeit entgegenwirken kann. Sie fördert die Selbsthilfe und die Gesundheitskompetenzen der Quartierbewohnenden im Alltag, indem sie ressourcenorientiert und partizipativ unterwegs ist und mit ihren jeweiligen Quartierstandorten zielgerichtete Angebote und Interaktionen ermöglicht. Damit Vicino ein gleich wichtiger und gleichwertiger Partner wird, ist es unabdingbar, dass der Verein in der neuen Organisationsform miteingebunden wird.

Wichtig wird auch das vorgelagerte, niederschwellige und unabhängige Beratungsangebot sein, das nicht in der neuen Organisation integriert ist, sondern als städtische «Anlaufstelle Alter» Auskunft gibt, berät und dabei den Menschen immer die Wahlfreiheit lässt. So sieht die G/JG-Fraktion ein grosses Potenzial in der Anlaufstelle. Sie begrüsst es, wenn sich diese parallel zur neuen Organisation weiterentwickelt. Vor allem soll die Anlaufstelle das Case Management im Sinne einer Begleitung von älteren Menschen und ihren Angehörigen in Übergängen oder Krisen und dem ganzen Dschungel an Angeboten abdecken. So sind die beiden Organisationen aufeinander abgestimmt, und Unterstützungslücken können geschlossen werden.

Die Sprechende kommt nun zu einem Teil des B+A, der für die G/JG-Fraktion nicht wirklich genügend aussagekräftig ist: Beim Bestand der Alterswohnungen wird leider nur vage aufgezeigt, in welche Richtung es gehen könnte. Dass es viel zu wenig bezahlbare altersgerechte Wohnungen gibt, ist längstens bekannt. Vor allem der Bedarf an bezahlbaren kleinen Wohnungen ist enorm gross.

Deshalb erwartet die G/JG-Fraktion, dass im weiteren Projektverlauf eine sorgfältige Analyse gemacht wird, in welchen Quartieren die Bevölkerung in den kommenden 10 bis 20 Jahren stark vom demografischen Wandel betroffen sein wird. Dies im Kontext der zu erwartenden Alterswohnungen, des betreuten Wohnens und des Wohnens mit Dienstleistungen. Unterversorgungen müssen bereits jetzt klar aufgezeigt werden. Man kann nicht warten, bis die neue Organisation sich dem annimmt.

Für die G/JG-Fraktion ist deshalb absolut zentral, dass der jetzt bestehende bezahlbare Wohnraum für ältere Menschen erhalten bleibt und dass per sofort mit der Planung und Umsetzung neuer bezahlbarer Alterswohnungen gestartet wird.

Altersangebote zu bündeln, ist genau die Idee der integrierten Versorgung. Angebotslücken in der Versorgungskette werden geschlossen, kritische Übergänge verbessert, und ältere Mensch sowie

Angehörige stehen im Zentrum. Es ist nicht mehr unklar, wer warum wie zuständig ist. Gerade im Alter, wenn Wohnen, Betreuung, Pflege, Gesundheit und Unterstützung immer mehr verschmelzen, ist es ein grosser Gewinn, alles mit ganzheitlichem Blick aus einer Hand zu haben. Es wird Aufgabe des Projekts sein, die geeignete Rechtsform für die neue, integrierte Organisation zu finden. Die Vorgabe der Stadt, dass sowohl die Organisation als auch die Alterswohnungen gemeinnützig und im Eigentum der Stadt Luzern sein sollen, findet die G/JG-Fraktion wichtig und richtig. Gemeinnützige Aktiengesellschaften z. B. sind im Gesundheitswesen weit verbreitet und funktionieren meist gut, da sie als eigenständige Unternehmen rasch auf Bedürfnisse reagieren können. Die G/JG-Fraktion tritt auf den B+A ein, unterstützt die Protokollbemerkungen, nimmt vom Bericht zustimmend Kenntnis und stimmt dem Nachtragskredit von Fr. 35'000.– zu.

Agnes Keller-Bucher: Das Thema Alter beschäftigt den Grossen Stadtrat schon seit längerer Zeit. Es ist bekannt, dass die Menschen immer älter werden und so lange wie möglich im gewohnten Umfeld wohnen bleiben. Das klassische Alters- und Pflegeheim ist ein Auslaufmodell. Selbstbestimmte Wohnformen sowie Mischformen von ambulanter und stationärer Pflege sind gefragt. Um das Ziel zu erreichen, wurden in der Stadt Luzern bereits viele Massnahmen getroffen. Verschiedene Dienstleistungen und Angebote im Interesse der älteren Mitmenschen sind installiert und werden erfolgreich genutzt. Mit der Anlaufstelle Alter wurde eine Stelle geschaffen, die bereits heute alle Angebote koordiniert und zusammenführt.

Jetzt möchte der Stadtrat einen grossen Schritt weitergehen. Die integrierte Versorgung rund um das altersgerechte Wohnen, mit und ohne Dienstleistungen, sowie ein Zusammenrücken der ambulanten und stationären Pflege und Betreuung für ältere, aber auch junge unterstützungsbedürftige Menschen muss angestrebt werden. Mit der Zusammenführung von Viva Luzern, Spitex Stadt Luzern und Vicino Luzern soll eine integrierte Organisation geschaffen werden, die alles aus einer Hand anbietet. So können Synergien geschaffen, Versorgungslücken geschlossen und administrativer Aufwand abgebaut werden.

Die CVP-Fraktion steht diesem Schritt positiv gegenüber. Es ist ihr ein grosses Anliegen, dass die vielen weiteren Anbieter wie z. B. die gemeinnützigen Wohnbauträger, private Pflegeheime und Spitexorganisationen sowie viele mehr in einem vernünftigen Rahmen miteinbezogen werden und ihre tragende Rolle wahrnehmen. Die Wahlmöglichkeit der verschiedenen Angebote soll erhalten bleiben.

Auch die Frage nach der Rechtsform und die Frage, welche Verantwortung und Mitsprache die Stadt Luzern haben soll, sind von grosser Bedeutung und müssen sorgfältig geklärt werden. Der Rucksack mit all den vielen Anforderungen, Bedingungen, Forderungen und Wünschen von allen Seiten ist gepackt. Die CVP-Fraktion wünscht dem Stadtrat viel Ausdauer und gutes Gelingen auf dem anspruchsvollen Weg zum ambitionierten Ziel.

Die CVP-Fraktion nimmt vom B+A zustimmend Kenntnis und stimmt dem Nachtragskredit zu. Bei den vielen Protokollbemerkungen folgte sie bis auf eine kleine Ausnahme dem Stadtrat.

Thomas Gfeller dankt dem Stadtrat für die Erarbeitung des B+A «Projekt «Alterswohnen integriert»». Die SVP-Fraktion ist sich einig, dass die ursprüngliche Idee, welche der Stadtrat vorschlug, unbestritten, sinnvoll, wirtschaftlich und längerfristig ausgelegt ist. Er schlug ein Projekt für eine nachhaltige integrierte Versorgung mit Prüfung der Zusammenlegung von Viva, Vicino und

Spitex vor. Einerseits soll Menschen, die auf Hilfe angewiesen sind, der Zugang erleichtert und andererseits Synergien genutzt und Kosten gesenkt werden. Das begrüsst die SVP-Fraktion sehr. Die Medienmitteilung, die am 26. August 2021 von der Sozialkommission verschickt wurde, lässt erahnen – sofern man diese genau liest –, dass der B+A in der Kommission nicht so schnell durchgeflutscht ist wie ursprünglich angenommen. In der Medienmitteilung steht, dass intensiv diskutiert wurde und zuhänden des Grossen Stadtrates sieben zusätzliche Anträge und Protokollbemerkungen gestellt werden. Inzwischen sind es bereits 17.

Unter der Annahme, dass Protokollbemerkungen Prüfaufträge sind, welche keinen zwingenden Charakter haben, stellt sich die SVP-Fraktion die Frage, warum sie dann gestellt werden – wenn sie angeblich nicht so wichtig sind. Die SVP-Fraktion erachtet Protokollbemerkungen als entscheidend, und im Übrigen sind sie die einzige Möglichkeit des Parlaments, in einem B+A aufzuzeigen, dass man mit dem definierten Vorgehen des Stadtrates nicht einverstanden ist und auf die Stossrichtung Einfluss nehmen will.

Aus dem ursprünglich guten Projekt, welches sich marktwirtschaftlich hätte orientieren sollen und bei dem Fehler erlaubt gewesen wären – dafür ist ein Projekt da –, entsteht bereits im Vorfeld ein staatliches Konstrukt, das nach aussen den Schein erweckt, man orientiere sich am Markt. In Wahrheit sind die Fesseln durch die zahlreichen Anträge dermassen gross, dass die Institution im Endeffekt nichts anderes als eine staatlich kontrollierte Organisation ist, in der die partikularen Interessen klar umgesetzt werden.

Aus Sicht der SVP-Fraktion ist es nicht sinnvoll, wenn der Stadtrat mit einer Protokollbemerkung bzw. mit Anmerkungen im Vorfeld beauftragt wird, Liegenschaften für Alterswohnungen auf Vorrat zu sichern. Ebenfalls nicht sinnvoll ist es, wenn der Stadtrat zuhänden der Sozialkommission einen zusätzlichen Bericht vorlegen muss, in dem er als Zwischenschritt die politischen Gestaltungs- und Steuerungsmöglichkeiten im Hinblick auf die integrierte Versorgung aufzeigt. Das hiesse im Klartext: Bevor das Projekt überhaupt gestartet werden kann, muss der politische Gestaltungsrahmen klar abgesteckt sein, ansonsten wird nicht gestartet.

Aus Sicht der SVP-Fraktion stellt sich die simple Frage: Wollen wir das Projekt oder wollen wir es nicht? Sie versteht sich nicht als Teil der Projektgruppe, sondern als Kontrollorgan, das entscheidet, ob es dem Projekt in der vorliegenden Ausführung zustimmen kann. Durch die zahlreichen Protokollbemerkungen wird die ursprünglich gute Idee des Stadtrates schwerfällig, unleserlich, überladen und verunmöglicht der SVP-Fraktion die Zustimmung. Sie stellt daher einen **Antrag auf Nichteintreten**. Wird ihr Antrag nicht angenommen, wird sie die Protokollbemerkungen grösstenteils ablehnen.

Für die SVP-Fraktion ist es wichtig, zu betonen, dass sie die Idee des Projekts an sich nicht ablehnt, sondern das, was daraus gemacht wurde. Die verantwortliche Kommission wäre aufrichtiger gewesen, hätte sie den kompletten B+A zurückgewiesen.

Daniel Lütolf: Der Stadtrat legt mit dem B+A 21/2021: «Projekt «Alterswohnen integriert» nicht nur ein sehr ambitioniertes Geschäft vor, sondern eine sinnvolle, innovative und wichtige Weiterentwicklung der Alterspolitik in der Stadt Luzern. Der Sprechende dankt dem Stadtrat und den zuständigen Stellen für diese tolle Arbeit.

Der B+A zeigt Folgendes klar auf:

- In der Stadt Luzern ist bis 2045 mit einer Zunahme von rund 40 Prozent der über 65 Jahre alten Personen zu rechnen.
- Die Nachfrage nach altersgerechten Wohnungen wird in den kommenden Jahren entsprechend steigen.
- Die Wohnbautwicklung zeigt auf, dass der Wohnungsmarkt auf diese steigende Nachfrage reagiert.
- Rund zehn Prozent der über 65-jährigen Personen sind auf Ergänzungsleistungen angewiesen.
- Viva Luzern, Spitex Stadt Luzern und Vicino Luzern arbeiten bereits heute eng zusammen und sind mit der Stadt eng verbunden. Das sind optimale Voraussetzungen für dieses Projekt.
- Der Stadtrat hat das Modell 4 als dasjenige Modell mit dem grössten Potenzial eruiert. Das sieht die GLP-Fraktion genauso.
- Das definierte Projektvorgehen der Stadt erachtet sie als sehr gut und zielführend.
- Dass sich drei etablierte Organisationen im Sinne einer Prozessoptimierung und Synergienutzung zusammenlegen wollen, ist für die GLP-Fraktion absolut begrüßenswert.
- Genauso wichtig, wenn nicht sogar das Wichtigste: Die Organisationen Viva Luzern, Spitex Stadt Luzern und Vicino Luzern unterstützen die Bestrebungen, zukünftig Dienstleistungen im Sinne der integrierten Versorgung aus einer Hand anzubieten, und sind bereit, im Projekt aktiv mitzuarbeiten.
- Ganz pragmatisch: Wenn drei etablierte Organisationen und deren Fachpersonen einen Zusammenschluss als sehr positiv beurteilen, kann dieser nach Ansicht der GLP-Fraktion gar nicht schlecht sein.

In diesem Sinne ist sie klar der Meinung, dass dieser B+A gar nicht abgelehnt werden kann. Selbstverständlich gibt es zum jetzigen Zeitpunkt noch viele unklare Punkte und offene Fragen – das sieht man nur schon an der Anzahl Protokollbemerkungen. Die GLP-Fraktion ist jedoch klar dafür, dass das Projekt gestartet und keine unnötigen Hürden geschaffen werden sollen. Alle Zeichen stehen auf Grün. Die Partnerorganisationen sowie das Projektteam sind guten Mutes und motiviert zu starten, mit dem Ziel einer wegweisenden, sinnvollen und innovativen Alterspolitik in der Stadt Luzern.

Für die GLP-Fraktion ist das Projekt wie auch die zustimmende Kenntnisnahme zum B+A eine klare Sache. Sie stimmt natürlich auch dem Zusatzkredit von Fr. 35'000.– zu.

Ein kleiner Hinweis zu den Protokollbemerkungen an die Adresse der SVP-Fraktion: Tatsächlich sind es sehr viele Protokollbemerkungen. Ein Grossteil der Protokollbemerkungen haben aber kein enormes Gewicht. Die GLP-Fraktion hätte die Protokollbemerkung 3 (StB 685) zum Prinzip «Design to Cost» klar abgelehnt, wäre sie von der G/JG-Fraktion nicht neu formuliert worden. Nun ist der Ausgang offen, und der Sprechende ist gespannt, wie seine Fraktion abstimmen wird.

Die Protokollbemerkungen 7 (StB 685) zur «fachlichen Weiterentwicklung» und 15 zu «Gewerkschaft in der Resonanzgruppe» wird die GLP-Fraktion ablehnen.

Marco Baumann dankt im Namen der FDP-Fraktion für die Erarbeitung des B+A. Die Fraktion steht der Idee, dass zukünftig Dienstleistungen im Sinne einer integrierten Versorgung aus einer Hand angeboten werden, grundsätzlich positiv gegenüber. Eine verstärkte Zusammenarbeit von

Viva, Spitex und Vicino und allenfalls sogar eine Fusion kann ein grosser Vorteil für Seniorinnen und Senioren darstellen. Erfreulich ist, dass alle Organisationen, auch die privaten Anbieter, in den Prozess starten wollen. Mit einer integrierten Versorgung können Synergien genutzt und Lücken zwischen ambulanten und stationären Angeboten geschlossen werden. Das bedeutet eine Vereinfachung und bessere Übersichtlichkeit der Angebote für die städtische Bevölkerung. Zudem erhofft sich die FDP-Fraktion eine gute Lösung, wie die Stadt in Zukunft mit den städtischen Alterswohnungen umgehen will. Ob schlussendlich ein Mehrwert mit einer integrierten Versorgung geschaffen werden kann, wird der ergebnisoffene Prozess zeigen. Viele Fragen sind zurzeit noch offen. Unter anderem wird das Konzept aufzeigen müssen, welcher konkrete Nutzen für Seniorinnen und Senioren geschaffen wird, welcher Synergiegewinn daraus resultiert und ob dadurch Kostenoptimierungen oder Optimierungen in den Strukturen generiert werden können. Auch muss aufgezeigt werden, dass kein Monopol entsteht, das private Anbieterinnen und Anbieter verdrängt.

Heute beschliesst das Parlament mit dem B+A aber nur, ob der ergebnisoffene Prozess gestartet werden soll. Es geht weder darum, ob die Stadt weitere Alterswohnungen kauft, noch darum, wie die Alterswohnungen künftig saniert oder gebaut werden sollen. Entsprechende Protokollbemerkungen wird die FDP-Fraktion deshalb ablehnen. Das Parlament muss heute auch nicht definieren, wie eine fusionierte Organisation ihren operativen Betrieb gestaltet und welche Rechtsform die fusionierte Organisation haben könnte, auch wenn sich einige Fraktionen diese Diskussion heute bereits wünschen. Wie schon erwähnt, handelt es sich um einen ergebnisoffenen Prozess. Das Parlament sollte nicht zu stark eingreifen, denn die Projektgruppe machte sich dazu bereits tiefer gehende Gedanken als das Parlament.

Die FDP-Fraktion unterstützt deshalb die Prüfung, tritt auf den B+A ein, nimmt ihn zustimmend zur Kenntnis und bewilligt den Nachtragskredit.

Claudio Soldati: Der Stadtrat legt dem Parlament mit dem B+A «Projekt «Alterswohnen integriert» ein sehr ambitioniertes Projekt vor. Nach der Auslagerung der Heime und Alterssiedlungen zu Viva Luzern ist dies wohl das grösste und wegweisendste Projekt in der städtischen Alterspolitik seit vielen Jahren.

Die SP-Fraktion stellte aber fest, dass das Geschäft des Stadtrates noch an verschiedenen Stellen verbessert werden muss, weil es so noch nicht mehrheitsfähig ist. Weil es sich um das grösste Projekt in der Alterspolitik seit Jahren handelt, gilt es, möglichst viele Fraktionen von Anfang an an Bord zu haben.

Die SP-Fraktion ist grundsätzlich der Ansicht, dass das Modell der integrierten Versorgung sehr viel Potenzial hat – die Vorrednerinnen und Vorredner haben es bereits gut dargelegt. Sie ist überzeugt, dass das integrierte Modell einerseits hauptsächlich den pflegebedürftigen Personen zugutekommt und andererseits die Organisationen der Alterspolitik wohl nicht umhinkommen, ihre Dienstleistungen grundsätzlich zu hinterfragen, die Differenzierung nach ambulant und stationär mehr und mehr aufzubrechen und neue Formen der Betreuung, Pflege und Unterstützung zu finden.

Für die SP-Fraktion – und hier unterscheidet sie sich diametral von der SVP-Fraktion – kommt der B+A aber mit viel zu viel ausschliesslich ökonomischer Sichtweise daher. Die Altersversorgung wird so dargestellt, als ob sie ein Markt wie jeder andere wäre. Es gehe hauptsächlich um «Kundinnen- und Kundenorientierung», «Eigenverantwortung» und «Auswahlmöglichkeiten». Es wird also

suggestiert, dass – um in der Sprache des B+A zu bleiben – die Kundinnen und Kunden jederzeit den gesamten Markt und seine Dienstleitungen kennen, sich immer frei entscheiden können und die Dienstleistungen von ihrem Geld bezahlen. Dem Politischen – dem marktbegrenzenden Element (alters-, sozial-, wohnungs- und stadtentwicklungspolitisch), also u. a. den Einflussmöglichkeiten des Stadtrates, des Parlaments und des Volkes – wird keinerlei Beachtung geschenkt. Die SP-Fraktion möchte ein Projekt «Alterswohnen integriert», welches mit möglichst wenig Markt auskommt. Es handelt sich nämlich um fragile und vulnerable Menschen, für die man dieses Projekt macht, und somit um ein soziales und politisches und nicht in erster Linie ökonomisches oder marktwirtschaftliches Vorhaben.

Ein massgeblicher Teil der Kosten für die Altersversorgung trägt die öffentliche Hand, nicht private Portemonnaies. Der Markt ist also ein sehr künstlicher Markt – wir dürfen uns da nichts vormachen. Und das hat Konsequenzen. Weil es sich nämlich um öffentliche Gelder handelt, soll die Öffentlichkeit, d. h. die politischen Organe, die Möglichkeit haben, steuernd und gestaltend einzuwirken.

Entsprechend wichtig ist der SP-Fraktion insbesondere, dass sichergestellt wird, dass

- Alterswohnungen für Menschen mit Ergänzungsleistungen bezahlbar bleiben (sie lehnt deshalb die Protokollbemerkung 3 [StB 685] ab und unterstützt die neu eingereichte);
- die Stadt steuernd und gestaltend Einfluss nimmt;
- politische Einflussmöglichkeiten von Stadtrat, Parlament und Bevölkerung detailliert geprüft werden;
- das Personal von Viva, Spitex und Vicino sowie die Gewerkschaften und der Pflegefachverband in den gesamten Prozess miteinbezogen werden;
- sich eine allfällige neue Organisation als attraktive Arbeitgeberin und Ausbilderin etablieren kann.

Die entsprechenden Protokollbemerkungen der Sozialkommission wird die SP-Fraktion unterstützen. Es sind tatsächlich viele Protokollbemerkungen. Aber ohne diese wäre der B+A heute nicht mehrheitsfähig und müsste zurückgewiesen werden. Niemand im Parlament kritisierte, dass das Modell der integrierten Versorgung nicht das richtige sei. Dieser Weg wird also eingeschlagen, und das Parlament muss nun den Rahmen setzen, in dem sich die Versorgung bewegen wird.

Die SP-Fraktion unterstützt auch den Auftrag, dass dem Parlament nach den Meilensteinen 1 bis 3 ein Bericht vorgelegt wird. Dieser Zwischenhalt ist notwendig, um ein solides Geschäft zu entwickeln, indem das Parlament vor der finalen Phase wichtige Stellschrauben anpassen kann.

Die SP-Fraktion tritt auf den B+A ein und wird dem Kredit von Fr. 35'000.– zustimmen.

Silvio Bonzanigo geht nicht so weit wie sein Vorredner Thomas Gfeller. Er wird auf den B+A eintreten und zustimmend davon Kenntnis nehmen.

Aber: Die Ausführungen des Vorredners zu den Protokollbemerkungen, welche auch nachfolgende Redner zu Kommentaren veranlassten, unterstützt der Sprechende sehr. Es scheint ihm, dass das Instrument der Protokollbemerkung von der Sozialkommission leichtfertig und missbräuchlich eingesetzt wurde. Es gibt Protokollbemerkungen, die in die Arbeit des Stadtrates bzw. der Sozialkommission eingreifen und – so liest es der Sprechende im Tonfall der Formulierung – in der Ausführung vor Ort eine gewisse Inkompetenz beheben wollen. Man soll nicht Protokollbemerkungen einreichen, welche die operativ an der Front tätigen Menschen in ihrer Kompetenz einschränken. Das muss eine Ausnahme bleiben.

In den Protokollbemerkungen sind zum Teil Selbstverständlichkeiten aufgeführt, wie z. B. die Stadt solle eine starke Rolle einnehmen bei der Steuerung. Diese Selbstverständlichkeiten sind allen bekannt; sie müssen nicht über Protokollbemerkungen abgedeckt werden.

Sozial- und Sicherheitsdirektor Martin Merki: Die Stadt Luzern entwickelte ihre Alterspolitik während der letzten Jahre sehr stark weiter. Mit Vicino gibt es eine funktionierende private Organisation, welche die Nachbarschaften stärkt und die verschiedenen Player vernetzt. Mit der Anlaufstelle Alter entstand vor dreieinhalb Jahren eine kleine, wirksame Institution, die den individuellen Bedarf an Unterstützung in den Privathaushalten ermittelt. Mit Gutscheinen können konkrete zusätzliche Hilfestellungen finanziert werden. Das Gutscheinprojekt wird in der neuen Studie der Paul Schiller Stiftung, die diesen Monat erschien, neben vier anderen Ansätzen aus dem In- und Ausland als «Inspiration für neue Modelle guter Betreuung und Finanzierung» gewürdigt.

Der Stadtrat will einen nächsten grossen Schritt wagen und die integrierte Versorgung vorantreiben. Er hat gemeinsam mit den drei involvierten Institutionen ein Zielbild erarbeitet, welches den Menschen – den älteren unterstützungsbedürftigen Menschen – im Zentrum sieht. Es beschreibt die sozialen, praktischen und gesundheitlichen Bedürfnisse des Alltags. Diese ändern stetig. Die Dienstleistungen werden von verschiedenen Organisationen erbracht.

Mit der integrierten Versorgung wird sichergestellt, dass die einzelnen Leistungen aufeinander abgestimmt sind: Mahlzeitendienst, Haushalthilfe, Beratung, Betreuung und Pflege. Die Organisationen arbeiten strukturiert zusammen. Die Zusammenarbeit der Leistungserbringenden erfolgt in Kooperationen und fusioniert in einer integrierten Organisation.

Zur integrierten Organisation: Der Stadtrat machte einen «Weitschuss» inkl. Zielbild und prüfte die Zusammenführung der drei bisherigen Organisationen. Bereits heute arbeiten diese sehr gut zusammen. Mit einer Zusammenführung bietet sich die einmalige Chance, im stationären und im ambulanten Bereich sowie in den vorgelagerten Diensten der Altersversorgung eine gemeinsame Ausrichtung zu finden. Die neue Qualität liegt demnach in der Zusammenarbeit. Einzelabsprachen wie bisher sind zum Teil schwierig. Ausserdem stehen die Organisationen heute teilweise in einem Konkurrenzverhältnis. Neu soll es eine Organisation mit einer gesamtheitlichen Strategie geben. Die drei Organisationen sind sehr motiviert, im Projekt mitzuarbeiten. Sie wollen die Zusammenführung zu einer Organisation ernsthaft prüfen. Die städtischen Alterswohnungen würden an die neue Organisation übergeben. Dies vor allem deshalb, damit das Zusammenspiel von Wohnen und Dienstleistungen optimal aus einer Hand gestaltet werden kann.

Selbstverständlich braucht es auch andere Anbieterinnen und Anbieter auf dem Platz Luzern. Eine integrierte Organisation kann den momentanen Bedarf nicht alleine abdecken. Viva verfügt über 900 Betten, was 2/3 bis 3/4 des Bedarfs entspricht. Es gibt zudem einen grossen Teil von privaten und von gemeinnützigen Heimen. Diese sollen ihre Rolle weiterhin behalten. Der Stadtrat wünscht sich weiterhin eine Wahlmöglichkeit sowie gleich lange Spiesse für alle Anbieterinnen und Anbieter.

Die Bezahlbarkeit ist ebenfalls ein wichtiger Punkt. Auch Menschen mit einem kleinen Budget sollen in einer altersgerechten Wohnung leben und die nötigen Dienstleistungen beziehen können. Mit dem vorliegenden B+A zeigt der Stadtrat erst die grossen Linien auf. Es geht darum, Antworten auf konkrete Fragestellungen zu finden. Der Stadtrat strukturierte das Vorgehen in einer Meilensteinplanung, wozu das Versorgungskonzept gehört. Die Fragen der Steuerungsmöglichkeiten der

Stadt gilt es anzuschauen: Wie weit sollen diese gehen? Welche Leistungen gehören dazu? Wie kann man den notwendigen Freiheitsgrad der Institutionen respektieren? Steuerung kann auch zu weit gehen. Geht sie zu weit, findet die Stadt keine Partnerinnen und Partner, welche die Leistungen für sie erbringen wollen.

Die Stadt spielt verschiedene Rollen: Sie ist Eigentümerin leistungserbringender Organisationen (Viva, Beratungsstelle Alter), sie ist Leistungseinkäuferin sowie subsidiäre Finanziererin von Leistungen. Im Rahmen des Projekts werden verschiedene mögliche Rechtsformen der integrierten Organisation mit entsprechenden Einflussmöglichkeiten der Stadt beleuchtet und aufgezeigt.

Grossstadträtin Heidi Rast sagte – neben vielen lobenden Worten –, es solle eine bessere professionelle Zusammenarbeit mit den Spitälern, insbesondere dem Luzerner Kantonsspital (LUKS), geben. Der Sprechende hält aus Sicht des Stadtrates klar fest, dass dies seit Jahren ein Thema ist. Nicht zuletzt deshalb sitzt der stellvertretende medizinische Direktor des LUKS im Verwaltungsrat von Viva Luzern.

Die integrierte Versorgung ist kein neuer Ansatz. Der Stadtrat arbeitet seit Jahren an ihr, im Sinne der Vernetzung ist er schon lange auf diesem Weg. Mit der integrierten Organisation erhalte der Ansatz eine neue Qualität.

Sowohl Thomas Gfeller wie Claudio Soldati brachten die ökonomische Sicht ein. Thomas Gfeller ist der Ansicht, dass die ursprünglich sehr gute und wirtschaftlich interessante Idee über allzu viele Protokollbemerkungen zu stark gebremst werde. Claudio Soldati bemängelt, dass es sich nicht in erster Linie um ein ökonomisches, sondern um ein politisches und soziales Projekt handle, da vor allem öffentliche Gelder verwendet würden. Hier korrigiert der Sprechende aus Sicht des Stadtrates: Es handelt sich auch um private Gelder wie Krankenkassenbeiträge. Das Verhältnis Wirtschaft–Politik ist sehr wichtig. Es muss eine gute Balance zwischen unternehmerischer Freiheit einer Organisation und der politischen Einflussnahme gefunden werden. Viva bspw. macht einen jährlichen Umsatz von 110 Mio. Franken und muss nachhaltig ökonomisch aufgestellt sein. Im Gegensatz zu rein privatwirtschaftlich organisierten Anbieterinnen und Anbietern wird sich die neue integrierte Organisation im Eigentum der Stadt auf jeden Fall nach den strategischen Vorgaben und Zielen der Stadt ausrichten müssen. Die Stadt gewinnt im ambulanten Bereich der Spitex sowie im vorgelagerten Bereich von Vicino an Einflussmöglichkeiten. Diese beiden sind heute privatrechtlich als Verein organisiert.

Es stellt sich auch die Frage, wie die Bezahlbarkeit für die Betroffenen sichergestellt werden kann. Braucht es neben den Ergänzungsleistungen zusätzliche Subjektfinanzierungen? Was können die Gutscheine leisten? Diese wurden als Pilotprojekt getestet und werden im Moment evaluiert.

Ja, es wurden viele Protokollbemerkungen gestellt. Der Sprechende sieht es wie Grossstadtrat Marco Baumann: Die Diskussionen müssen im Rahmen des Prozesses geführt werden. Der Prozess ist ergebnisoffen. Es ist richtig, dass die Fragen gestellt werden. Wenn man die Offenheit mitbringt, sich auf den Prozess einzulassen, werden die richtigen Antworten kommen.

Ratspräsidentin Sonja Döbeli Stirnemann stellt fest, dass die SVP-Fraktion einen **Antrag auf Rückweisung des B+A 21/2021: «Projekt «Alterswohnen integriert» zur Überarbeitung** gestellt hat.

Der Grosse Stadtrat lehnt den Antrag der SVP-Fraktion ab und ist somit auf den B+A 21/2021: «Projekt «Alterswohnen integriert» eingetreten.

Ratspräsidentin Sonja Döbeli Stirnemann: Die Detailberatung des B+A 21/2021 folgt nach der Mittagspause und nach der Behandlung der Dringlichen Vorstösse (Seite 58).

Mittagspause von 11.45–14.15 Uhr

– **Dringliches Postulat 122, Irina Studhalter namens der G/JG-Fraktion vom 17. August 2021:
Humanitäre Krise in Afghanistan: Schutz für vulnerable Personen**

Thomas Gfeller stellt namens der SVP-Fraktion einen Ablehnungsantrag. Wie bereits zu Beginn der Sitzung gesagt, gehört die Flüchtlingspolitik in den Kompetenzbereich des Bundes. Der Bund verteilt die Aufgaben an die Gemeinwesen, und entsprechend haben diese zu handeln.

Irina Studhalter: Für jene, die es noch nicht wissen: Jona [Studhalter, ebenfalls Mitglied des Grosse Stadtrates] ist der einzige Bruder der Sprechenden. Die beiden haben aber noch so etwas wie einen Extra-Bruder, Michael. Er wuchs in Afghanistan auf, durfte unter den Taliban nur in die Koranschule und kam als unbegleiteter Minderjähriger in die Schweiz. Mittlerweile feiern sie alle zusammen Weihnachten, und vor einem Jahr schloss er seine Lehre in der Klinik St. Anna ab. Mitte August 2021 erzählte er der Sprechenden und ihrer Familie, dass sich in seinem Dorf in Afghanistan viele Menschen das Leben nahmen, weil dies offenbar weniger schlimm ist, als wieder unter den Taliban zu leben. Die Taliban nahmen Michaels sechs Cousins mit, und niemand weiss, wo sie sind oder wie es ihnen geht. Seinem Vater nahmen die Taliban den Personalausweis ab, er konnte trotzdem mit einem Taxi über die grüne Grenze nach Pakistan flüchten. Dafür bezahlte er 5'000 Dollar. Mit ihm geflüchtet ist Michaels Cousin mit seinen vier Kindern, drei davon Mädchen. Die Schwester eines anderen Freundes der Sprechenden lebt mit ihrer Familie ebenfalls in Afghanistan. Während der Machtübernahme konnte der Freund seine Schwester nicht erreichen – weder per Telefon, per SMS noch auf einem anderen Weg. Ihr Mann, also der Schwager des Freundes, war Polizist. Irgendwann kam die Nachricht, dass es der Familie gut gehe, dass der Mann aber nicht mehr als Polizist arbeiten könne. Die Familie hat kein Einkommen mehr. Der Freund der Sprechenden unterstützt sie finanziell. Er lebt alleine in der Schweiz und ist im dritten Lehrjahr. Die Luzerner NGO Education for integration berichtet davon, dass ganz viele Familien aus ländlichen Gebieten während der Machtübernahme der Taliban nach Kabul flüchteten. Sie haben dort keine Unterkunft, kein Einkommen und kein Essen.

Die UNO schätzt, dass es in Afghanistan 500'000 Binnenflüchtlinge gibt und 500'000 Menschen, die das Land verliessen. Hinzu kommen 100'000 Afghaninnen und Afghanen, die schon früher

nach Pakistan oder in den Iran flüchteten. Von diesen rund 1,1 Mio. Menschen nahm die Schweiz 230 Personen auf. Sie alle sind Angestellte des Kooperationsbüros und deren Familienangehörige. Formell gibt es immer noch die Möglichkeit des humanitären Visums. Dafür muss man persönlich vorsprechen. In Afghanistan gibt es keine Schweizer Vertretung mehr, ausreisen nach Islamabad oder Teheran ist mittlerweile fast unmöglich. Die Fachstelle Asylex erlebte mehrere Fälle von Standardablehnungen bei sogenannten Chancenabklärungen für humanitäre Visa, bei denen nicht 1 Sekunde auf die individuelle Situation der Antragsstellenden eingegangen wurde.

Dabei wäre es möglich: 2013 erliess die Schweiz als Reaktion auf die Krise in Syrien sofortige Einreiseerleichterungen. Die Kriterien für die Einreise von Familienangehörigen wurden gelockert und der Verwandtschaftsgrad wurde erweitert.

Die aktuelle Situation in Afghanistan ist eine direkte Bedrohung an Leib und Leben für ganz viele Menschen vor Ort, z. B. die drei Mädchen aus Michaels Familie. Sie werden unter den Taliban wahrscheinlich nicht mehr in die Schule gehen dürfen, ganz sicher nicht studieren, wahrscheinlich werden sie nicht einmal das Haus ohne männliche Begleitung verlassen dürfen – unabhängig davon, ob es sich um einen medizinischen Notfall handelt oder sie jemanden besuchen wollen.

Die aktuelle Situation in Afghanistan ist aber auch für Michael extrem belastend. Er lebt in ständiger Angst um seine Familie. So geht es ganz vielen Menschen, die mit uns leben. Das sind Traumata und posttraumatische Belastungsstörungen, welche die Personen in ihrem Alltag einschränken können. Der Stadtrat schreibt selbst in seiner Antwort, dass die psychische Gesundheit dieser Menschen sehr fragil ist, viele seien auf psychotherapeutische Beratung angewiesen.

Die sogenannte humanitäre Tradition der Schweiz ist ein Mythos der Selbstverklärung und -überhöhung, um einen Bericht von Carlos Hanimann und Lukas Häuptli im Magazin Republik zu zitieren.

Und nun zum Positiven: Der Stadtrat handelte proaktiv und kommunizierte schnell seine Unterstützung. Die Forderung der direkten Aufnahme platzierte er wiederholt, und er engagiert sich in der Allianz «Städte und Gemeinden für die Aufnahme von Flüchtlingen». Die Allianz setzt sich beim Staatssekretariat für Migration und beim nationalen Parlament dafür ein, dass Luzern als Stadt Flüchtlinge aufnehmen kann, wenn sie sich dafür ausspricht. Der Stadtrat sprach auch Solidaritätsbeiträge für die Krise in Afghanistan und setzt Gelder aus dem Margaretha-Binggeli-Fonds für Beratungsangebote für Afghaninnen und Afghanen ein. Die Sprechende ist begeistert davon, dass der Stadtrat so proaktiv handelte. Bei derartigen Krisen kann mit schnellem Handeln ganz viel bewirkt werden. Die Sprechende bedankt sich beim Stadtrat für sein Engagement.

Wie schon im Postulat geschrieben, ist der G/JG-Fraktion bewusst, dass der Stadtrat nur sehr limitierte Möglichkeiten hat.

Ein solch langes Votum wie das der Sprechenden finden die einen vielleicht nicht nötig, wenn doch der Stadtrat das Postulat entgegennimmt. Die Sprechende hielt es aber trotzdem ganz bewusst, um der Krise und dem Leid, das genau jetzt passiert, ein Gesicht zu geben und allen in Erinnerung zu rufen: Nur weil etwas nicht mehr in der Zeitung steht, heisst es nicht, dass es nicht passiert.

Die G/JG-Fraktion überweist das Postulat.

Peter Krummenacher: Die FDP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die gute und informative Stellungnahme zu diesem Postulat. Sie kann die Ausführungen des Stadtrates nachvollziehen und unterstützt sie. Die humanitäre Notsituation in Afghanistan ändert sich vor Ort fast stündlich, und es ist

äusserst tragisch, was passiert. Darüber muss der Grosse Stadtrat nicht diskutieren. Es ist zu hoffen, dass möglichst rasch eine Besserung erfolgt.

Die Postulantin weist in ihrem Antrag darauf hin, dass ihr bewusst ist, dass es dem Stadtrat aufgrund der geltenden Rechtslage nicht möglich ist, Menschen auf der Flucht direkt aufzunehmen. Das Anliegen dieses Antrages liegt in der Kompetenz des Bundes. Nur mit dem gemeinsamen Auftreten und den Gesprächen der Allianz «Städte und Gemeinden für die Aufnahme von Flüchtlingen», in welcher die Stadt Luzern Mitglied ist, können Forderungen an den Bund eine Wirkung zeigen.

Die Bereitschaft der Stadt Luzern, geflüchteten Menschen ihren Möglichkeiten entsprechend Schutz und Unterkunft zu bieten, zeigt sie in der Forderung der Direktaufnahme von Flüchtlingen in den Städten, die sie an den Bund richtete. Mit dem Hochfahren der Beratungsangebote für abgelehnte Asylentscheide von Afghaninnen und Afghanen wird diesen Menschen immerhin eine Ersthilfe geboten.

Kurzfristig zusätzliche Mittel werden durch die Stadt zugunsten der hier ansässigen Menschen aus Afghanistan bereitgestellt, und ein Solidaritätsbeitrag wird gesprochen.

Die FDP-Fraktion folgt dem Antrag des Stadtrates und ist für eine Entgegennahme des Postulats. Aber sie beantragt gleichzeitig dessen Abschreibung.

Daniel Lütolf: Goethe meinte gegenüber seiner Geliebten, dass er keine Zeit habe und deshalb einen langen Liebesbrief schreibe. Der Sprechende hingegen hatte über den Mittag viel Zeit, weshalb er sich kurz hält: Natürlich hat die SVP-Fraktion recht mit ihrer Aussage, dass die Flüchtlingspolitik Sache des Bundes sei. Dennoch findet die GLP-Fraktion die Forderungen des Postulats mehr als nur prüfenswert, zumal die Kosten vollumfänglich vom Margaretha-Binggeli-Fonds gedeckt werden. Der Sprechende bedankt sich beim Stadtrat für seine gute und umfangreiche Antwort.

Die GLP-Fraktion nimmt das Postulat gerne entgegen.

Michael Zeier-Rast: Die Vorredner sprachen es an, und die Postulantin zeigte die Problematik der Bundeszuständigkeit ebenfalls auf. Bereits beim Griechenland-Vorstoss von Christov Rolla diskutierte der Grosse Stadtrat über diese Thematik.

Nun fand die Stadt aber eine Lösung. Es ist wichtig, als Stadt ein Zeichen zu setzen. Der Bund engagiert sich – warum auch immer – eher zurückhaltend. Er soll merken, dass die Kommunen bereit sind, mehr zu tun als er. Es ist deshalb gut, dass es die Allianz «Städte und Gemeinden für die Aufnahme von Flüchtlingen» gibt.

Die CVP-Fraktion begrüsst es grossmehrheitlich, dass Luzern Mitglied der Allianz ist, die Zeichen bereits setzte und wo möglich direkt aktiv wird, z. B. durch Angebote der Kirchen oder der Caritas, um die Problematik entschärfen zu helfen – wenn auch im Gesamtkontext gesehen auf bescheidene Art und Weise. Die Situation in Afghanistan ist ein enormes Problem, da gibt es nichts zu diskutieren. Es ist nicht das einzige, und es ist gut, ein Zeichen zu setzen.

Die CVP-Fraktion ist deshalb grossmehrheitlich froh, dass der Stadtrat dies tat und unterstützt das Postulat.

Für **Benjamin Gross** ist die Flüchtlingsthematik eines der Themen, zu denen er viel zu sagen hat. Aufgrund des bereits Gesagten in den bisherigen Voten kann er aber in seinem Votum viel streichen. Er nennt als Beispiel die Aussage von Vorredner Michael Zeier-Rast, wie wichtig es sei, Zeichen zu setzen. Es ist ein sehr guter Moment, um so etwas zu tun. Jeder Rappen zählt, wie wir in Luzern wissen – auch kleine Zeichen sind wichtig.

Der Sprechende möchte auf die Reaktion des Bundes zu sprechen kommen. Er erinnert sich an eine «10vor10»-Sendung im August 2021, in der Bundesrätin Karin Keller-Suter in Brüssel nach einer Sitzung unterstrich, was die EU tun wolle: Sie wolle vor Ort helfen. Aus beruflicher Sicht gibt der Sprechende einen kleinen Einblick in den Begriff «vor Ort»: Vor Ort heisst vor allem Pakistan. Die Grenze zwischen Pakistan und Afghanistan beträgt 2'400 km und entspricht der Distanz von Palermo nach Kopenhagen. Wollte man diese Grenze sichern, wäre dies ein enormer Aufwand. Die Grenze ist zwar zu, doch es gibt ganz viele Wege hindurch. Die Zahl der Vorrednerin und Postulantin Irina Studhalter muss deshalb nach oben korrigiert werden: Es handelt sich vielmehr um rund 1,4 Mio. afghanische Flüchtlinge nur schon in Pakistan. Eine Zahl, welche von Menschen vor Ort und von der Organisation Solidar Suisse, für die der Sprechende tätig ist, bestätigt wird. Die Menschen verschwinden irgendwo, wie wenn Luzernerinnen und Luzerner in Kriens, Rothenburg oder Emmenbrücke einen Unterschlupf fänden. Ihnen wird nicht geholfen, sie sind alleine. Es sind vor allem Frauen und Kinder, die leiden.

Die Hilflosigkeit, die der Sprechende auf dem Sofa während besagter «10vor10»-Sendung empfand, kann er als Grosse Stadtrat ein kleines bisschen mindern. Er hat dankbarerweise – wie alle anderen Parlamentarierinnen und Parlamentarier – die Möglichkeit, einen kleinen Beitrag zu leisten und ein Zeichen zu setzen und, wie vom Stadtrat vorgesehen, die möglichen Unterstützungen zu leisten. Er selber sah in Hilfsprojekten vor Ort, dass jene Menschen, die gar nichts haben, nicht nur ein bisschen weniger haben, als jene, die wenig haben, sondern Welten weniger. Es ist deshalb wichtig, dass man ihnen wenigstens eine kleine Chance gibt und der Grosse Stadtrat sein Privileg nutzt.

Die SP-Fraktion unterstützt die Überweisung des Postulats.

Sozial- und Sicherheitsdirektor Martin Merki: Verschiedene Schweizer Städte sagten Mitte August vor dem Hintergrund der humanitären Katastrophe in Afghanistan, dass sie mehr Flüchtlinge aufnehmen wollen. Die Bundesvorgaben sehen dies nicht vor. Die willigen Städte wollen nicht Bundesrecht umgehen, doch sie fordern vom Bund grundsätzlich die Möglichkeit, mehr tun zu dürfen. Inzwischen sind es 16 Städte – aus dem Kanton Luzern auch die Stadt Kriens –, welche diese Woche ein gemeinsames Schreiben an die eidgenössischen Räte verfassten. Das Schreiben fordert den Ausbau des humanitären Engagements im Rahmen des Resettlements. Der entsprechende Vorstoss wurde gestern vom eidgenössischen Parlament mit 106 : 86 Stimmen abgelehnt. Es gab jedoch verschiedene direkte Rückmeldungen, die zum Ausdruck brachten, dass es ein wichtiges und richtiges Zeichen sei, das die Städte setzen.

Der Stadtrat ist bereit, im Rahmen seiner Möglichkeiten zu handeln.

Der Grosse Stadtrat stimmt dem Dringlichen Postulat 122: «Humanitäre Krise in Afghanistan: Schutz für vulnerable Personen» zu. Den Antrag der SVP-Fraktion, es als erledigt von der Geschäftskontrolle abzuschreiben, lehnt er ab.

- **Dringliche Interpellation 127, Thomas Gfeller namens der SVP-Fraktion, Silvio Bonzanigo sowie Michael Zeier-Rast namens der CVP-Fraktion vom 13. September 2021:
Nach der abgesagten Mäas 2021**

Thomas Gfeller wünscht Diskussion.

Der Grosse Stadtrat stimmt zu.

Thomas Gfeller dankt dem Stadtrat für die ausführlichen und sachlichen Antworten auf die in der Interpellation gestellten Fragen zur Absage der Mäas. Die Antworten kann sie sehr gut nachvollziehen, sie vermisst jedoch den Mut, das Feuer und die Leidenschaft, etwas auf die Beine zu stellen. Sie vermisst auch die Weitsicht.

In der Antwort wird mehrfach erwähnt, dass die Mäas aufgrund der bereits zugesicherten Vereinbarungen nur in der bisherigen, herkömmlichen Variante durchführbar ist. Das ist für die SVP-Fraktion völlig unverständlich. Es heisst im Klartext: Die Mäas kann erst durchgeführt werden, wenn die Pandemie zu Ende ist. Wir alle waren der Meinung, dass die Pandemie ein Jahr dauert und danach wieder Normalität herrscht. In der Zwischenzeit nähern wir uns der Marke von zwei Jahren, und es ist noch kein Ende in Sicht.

Wenn die Mäas nicht in einer kleineren Variante geplant und geprüft wird, läuft die Stadt Luzern Gefahr, dass in den nächsten beiden Jahren oder sogar noch länger keine Mäas stattfindet. Stellt man sich den Gegebenheiten der neuen Ausgangslage, besteht die grosse Chance, eine ausnahmsweise kleinere Mäas durchführen zu können. Der Sprechende ist überzeugt, dass die Bevölkerung und die massgebenden Unternehmungen dies verstehen und mittragen würden. «Die Mäas ist Kultur», sagt nicht nur die SVP-Fraktion, sondern auch der Stadtrat. Zur Kultur gilt es Sorge zu tragen. Notfalls ist sie anzupassen, damit man sie durchführen kann.

In seiner Antwort spricht der Stadtrat von Fairness. Was ist denn fair? Wenn man den Unternehmen klar mitteilt, dass die Verträge von 2020 aufgrund der aktuellen Lage aufgelöst werden müssen, die Unternehmen aber die Möglichkeit haben, an einer Verlosung für eine kleinere Mäas teilzunehmen oder wenn man eine Präsenz für die Teilnahme 2022 in herkömmlicher Art lediglich in Aussicht stellt? Die Beurteilung überlässt der Sprechende dem Parlament.

Es ist denkbar, dass die Unternehmen sich noch mehrere Jahre gedulden müssen. Das ist kein zufriedenstellender Zustand. Im Übrigen war es bereits vor der Pandemie so, dass nicht alle Bewerbenden einen Platz an der Mäas erhielten.

Die Interpellanten verlangen nicht, dass der ganze Perimeter vom Bahnhofplatz bis zum Inseli hermetisch eingezäunt wird. Die vom Stadtrat aufgeführten Kosten entsprechen nicht ihren Abklärungen. Eine einfache Einzäunung des Inseli würde gemäss ihren Abklärungen rund Fr. 15'000.– kosten. Die städtischen Zahlen von mehreren hunderttausend Franken können sie nicht nachvollziehen.

Der Stadtrat erwähnt, dass der Besucherstrom nicht zu bewältigen wäre. Grosse Shoppingcenter, die Hertensteinstrasse in Luzern an einem Samstag, andere Gemeinden und das Ausland machen vor, wie es gehen kann. Die Mäas fände ja nicht in einem geschlossenen Raum statt, sondern im Freien.

Unverständnis herrscht dahingehend, dass ein Gemeindennachbar – vom Zentrum Luzern aus 2 km Luftlinie entfernt – Kulturveranstaltungen vornimmt. Sogar in der Stadt Luzern sind Veranstaltungen möglich. Kürzlich wurde der Marathon durchgeführt, und sogar die Winteruniversiade wird stattfinden.

Im Anzeiger Luzern vom 21. September 2021 wird der Präsident der IG Luzerner Herbstmesse und Märkte (LHMM) zitiert, dass ein Grund der Absage darin liege, dass man die Schausteller und Marktfahrer vor dem Ruin schützen möchte. Begründung: Aufgrund der Zertifikatspflicht kämen nicht genügend Besuchende an die Mäas. Gerne hätten die Interpellanten im Vorfeld mit den Verantwortlichen der IG LHMM einen losen Austausch geführt. Leider wurde der vereinbarte Termin von der IG aufgrund der heutigen Interpellation abgesagt. Die Aussage der IG teilt die SVP-Fraktion natürlich nicht. Die aktuelle Situation bei den Restaurants zeigt: Man muss reservieren, sonst findet man keinen Platz. So stellt sich der Sprechende vor, dass der Andrang an einer Mäas auch mit Zertifikatspflicht gross wäre. Die Argumentation der IG LHMM tönt deshalb nach einer Verzweiflungsargumentation.

Die Interpellanten hoffen, dass die Interpellation die Verantwortlichen aufrüttelt und sie sie zum Anlass nehmen, die Zukunft der Märkte und der Veranstaltungen mutvoller zu gestalten. Es geht nicht nur um die Mäas. Die Vorstellung, dass der Weihnachtsmarkt hinter Gittern stattfinden wird, muss den Präsidenten der IG nicht beunruhigen. Im Ausland ist das bei den grossen Weihnachtsmärkten bereits seit längerem Courant normal.

Marc Lustenberger: Die Würfel sind gefallen, leider gibt es auch dieses Jahr keine Mäas. Einen solchen Entscheid in der aktuellen Pandemie zu fällen, ist sicher schwierig. Man kann es nie allen Recht machen, und Kritik folgt garantiert. Die Stadt hat sich mit der Absage für den sicheren und wohl auch einfacheren Weg entschieden. Die Argumente dafür sind nachvollziehbar. Dennoch ist die FDP-Fraktion der Meinung, dass aus folgendem Grund eine Chance verpasst wurde:

Mit ein bisschen mehr gutem Willen oder Risikogeist wäre eine dezentrale Mäas oder eine Mini-Mäas – wie schon letztes Jahr bewiesen – sicher möglich gewesen. Gerne hätte man dafür ausnahmsweise auch regionale Schaustellerinnen und Marktbetreiber bevorzugen können. Dieser mutigere Entscheid wäre ein Zeichen gewesen, dass wir langsam Richtung Normalität zurückkehren. Aber auch, dass Luzern das Gewerbe der Schausteller unterstützt. Durch Grossstadträtin Lisa Zanolli hat das Parlament Kenntnis von der schwierigen Situation der Branche. Vor allem aber wäre die Mäas ein Testlauf gewesen für weitere Grossanlässe wie die Fasnacht, die hoffentlich nicht ein zweites Mal ausgefallen werden muss.

Christian Hochstrasser: Auch die G/JG-Fraktion war teils überrascht, dass und wie die Mäas abgesagt wurde. Wobei – vielleicht war auch die Kommunikation schwierig, zum Teil seitens IG LHMM, welche nur eine traditionelle Mäas befürwortet oder sagte, es wäre schwierig, Zuckerwatte bargeldlos zu bezahlen, wenn man nur einen Fünfliber hat. Das kann ja nicht der Absagegrund sein.

Die G/JG-Fraktion findet grundsätzlich: Die Stadt muss möglich machen, was möglich ist. Ob und wie das gemacht wurde, ist schwierig zu beurteilen. Einleuchtend ist für die G/JG-Fraktion, dass eine reduzierte Mäas wegen der rechtlich wichtigen Gleichbehandlung der Schausteller und Warenhändlerinnen schwierig gewesen wäre. Wobei, und da zeigt sich eine Thematik, zu welcher der

Sprechende vor längerer Zeit eine Interpellation einreichte: Ist es wirklich richtig und sinnvoll, dass die Stadt selber Mäas-Veranstalterin ist und nicht Private wie bei den meisten Chilbis und Luna-Parks landauf, landab? Das Problem der rechtlichen Gleichbehandlung ist stärker akzentuiert, wenn die Mäas von der öffentlichen Hand organisiert wird.

Unklar ist aus Sicht der G/JG-Fraktion auch, ob eine reduzierte oder dezentralisierte Mäas funktioniert hätte und die Leute gekommen wären, aber dann doch nicht zu viele. Zentral für die G/JG-Fraktion ist, dass eine Absperrung des öffentlichen Raums beim Europaplatz und Bahnhof für sie nicht infrage gekommen wäre.

Persönlich ist der Sprechende optimistisch gestimmt, was die kommenden Monate betrifft, wobei er während der letzten Monate schon mehrfach optimistisch war. Mit dem aktuellen Regime der Zertifikationspflicht ist Vieles wieder möglich. Denkbar ist daher, dass die Fasnacht wie gewohnt oder fast wie gewohnt durchgeführt werden kann. Falls nicht, ist es wichtig, dass zumindest in Kompetenz der Stadt versucht wird, alles zu ermöglichen, was mit einigermaßen vernünftigem Aufwand möglich ist.

Raphaela Meyenberg möchte an dieser Stelle einen anderen Blick auf die Interpellation werfen als bisher gehört. Es geht ihr nicht in erster Linie um die «Putschi-Auto-Fahrt», die es dieses Jahr nicht geben wird. Sie findet vielmehr die Art und Weise problematisch, wie der Stadtrat zu seinem Entscheid kam. Er schreibt in der Antwort auf die Interpellation, er habe diesen zusammen mit der IG LHMM getroffen. Zudem hätten verschiedene Vorgespräche mit dem Kanton, anderen Städten und mit einzelnen Unternehmen stattgefunden. An den Stadtrat gerichtet, sagt die Sprechende: Das reicht nicht. Es hätten bestimmt mehr Interessenvertreterinnen und -vertreter gefunden werden können, welche ihre interessanten Ansichten in den Entscheidungsfindungsprozess hätten einbringen können.

Die Sprechende vermutet stark, dass durch den Einbezug mehr Kreativität hätte gewährleistet werden können. Es hätten Ideen wie eine Umplatzierung oder sonstige Umgestaltung der Mäas zusammengetragen und geprüft werden können. Die Sprechende ist auch überzeugt, dass – wenn man mehr Menschen angehört hätte – die Bevölkerung und insbesondere die Mäas-Stand-Betreiberinnen und -Betreiber den Entscheid des Stadtrates eher akzeptiert hätten.

Für die Zukunft hofft die Sprechende deshalb, dass die Stadt mehr und verschiedene Parteien anhört und einen viel, viel, viel grösseren Willen zeigt, innovative Lösungen zusammen mit verschiedenen Akteuren zu finden. Sie ist überzeugt, dass dies der Stadt gelingen wird und freut sich schon jetzt auf die kommenden kreativen – auch gerne mal anders durchgeführten – städtischen Grossanlässe.

Gemäss **Michael Zeier-Rast** wurde bereits fast alles gesagt, was es dem Stadtrat zur Antwort auf die Interpellation rückzumelden gibt. Vorredner Christian Hochstrasser erwähnte den berühmten Satz: «Ermöglichen, was möglich ist». Die CVP-Fraktion brachte vor einem Jahr ebenfalls einen Vorstoss zur Mäas.

Der Stadtrat braucht natürlich Partner, die seinen Weg mitgehen wollen. Wenn die IG LHMM keinen Weg sieht, ist eine Umsetzung schwierig. Man hatte ein Jahr Zeit, um sich zu überlegen, welche Szenarien denkbar sind. Die Aussage in der Antwort des Stadtrates, dass die Mäas nur so sein könne, wie sie war, ist überholt. Man muss sich die Frage stellen, wie man das Problem lösen

kann. Dass das Mäas-Problem in der Prioritätenordnung des Stadtrates nicht zuoberst steht, ist verständlich. Doch sobald der Bau des Durchgangsbahnhofs beginnt, wird es für die Mäas am heutigen Standort sowieso keinen Platz mehr geben. Spätestens dann muss bekannt sein, wie eine neue Mäas umgesetzt werden kann. Die Pandemie stellte eine Möglichkeit dar, etwas auszuprobieren und – wie in anderen Bereichen üblich – ein Pilotprojekt zu machen.

Stefan Sägesser: Der Mist ist zwar geführt, stinkt aber auf zwei Seiten. Die eine Seite betrifft die IG LHMM. Man fragt sich: Spricht diese tatsächlich für die Schaustellerinnen und Schausteller? Dort lief in der Kommunikation ganz viel schief.

Dass der andere Teil des Mistes nun vom Stadtrat und der Stadtverwaltung gelöst werden muss, darf nicht sein.

Aus verschiedenen Voten hörte das Parlament, dass mehr Engagement für die Mäas gewünscht ist. Es muss eine Güterabwägung zwischen der Sicherheit und der Gesundheit der Bevölkerung geben. Eine solche Veranstaltung tut gut!

Mit den 3G-Vorgaben gibt es viele Möglichkeiten, zonenkonforme Absperrungen zu machen. In der Ratsdebatte im Frühling 2020, bei der es um die Sperrung des Quais aufgrund der Pandemie sowie um Corona-Notmassnahmen ging, sprach die öffentliche Hand relativ schnell Gelder. Luzern hat nicht nur Funktionen für seine eigene Bevölkerung zu erfüllen, sondern ist das Zentrum der Zentralschweiz: Die Luzerner Herbstmesse hat eine Zentrumsfunktion.

Was gibt es aus dem Debakel zu lernen? Die Nachricht der GLP-Fraktion lautet: Es wäre gut, wenn sich die IG LHMM neu formieren würde. Man muss ihre Rolle und jene der Schaustellerinnen und Schausteller festlegen. Bei der Stadt wäre es schön, zu ermöglichen, was immer möglich ist.

Silvio Bonzanigo erklärt, was er mit der Mäas assoziiert: ein Stück Spontaneität, zwei Wochen buntes Leben in der Stadt mit neuen Tönen, anderen Gerüchen, vielen Farben, Improvisation auf dem Inseli. Die Mäas hat etwas Vorläufiges und ist insgesamt sehr bereichernd für die Stadt Luzern.

Was ist passiert? Andere Veranstalter suchten gemeinsam mit politischen Behörden während der Coronapandemie nach neuen Wegen. Unterdessen ist es wieder möglich, mehr oder weniger uneingeschränkt einzukaufen, Restaurants, Kinos, Theater, Sportveranstaltungen besuchen – alles angepasst an die Erfordernisse, welche die Coronapandemie an uns stellt. In Bern bspw. wurde der Zibelemärit ermöglicht, der nach Ansicht des Sprechenden vergleichbar ist mit der Mäas. Die Stadt Luzern reagiert unflexibel, bürokratisch und bequem – das ist enttäuschend.

Lisa Zanolla: In der Antwort des Stadtrates auf die Interpellation wird die IG LHMM als Partnerin der Stadt bezeichnet. Ihr Auftrag im ursprünglichen Sinn ist eine Vermittlerrolle im Interesse von Markthändlern, Schaustellern und städtischen Behörden.

Die Sprechende macht einen kleinen Rückblick auf den Werdegang der letzten beiden IG-Präsidenten: Bis 2009 gab es die Gewerbebehörde Luzern, ab 2010 – mit der Fusion mit Littau – entstand die neue städtische Dienstabteilung Stadtraum und Veranstaltungen (STAV). Der damalige Chef der Gewerbebehörde wurde 2003 pensioniert und wurde in der Folge Präsident der IG. Für viele Markthändler und Schausteller, die von politischen Prozessen entfernt sind, war immer klar: Der

Chef der Mäas ist der IG-Präsident. Altershalber trat der Präsident der IG zurück, und 2019 wurde ein neuer gewählt, der zuvor in der Dienstabteilung STAV tätig war.

Das Auftreten der IG nach aussen vermittelt vielen das Gefühl, dass sie die Veranstalterin sei, obwohl es die Stadt ist. In der Antwort des Stadtrates schreibt dieser, der Entscheid der Mäas-Abgabe sei durch die Konsultation mit der IG erfolgt. Das erscheint der SVP-Fraktion sehr ungünstig. Die Auswirkungen zeigen, dass viele Aussagen des IG-Präsidenten, z. B. auf Tele1, falsch waren. Die Stimmkraft der IG erachtet die Sprechende als überbewertet. Die IG machte keine Mitgliederbefragung und doch sagt sie, sie entscheide im Namen der Markthändler und Schausteller. Sie stellt sich auf den Standpunkt, dass diese entweder eine Mäas im gewohnten Rahmen oder gar keine wollen.

Die Sprechende hofft sehr, dass der Stadtrat sich noch einmal Gedanken über die Funktion der IG als Partnerin macht und sich dazu äussert.

Umwelt- und Mobilitätsdirektor Adrian Borgula hörte in den bisherigen Voten viel Kritik. Er erachtet sie als nicht immer gerechtfertigt.

Alles begann mit dem Kommentar in der Luzerner Zeitung, dass der Eindruck erweckt worden sei, die Stadt habe nie ernsthaft Alternativen geprüft. Das trifft einfach nicht zu. Der Sprechende weiss, was seine Mitarbeitenden alles unternommen haben, welche Diskussionen geführt und welche Alternativen geprüft wurden. Wohlgemerkt: Die Mäas ist eine Veranstaltung und kein Markt. Deswegen ist der Vergleich mit dem Zibelemärit in Bern – einem Markt – nicht statthaft. Ein solcher, wie z. B. auch der Luzerner Wochenmarkt, ist durchführbar. Eine Veranstaltung aber muss entweder mit Zertifikatspflicht stattfinden oder höchstens 500 Personen umfassen.

Mario Lütolf, Leiter der Dienstabteilung Stadtraum und Veranstaltungen, schaute sich Veranstaltungen mit maximal 500 Besucherinnen und Besuchern an. In Wetzikon bspw. standen viel zu viele Menschen an, weshalb man die Tore unkontrolliert öffnete, um Übertragungen beim Anstehen zu vermeiden.

Luzern musste spätestens Ende August 2021 über die Durchführung der Mäas befinden, damit der Vorlauf für alle Schaustellerinnen und Schausteller genügend lang war. Zu diesem Zeitpunkt erliess der Bundesrat strengere Massnahmen. Es ist deshalb nicht gerechtfertigt, dem Stadtrat vorzuwerfen, dass er viel, viel, viel grösseren Willen hätte zeigen müssen und dass ihm der Mut, das Feuer und die Leidenschaft fehlen würden. Das ist keine faire Kritik. Man kann natürlich über die Rolle der IG LHMM diskutieren, aber die Verantwortung für die Veranstaltung trägt letztlich der Stadtrat.

Der Sprechende sieht bis zu einem gewissen Mass ein, dass die Öffentlichkeit nicht verstand, weshalb nur entweder die traditionelle Mäas oder gar keine Mäas zur Diskussion standen. Doch aus Sicht der Stadt, welche die Bewilligung für die Mäas erteilt, ist die Begründung klar: Eine Mäas mit nur 500 Personen ist nicht denkbar. Dafür ist sie viel zu attraktiv. Man kann nicht sagen: Es ist Mäas, aber kommt bitte ja nicht vorbei. Von täglich 10'000 bis 20'000 Menschen beim Einlass die Zertifikate zu kontrollieren, ist enorm aufwendig.

Die Stadt machte sich sehr, sehr ernsthafte Überlegungen zur Frage, ob die Mäas in der einen oder anderen Form zu verantworten sei. Sie will die Mäas machen! Sie will doch nicht das Schaustellergewerbe unbeschäftigt wissen. Doch sie trägt die Verantwortung. Zudem war letztlich unklar, ob der Kanton Luzern das Schutzkonzept überhaupt akzeptiert hätte. Deswegen war die Stadt

nebst Gesprächen mit einzelnen Schaustellerinnen und Schaustellern auch im Austausch mit dem Kanton.

Bereits bisher war die IG LHMM traditionelle Partnerin der Stadt Luzern. Die Stadt hat im Sinne der Partizipation viele Partnerschaften mit verschiedenen Organisationen. Sie könnte auch einfach selber entscheiden. Doch es wäre seltsam, nicht auf eine Partnerin zu hören, welche die Mäas seit 80 Jahren begleitet.

Man kann über die Repräsentativität der IG diskutieren, so wie man über die Repräsentativität jedes Quartiervereins diskutieren kann. Auch ein solcher ist kaum zu 100 Prozent deckungsgleich mit den vielfältigen Ansichten in einem Quartier. In der Zivilgesellschaft wird mit jenen Organen zusammengearbeitet, die sich ehrenamtlich organisieren, sofern es sich um eine würdige Vertretung handelt.

Selbstverständlich wird der Stadtrat für kommende Veranstaltungen vorausschauend handeln. Grossstadtrat Michael Zeier-Rast sagte, der Stadtrat habe ein Jahr Zeit gehabt, sich Gedanken zu möglichen Szenarien zu machen. Als ob man vor einem Jahr gewusst hätte, unter welchen Bedingungen eine Mäas zu organisieren ist. Hätte der Stadtrat damals schon zehn Szenarien ausarbeiten sollen, ohne eine Ahnung vom Pandemieverlauf zu haben? Er rechnete wie viele damit, dass der Alltag bis im Herbst 2021 wieder normal stattfinden kann. Es kam jedoch eine zweite Welle, dann eine dritte, und gerade gegen Ende August, als die Entscheidung zur Mäas anstand, nahmen die Infektionszahlen wieder zu. Es galt, eine verantwortungsvolle Entscheidung zu treffen. Die meisten Chilbis und Veranstaltungen wurden abgesagt. Ob jene in Basel durchgeführt wird, ist aktuell noch offen. Auf jeden Fall gibt es dort sehr viel grössere Plätze.

Der Sprechende hofft, dass man merkt, dass der Stadtrat genau das möglich macht, was möglich ist. Es braucht viel Mut, die gesundheitspolitische Verantwortung für einen Anlass mit 10'000 bis 20'000 Personen pro Tag zu übernehmen. Der Sprechende ist deshalb über die ziemlich flächendeckende Kritik, der Stadtrat habe zu wenig hingeschaut, zu wenig Mut gehabt und mit zu wenig Personen gesprochen, nicht erfreut. Man kann immer noch mehr tun, doch der Stadtrat tat sein Möglichstes und kam zum Schluss, dass die Mäas in diesem Jahr leider, leider noch nicht durchführbar ist.

Stefan Sägesser geht es nicht darum, ein «Stadtrat-Bashing» zu machen. Doch er schliesst sich Christian Hochstrasser an und fragt sich, ob die Stadt die richtige Veranstalterin für die Mäas ist. Nicht weil sie es per se nicht könnte – die Verwaltung verfügt über sehr fähige Mitarbeitende –, doch der Hauptzweck bzw. die Überlebensstrategie von Kulturveranstalterinnen und Messeveranstaltern während der letzten eineinhalb Jahre war es, Konzepte A, B, C bis XY und ständige Budgetanpassungen zu machen. Das ist nicht die Kernkompetenz und auch nicht die Aufgabe der Stadt. Die Veranstaltung extern zu geben, hätte zu einer Entlastung geführt. Die Stadt hätte sich auf ihre Kompetenzen konzentrieren können, wie z. B. die Sicherheit einer Veranstaltung zu garantieren.

Fazit: Man muss nicht nur die IG LHMM neu organisieren, sondern auch die Zuständigkeit für die Mäas zur Diskussion stellen.

Umwelt- und Mobilitätsdirektor Adrian Borgula: Über die Organisationsform der Mäas kann selbstverständlich diskutiert werden. Doch wenn jemand die Organisation ehrenamtlich übernimmt,

stellen sich ihm oder ihr dieselben Probleme und Fragestellungen, wie sie die Stadt handhaben musste. Noch immer würde die Stadt die Bewilligung erteilen und wäre somit noch immer stark beteiligt. Es ist eine Grundsatzfrage, ob die Stadt Märkte organisieren soll oder ob es eine andere Institution gibt, die dies ehrenamtlich oder bezahlt übernehmen soll.

Der Sprechende nimmt aus den Voten mit, dass über die Funktionsweise und über die Repräsentativität der IG LHMM diskutiert werden muss.

Christian Hochstrasser: Dass die Stadt selber Organisatorin der Mäas ist, ist eine plausible Teilklärung dafür, weshalb es einen Unterschied zu anderen Veranstaltungen gibt. Unter dieser Prämisse ist klar, dass alle gleichbehandelt werden müssen, so wie wir es von den Losentscheiden für Marronistände kennen. Wenn eine private Trägerschaft die Mäas organisierte, hätte sie dieses Problem nicht. Private Veranstaltungen funktionieren nicht nach einem Vergabeverfahren, bei dem Kriterien eingehalten werden müssen.

Für die Organisation während der Pandemie war das mit Sicherheit eine Schwierigkeit. Die Bewilligungsfrage stellt sich weiterhin. Die Frage, ob man diesen Sommer die Organisationsform hätte ändern können, ist aber müssig. Das kann man sicher nicht so kurzfristig tun.

Der Sprechende erinnert an eine frühere Diskussion zur Mäas. Es hiess damals, die Schausteller seien froh, dass die Stadt die Mäas organisiert, sie würde dies hochprofessionell machen. Im Zusammenhang mit der Pandemie ist der Rollenkonflikt aber natürlich ein Problem. Die Stadt als Organisatorin kann nicht kurzfristig sagen, welche Schausteller und Schaustellerinnen sie berücksichtigen will und welche nicht.

Längerfristig kann man sich überlegen, ob es bessere Organisationsformen gibt und ob der Rollenkonflikt, in dem sich die Stadt als Organisatorin einerseits und als Bewilligungsbehörde andererseits befindet, anders gelöst werden kann.

Ratspräsidentin Sonja Döbeli Stirnemann schliesst das Traktandum.

Es folgt die Detailberatung des B+A 21/2021: «Projekt «Alterswohnen integriert»», auf den der Grosse Stadtrat vor dem Mittag eingetreten ist.

Seite 14 3.1.4 Städtische Alterswohnungen

Sozialkommissionsvizepräsidentin Maria Pilotto: Die Sozialkommission hat folgende **Protokollbemerkung** mit 5 : 3 : 1 Stimmen überwiesen:

Der Stadtrat setzt sich dafür ein, dass weitere Wohnungen (Liegenschaften), welche sich für die Alterswohnungen eignen, gesichert werden.

Der Stadtrat opponiert der Protokollbemerkung nicht.

Marco Baumann stellt namens der FDP-Fraktion einen **Ablehnungsantrag**. Die Fraktion kann die Protokollbemerkung aus verschiedenen Gründen nicht gutheissen. Mit dem heutigen B+A wird nicht über die städtischen Alterswohnungen befunden, deshalb soll der Stadtrat nicht ohne Grundlagen und ohne Bedarf den Auftrag erhalten, weitere Liegenschaften zu sichern. Die FDP-Fraktion sieht auch eine Problematik darin, dass zunächst beurteilt werden muss, was mit den städtischen Alterswohnungen geschehen soll. Dieser Prozess muss ergebnisoffen sein. Das Parlament soll nicht jetzt darüber entscheiden, ob das Angebot an Alterswohnungen ausgebaut werden muss.

Jörg Krähenbühl schliesst sich namens der SVP-Fraktion der Argumentation der FDP-Fraktion an und **unterstützt den Ablehnungsantrag**.

Gemäss **Heidi Rast** wünscht sich die G/JG-Fraktion, dass die Protokollbemerkung überwiesen wird. Wenn man sich als Stadt Liegenschaften aneignen muss, braucht dies Zeit, manchmal mehrere Jahre. Es ist wichtig, jetzt schon damit zu beginnen, zumal man weiss, welcher demografische Wandel ansteht. Dieser wird uns in 20 bis 30 Jahren eingeholt haben.

Daniel Lütolf: Auch die GLP-Fraktion ist für die Überweisung der Protokollbemerkung. Der Stadtrat setzt sich heute schon für das von der Protokollbemerkung geforderte Anliegen ein.

Der Grosse Stadtrat überweist die Protokollbemerkung.

Sozialkommissionsvizepräsidentin Maria Pilotto: Die Sozialkommission hat eine weitere **Protokollbemerkung** mit 8 : 1 : 0 Stimmen überwiesen:

Bis Ende 2022 legt der Stadtrat der Sozialkommission eine über die Stadt quartierbezogene Prognose vor, die den Anteil alter Menschen und den voraussichtlichen Bedarf an Alterswohnungen, Betreutem Wohnen und Wohnen mit Dienstleistungen aufzeigt. Aktuelle und zu erwartende Unterversorgungen sollen ersichtlich sein.

Der Stadtrat opponiert der Protokollbemerkung nicht.

Sozial- und Sicherheitsdirektor Martin Merki: Der Stadtrat führte aus, in welchem Sinn er die Protokollbemerkung versteht. Eine Prognose künftiger Altersstrukturen in den Quartieren ist möglich. Es gibt z. B. den Wohnkalkulator der Hochschule Luzern. Doch eine genaue Angabe, wie viel Alterswohnungen, betreutes Wohnen und Wohnen mit Dienstleistungen dereinst gebraucht werden, ist nicht möglich. Der Wohnbedarf wandelt sich ständig und ist abhängig von der individuellen Situation, der Wohnpräferenz, dem Gesundheitszustand der betroffenen Personen usw. Wichtig ist, dass Luzern ein ausgebautes Dienstleistungssystem hat, sodass die individuelle Versorgung sichergestellt werden kann.

Die Menschen leben dort, wo sie wohnen. Entscheidend ist, dass die richtigen Leistungen zu den Menschen kommen.

Silvio Bonzanigo stellt einen **Ablehnungsantrag** zur Protokollbemerkung, weil die Rede ist von «bis Ende 2022». Der Sprechende nimmt Bezug auf den B+A 18/2021: «Entwicklungskonzept für das linke Seeufer», in dem gesagt wird, dass der Controllingbericht dem Parlament voraussichtlich 2024 vorgelegt wird. Man darf dem Stadtrat deshalb jetzt keine eng terminierte Vorgabe machen. Wenn der Bericht nicht dem Erwartungshorizont der Sozialkommission entsprechen wird, kann man bei ihr nachfragen. Der Sprechende möchte nicht, dass dem Stadtrat Terminvorgaben gemacht werden.

Der Grosse Stadtrat überweist die Protokollbemerkung.

Sozialkommissionsvizepräsidentin Maria Pilotto: Die Sozialkommission hat eine weitere **Protokollbemerkung** mit 6 : 3 : 0 Stimmen überwiesen:

Beim Bau neuer und bei Sanierungen bestehender Alterswohnungen plant die Stadt bei den eigenen Wohnungen nach dem Prinzip «Design to Cost». Massstab ist die Finanzierung gemäss Ergänzungsleistungen (EL). Bei Bauvorhaben der neuen Institution und von weiteren Anbietenden macht die Stadt, wo möglich, klare Vorgaben in diesem Sinn. Ziel ist ein Anteil von 50 Prozent aller Alterswohnungen, die für Personen, die auf den Bezug von Ergänzungsleistungen angewiesen sind, bezahlbar sein sollen.

Der Stadtrat opponiert der Protokollbemerkung.

Heidi Rast stellt namens der G/JG-Fraktion eine **Gegenprotokollbemerkung**. Die Fraktion hat die Antwort des Stadtrates diskutiert und kann ihr folgen.

Es ist zentral, dass die Stadt sich für genügend bezahlbaren Wohnraum für ältere Menschen einsetzt. Sie muss dabei ein besonderes Augenmerk auf jene Menschen legen, die ein sehr schmales Budget haben oder auf EL angewiesen sind.

Es darf nicht mehr der Fehler passieren, dass Wohnungen nach Sanierungen ins Luxussegment fallen oder so teuer werden, dass man sie sich mit EL nicht mehr leisten kann. Hier braucht es nach dem Verständnis der G/JG-Fraktion klare Auflagen, und es muss so saniert werden, dass der wohnliche Gewinn bezahlbar bleibt.

Auch bei Neubauten müssen Wohnungen so realisiert werden, dass sie für Menschen mit EL oder einem Budget knapp darüber erschwinglich sind. Es darf nicht das Ziel sein, mit Wohnungen nur auf Rendite oder Gewinn aus zu sein. Die Stadt hat einen grossen sozialpolitischen Auftrag zu erfüllen. Wenn nicht die Stadt, wer dann?

Letztlich darf es nicht passieren, dass die Stadt zwar genügend Alterswohnungen hat, diese aber nicht vermieten kann, weil sie für ältere Menschen nicht bezahlbar sind oder als zu teuer eingeschätzt werden. Zudem hat der offene Wohnungsmarkt genügend Wohnungen, die einen höheren Standard bieten und Personen ansprechen, die sie sich leisten können und wollen.

Die **neue Protokollbemerkung** der G/JG-Fraktion, welche derjenigen der Sozialkommission gegenübergestellt werden soll, lautet:

Beim Bau neuer Alterswohnungen macht die Stadt der neuen Institution die Vorgabe, dass ein Anteil von 50 Prozent dieser Wohnungen für Personen, die auf den Bezug von Ergänzungsleistungen (EL) angewiesen sind, bezahlbar sein sollen. Bei Sanierungen bestehender, heute durch EL finanzierbaren, Alterswohnungen müssen diese für EL-Beziehende bezahlbar bleiben.

Sozial- und Sicherheitsdirektor Martin Merki: Der Stadtrat besprach die neue Protokollbemerkung nicht, doch die Sozial- und Sicherheits- sowie die Baudirektion tauschten sich aus. Der Sprechende gibt die konsolidierte Haltung der beiden Direktionen wieder.

Heidi Rast sagte, es sollten nicht nur die Rendite und der Gewinn im Fokus stehen. Das ist auch nicht die Haltung des Stadtrates. Bei einer gemeinnützigen Institution sollte das Ziel sein, Vorgaben zu machen, damit sich möglichst viele Menschen mit EL eine Wohnung leisten können. Bei der Alterssiedlung Guggi gelang dies fast ausschliesslich – nur bei zwei Wohnungen ist es nicht der Fall, bei allen 2-Zimmer-Wohnungen hingegen schon.

Gewisse Faktoren sind nicht beeinflussbar, z. B. die Eingriffstiefe bei Schadstoffsanierungen sowie Nachrüstungen im Zusammenhang mit der Erdbebensicherheit. Das sind Punkte, die bei Sanierungen wie auch bei Neubauten sehr preistreibend sein können.

Das Festlegen eines Höchstmietzinses schränkt den Handlungsspielraum sehr stark ein. Vor allem bei den beeinflussbaren Faktoren wie Wohnungsfläche, Zimmerzahl und Energiestandard. Allzu grosse Vorgaben können dazu führen, dass ein Bauvorhaben nicht finanziert werden kann. Energetische Sanierungen sind einer Mehrheit des Grossen Stadtrates sehr wichtig. Sie können aber sehr preistreibend sein.

Auch für den Stadtrat ist selbstverständlich wichtig, dass Wohnungen mit EL bezahlbar bleiben. Er schlägt vor, die konkrete Anzahl Wohnungen erst festzulegen, wenn Machbarkeitsstudien vorliegen. Als Besitzerin der neuen Institution kann die Stadt einen möglichst hohen finanziell tragbaren Anteil durchsetzen. Doch eine allzu enge Vorgabe lehnen die beiden genannten Direktionen ab, und es ist davon auszugehen, dass dies auch die Haltung des Stadtrates wiedergibt.

Der Sprechende bittet das Parlament, die Protokollbemerkung nicht zu überweisen.

Claudio Soldati nimmt zu den Ausführungen von Martin Merki Stellung:

Es darf in Luzern keinen tieferen Prozentsatz geben, und es darf nicht soweit kommen, dass sich Menschen mit EL in nur einer oder zwei Siedlungen eine Wohnung leisten können. Es gäbe dann eine Ghettoisierung. Ein 50-Prozent-Anteil ist deshalb sehr zweckmässig.

Mit der Protokollbemerkung bleibt offen, wie die Wohnungen finanzierbar sein sollen. Äussere Faktoren sind nicht relevant. Bei «Design to Cost» wären diese relevant gewesen. Mit Annahme der Protokollbemerkung kann es sein, dass eine Wohnung zu teuer ist und der Stadtrat entscheidet, wie er sie bezahlbar machen will. Dies ist z. B. mit AHIZ (städtische Zusatzleistung zur Alters-, Hinterbliebenen- und Invalidenrente) oder anderen Subventionen möglich.

Die Protokollbemerkung ist sehr geschickt formuliert, und die SP-Fraktion wird sie unterstützen.

Gemäss **Sozial- und Sicherheitsdirektor Martin Merki** wird es eine Diskussion darüber geben müssen, wer in die subventionierten Wohnungen ziehen darf. Rund 10 Prozent der betroffenen Altersgruppe bezieht Ergänzungsleistungen, in den Heimen ist der Anteil höher als ausserhalb. Wie die vorhandenen Instrumente genau eingesetzt werden, muss erst noch festgelegt werden.

Silvio Bonzanigo stellt den **Ordnungsantrag**, dass über die Protokollbemerkung nicht befunden wird, weil sie nicht allen Ratsmitgliedern zugestellt wurde.

Ratspräsidentin Sonja Döbeli Stirnemann: Die Protokollbemerkung muss gemäss Reglement nicht schriftlich vorliegen. Die Sprechende wird sie vor der Abstimmung noch einmal vorlesen.

Marco Baumann stellt einen **Ablehnungsantrag** für die Protokollbemerkungen der Sozialkommission wie auch der G/JG-Fraktion.

Sozial- und Sicherheitsdirektor Martin Merki sagte es bereits: Bei dieser Protokollbemerkung gibt es einen Zielkonflikt. Auch wenn man von «Design to Cost» nun nicht mehr spricht, wird es letztlich darauf hinauslaufen. Die FDP-Fraktion ist nicht bereit, Massnahmen – z. B. energetischer Art – nicht umzusetzen, weil die Mietpreise sonst zu hoch wären.

Es geht auch darum, einer Institution nicht schon Vorgaben zu machen, bevor sie überhaupt existiert. Es ist noch unklar, wie die Institution aufgestellt und was mit den Wohnungen zu tun sein wird. Der Prozess muss zunächst durchlaufen werden – danach kann sich das Parlament gerne mit allen anderen Themen befassen.

Daniel Lütolf bedankt sich bei Vorredner Marco Baumann für das Votum. Auch der GLP-Fraktion ist es wichtig, dass Alterswohnungen für Beziehende von Ergänzungsleistungen bezahlbar bleiben. Der Sprechende ist überzeugt davon, dass dies auch im Interesse des Stadtrates und der Stadt Luzern ist.

Die Idee der Protokollbemerkung kann die GLP-Fraktion grundsätzlich teilen. Doch leider schiesst sie am Ziel vorbei. Feste Vorgaben zu machen für Sanierungen, deren Inhalte im Vorfeld nicht bekannt sind, kann tatsächlich dazu führen, dass Sanierungsobjekte nicht zu finanzieren sind.

Noch einmal: Alle haben dasselbe Ziel. Auch die GLP-Fraktion will, dass Bezügerinnen und Bezüger von EL wirklich bezahlbare Wohnungen zur Verfügung stehen. Doch sie erachtet die Protokollbemerkungen als kontraproduktiv und wird sie deshalb ablehnen.

Agnes Keller-Bucher: Das Votum von Vorredner Marco Baumann fasste alles zusammen. Auch die CVP-Fraktion ist der Ansicht, dass der Spielraum bei Sanierungen und Erneuerungen von Wohnungen bereits heute stark eingeschränkt ist. Jetzt, zu Beginn des Projekts «Alterswohnen integriert», soll diesem ein gewisser Spielraum belassen werden.

Aus diesem Grund lehnt auch die CVP-Fraktion die Protokollbemerkungen ab.

Fabian Reinhard: Zum Ordnungsantrag von Vorredner Silvio Bonzanigo: Art. 25a des Geschäftsreglements des Grossen Stadtrates besagt, dass Protokollbemerkungen – im Reglement Bemerkungen genannt – der Ratspräsidentin oder dem Ratspräsidenten schriftlich vorliegen müssen,

aber nicht allen Mitgliedern des Grossen Stadtrates. Der Ordnungsantrag kann demnach zurückgezogen werden.

Silvio Bonzanigo zieht den Ordnungsantrag zurück.

Bei der Gegenüberstellung der Protokollbemerkung der Sozialkommission

Beim Bau neuer und bei Sanierungen bestehender Alterswohnungen plant die Stadt bei den eigenen Wohnungen nach dem Prinzip «Design to Cost». Massstab ist die Finanzierung gemäss Ergänzungsleistungen (EL). Bei Bauvorhaben der neuen Institution und von weiteren Anbietenden macht die Stadt, wo möglich, klare Vorgaben in diesem Sinn. Ziel ist ein Anteil von 50 Prozent aller Alterswohnungen, die für Personen, die auf den Bezug von Ergänzungsleistungen angewiesen sind, bezahlbar sein sollen.

und der Protokollbemerkung der G/JG-Fraktion

Beim Bau neuer Alterswohnungen macht die Stadt der neuen Institution die Vorgabe, dass ein Anteil von 50 Prozent dieser Wohnungen für Personen, die auf den Bezug von Ergänzungsleistungen (EL) angewiesen sind, bezahlbar sein sollen. Bei Sanierungen bestehender, heute durch EL finanzierbaren, Alterswohnungen müssen diese für EL-Beziehende bezahlbar bleiben.

obsiegt die Version der G/JG-Fraktion.

Die Abstimmung zur Protokollbemerkung der G/JG-Fraktion ergibt das Stimmenverhältnis 23 : 23 : 0.

Der zweite Durchgang zeigt dasselbe Resultat.

Die Protokollbemerkung wird mit Stichentscheid der Ratspräsidentin abgelehnt.

Seite 37 5.4 Auftrag Stadtrat

Sozialkommissionsvizepräsidentin Maria Pilotto: Die Sozialkommission hat folgende **Protokollbemerkung** mit 8 : 0 : 1 Stimmen überwiesen:

Der Verein Vicino, welcher die Bereiche der vorgelagerten und präventiven Versorgung abdeckt, ist ein gleichberechtigter Partner bei der Zusammenführung der neuen Organisation. Somit müssen die vorgelagerten und präventiven Bereiche in der integrierten Organisation genauso aufgezeigt werden, wie die ambulanten und stationären Leistungserbringerinnen und Leistungserbringer.

Der Stadtrat opponiert der Protokollbemerkung nicht.

Jörg Krähenbühl: Die SVP-Fraktion sieht die Rolle von Vicino für die Zukunft nicht. Der Sprechende stellt deshalb namens der SVP-Fraktion einen **Ablehnungsantrag**.

Der Grosse Stadtrat überweist die Protokollbemerkung.

MS 2 Versorgungsstruktur

Sozialkommissionsvizepräsidentin Maria Pilotto: Die Sozialkommission hat folgende **Protokollbemerkung** mit 7 : 0 : 1 Stimmen bei einer Abwesenheit überwiesen:

Dem Einbezug der Spitäler kommt im Projekt «Alterswohnen integriert» eine zentrale Rolle zu, um die Übergänge zu optimieren (enge Zusammenarbeit mit Austrittsmanagement und Schnittstelle zur Lukis-Software).

Der Stadtrat opponiert der Protokollbemerkung nicht.

Da kein Ablehnungsantrag aus dem Rat erfolgt, ist die Protokollbemerkung überwiesen.

Sozialkommissionsvizepräsidentin Maria Pilotto: Die Sozialkommission hat eine weitere **Protokollbemerkung** mit 7 : 1 : 0 Stimmen bei einer Abwesenheit überwiesen:

Private Heime, private Spitex-Organisationen und grosse Leistungserbringer im Bereich der Betreuung und Alltagsunterstützung (SRK, Pro Senectute, Der rote Faden, Haushilfe Luzern etc.) werden im Projekt «Alterswohnen integriert» für ein gutes Gelingen von Anfang an proaktiv einbezogen. In der zukünftigen integrierten Versorgung erhalten diese für die Grundversorgung wichtigen Player jederzeit Zugang zur Versorgungskette und die älteren Menschen erhalten eine echte Wahlfreiheit bei der Auswahl der Dienstleister.

Der Stadtrat opponiert der Protokollbemerkung nicht.

Jörg Krähenbühl stellt namens der SVP-Fraktion einen **Ablehnungsantrag**. Die Protokollbemerkung gehört nicht in diesen Bericht und Antrag. Das Anliegen muss später eingebracht werden.

Heidi Rast merkt an, dass die betroffenen Institutionen einen offenen Brief verfassten, den das Parlament ernst nehmen sollte. Deshalb gehört die Protokollbemerkung überwiesen.

Der Grosse Stadtrat überweist die Protokollbemerkung.

MS 2 Versorgungsstruktur und MS 4 Interne Organisation

Sozialkommissionsvizepräsidentin Maria Pilotto: Die Sozialkommission hat folgende **Protokollbemerkung** mit 5 : 3 : 0 Stimmen bei einer Abwesenheit überwiesen:

Der Stadtrat erstellt im Rahmen der anstehenden Entwicklungen ein Konzept zur Sicherstellung von fachlicher Entwicklung und Innovation in der städtischen Altersversorgung sowie in der integrierten Organisation.

Der Stadtrat opponiert der Protokollbemerkung.

Sozial- und Sicherheitsdirektor Martin Merki: Solche Konzepte werden von den Unternehmungen – in ihrem eigenen Interesse – selber erarbeitet. Die Stadt kann bei der Definition von Versorgungsstandards oder bei Finanzierungsfragen prüfen, inwieweit sie die fachliche Entwicklung und Innovation fördern will. Doch das Verfassen von eigentlichen Berichten zur fachlichen Entwicklung eines Unternehmens ist die Aufgabe der einzelnen Organisationen.

So wie heute bereits Viva und Spitex die integrierte Organisation dies in ihrem eigenen Interesse ebenfalls selbst tun. Das ist nicht die Aufgabe der Stadt.

Claudio Soldati: Die SP-Fraktion hält aus folgendem Grund an der Protokollbemerkung fest: Die Stadt sieht es gemäss Sozial- und Sicherheitsdirektor Martin Merki so, dass nur die Unternehmen Konzepte erstellen sollen. Die SP-Fraktion beurteilt dies anders: Es ist die Aufgabe der städtischen Altersversorgung, solche langfristigen Entwicklungskonzepte weiterzuentwickeln und mitzuprägen. Das kann nicht einfach an private Heime oder die neue integrierte Organisation ausgelagert werden.

Marco Baumann: Die FDP-Fraktion lehnt die Protokollbemerkung ab. Die Flughöhe der Diskussion ist nun sehr tief. Das Parlament spricht schon beinahe über den Betrieb der neuen Organisation. Das durch die Protokollbemerkung geforderte Anliegen wird heute durch Viva und Spitex bereits laufend umgesetzt, wie von Sozial- und Sicherheitsdirektor Martin Merki ausgeführt. Wenn die Stadt ein Konzept erstellt, fragt man sich: für wen? Die Unternehmungen haben ihre eigenen Konzepte und sind darauf angewiesen, langfristig innovativ zu sein und sich auf die fachliche Entwicklung auszurichten. Mit dem Fachkräftemangel sind sie gefordert. Es muss doch nicht im Parlament beschlossen werden, dass der Stadtrat ein Konzept für die Organisationen entwickelt. Die Flughöhe muss nach oben korrigiert werden.

Daniel Lütolf bedankt sich erneut bei Marco Baumann für dessen Votum. An Vorredner Claudio Soldati gewandt, meint der Sprechende, dass dieser in seiner Aussage nicht grundsätzlich falsch liege. Die Stadt macht mit Sicherheit genau solche Konzepte für sich. Doch der Grosse Stadtrat soll die Organisationen ebenfalls ihre Konzepte für sich machen lassen.

Aus diesem Grund lehnt die GLP-Fraktion die Protokollbemerkung ab.

Agnes Keller-Bucher: Auch die CVP-Fraktion bläst ins selbe Horn. Die Stadt ist Bestellerin der Dienstleistungen und hat Vorstellungen davon, was im neuen Konstrukt getan werden muss. Doch die Entwicklung und die Innovation sollen Aufgabe der neuen Organisation sein.

Jörg Krähenbühl: Auch die SVP-Fraktion schliesst sich der Meinung des Stadtrates und der bürgerlichen Parteien an und lehnt die Protokollbemerkung ab.

Ratspräsidentin Sonja Döbeli Stirnemann sieht, dass die Abstimmung wie bereits bei einer der vorangegangenen Protokollbemerkungen zu einem Gleichstand führt; das Stimmenverhältnis ist

dasselbe. Eine zweite Abstimmung zeigt das gleiche Ergebnis. **Die Protokollbemerkung wird mit Stichentscheid der Ratspräsidentin abgelehnt.**

MS 3 Steuerung und Finanzierung

Sozialkommissionsvizepräsidentin Maria Pilotto: Die Sozialkommission hat folgende **Protokollbemerkung** mit 4 : 2 : 2 Stimmen bei einer Abwesenheit überwiesen:

Die Stadt nimmt eine starke Rolle als Gestalterin und Steuererin des Service-public-Angebots ein.

Der Stadtrat opponiert der Protokollbemerkung nicht.

Silvio Bonzanigo: Die Protokollbemerkung ist schlauer als die Polizei erlaubt. Es handelt sich bei ihr um eine ganz grosse und grandiose Selbstverständlichkeit in der Schweizer und somit auch Luzerner Sozialpolitik. Am Morgen war zu hören, man müsse nicht jede Protokollbemerkung wirklich ernst nehmen. Genau dies sollte der Grosse Stadtrat hier tun und sie nicht überweisen.

Der Grosse Stadtrat überweist die Protokollbemerkung.

Sozialkommissionsvizepräsidentin Maria Pilotto: Die Sozialkommission hat eine weitere **Protokollbemerkung** mit 7 : 1 : 0 Stimmen bei einer Abwesenheit überwiesen:

Definition von politischen Einflussmöglichkeiten von Stadtrat, Parlament, Sozialkommission und Bevölkerung. Insbesondere prüft der Stadtrat, ob das Parlament die Leistungsvereinbarungen mit der integrierten Organisation verabschieden kann, ob dem Parlament regelmässig Rechenschaftsberichte der integrierten Organisation unterbreitet werden, ob die jährlichen Rechenschaftsberichte der integrierten Organisation im Parlament beraten werden können und ob das zuständige Exekutivmitglied im strategischen Organ der integrierten Organisation Einsitz nehmen kann.

Der Stadtrat opponiert der Protokollbemerkung nicht.

Da kein Ablehnungsantrag aus dem Rat erfolgt, ist die Protokollbemerkung überwiesen.

MS 4 Interne Organisation

Sozialkommissionsvizepräsidentin Maria Pilotto: Die Sozialkommission hat folgende **Protokollbemerkung** mit 7 : 0 : 0 Stimmen bei zwei Abwesenheiten überwiesen:

Das Personal der Organisationen Viva, Spitex und Vicino respektive deren Personalvertretungen werden miteinbezogen.

Der Stadtrat opponiert der Protokollbemerkung nicht.

Da kein Ablehnungsantrag aus dem Rat erfolgt, ist die Protokollbemerkung überwiesen.

Sozialkommissionsvizepräsidentin Maria Pilotto: Die Sozialkommission hat eine weitere **Protokollbemerkung** mit 7 : 0 : 0 Stimmen bei zwei Abwesenheiten überwiesen:

Vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels im Pflegewesen positioniert sich die integrierte Organisation als attraktive Arbeitgeberin und verantwortungsvolle Ausbilderin und bietet mindestens dieselben Anstellungsbedingungen wie die heutige Viva Luzern.

Der Stadtrat opponiert der Protokollbemerkung nicht.

Da kein Ablehnungsantrag aus dem Rat erfolgt, ist die Protokollbemerkung überwiesen.

Sozialkommissionsvizepräsidentin Maria Pilotto: Die Sozialkommission hat eine weitere **Protokollbemerkung** mit 3 : 2 : 2 Stimmen bei zwei Abwesenheiten überwiesen:

Ebenfalls miteinzubeziehen sind Gewerkschaften, unter anderem der VPOD.

Der Stadtrat opponiert der Protokollbemerkung nicht.

Marco Baumann stellt namens der FDP-Fraktion einen **Ablehnungsantrag**. In den Augen der Fraktion macht es wenig Sinn, Gewerkschaften und insbesondere den VPOD miteinzubeziehen. Wichtig ist, dass die Anspruchsgruppen miteinbezogen werden, und diese sind – u. a. mit vielen überwiesenen Protokollbemerkungen – bereits berücksichtigt. Der Einbezug der Gewerkschaften macht dann Sinn, wenn die Organisation steht und wenn es um die Gesamtarbeitsverträge geht.

Jörg Krähenbühl schliesst sich namens der SVP-Fraktion dem **Ablehnungsantrag** der FDP-Fraktion an.

Silvio Bonzanigo unterstützt den **Ablehnungsantrag** ebenfalls. Gegenüber der vorherigen Protokollbemerkung «Das Personal der Organisationen Viva, Spitex und Vicino respektive deren Personalvertretungen werden miteinbezogen» ist die vorliegende Protokollbemerkung redundant. Konkrete Vertretungen zu nennen, findet der Sprechende ohnehin falsch. Es genügt, von «Personalvertretungen» zu sprechen.

Agnes Keller-Bucher: Auch die CVP-Fraktion unterstützt den **Ablehnungsantrag** – mit derselben Begründung wie die FDP-Fraktion.

Claudio Soldati ist überrascht über die Voten der Fraktionssprecherinnen und -sprecher. Die neue integrierte Organisation könnte die zweitgrösste Arbeitgeberin in der Stadt Luzern werden. Es gibt nur dann eine gute Organisation, wenn das Personal gut ist. Es braucht die besten Leute für die

pflegebedürftigen Menschen, die dereinst dort wohnen werden. Damit man gutes Personal anstellen kann, ist eine gelebte Sozialpartnerschaft wichtig. Wichtig ist auch eine solide Mehrheit für das Projekt «Alterswohnen integriert» im Parlament. Der Sprechende hat den Eindruck, dass diese Mehrheit jetzt zu bröckeln beginnt. Alle sind über ihren Schatten gesprungen. Der Sprechende appelliert an die bürgerliche Seite und betont die Wichtigkeit des Einbezugs des Personals und der Gewerkschaften, damit es eine gute Organisation mit guten Anstellungsbedingungen und einem guten Arbeitgeber gibt.

Jules Gut bekommt beim Zuhören den Eindruck, dass der Stadtrat etwas ganz Schlimmes tun will. Die jetzt diskutierte Protokollbemerkung ist zwar gut und recht, aber es ist doch selbstverständlich, dass die Stadt Luzern dies lebt und umsetzt. Der Sprechende hat keinen Zweifel daran, dass der Stadtrat die Personalvertretungen miteinbeziehen wird.

Er versteht nicht, weshalb die SP-Fraktion ihr ganzes Parteiprogramm mittels Protokollbemerkungen in den B+A einbringen muss. Es ist ja gut gemeint, doch man kann dem Stadtrat durchaus vertrauen, dass er zu gegebener Zeit mit den Sozialpartnerinnen und -partnern sowie mit den Gewerkschaften sprechen wird. Das ist doch selbstverständlich.

Der Sprechende votiert dafür, dem Stadtrat zu vertrauen und nicht alles doppelt und dreifach abzusichern. Nur schon z. B. mit den städtischen Legislaturzielen und anderen Grundsätzen, die das Parlament immer wieder diskutiert, ist vieles bereits beschlossen. Der Sprechende fragt sich deshalb, ob es nötig ist, die Vorgaben hier ausdrücklich noch einmal zu machen.

Er bittet Vorredner Claudio Soldati, zu erklären, weshalb diese Präzisierung nötig ist.

Marco Baumann reagiert auf das Votum von Claudio Soldati. Dieser erwähnte, dass die Zustimmung bröckle und dass Mehrheiten nicht gegeben seien, wenn man den Protokollbemerkungen nicht zustimme. Vielleicht spricht Claudio Soldati von seiner SP-Fraktion. Doch entscheidend ist die Mehrheit im Parlament. Und da ist klar zu sagen, dass das Parlament den Weg der integrierten Versorgung gehen will und die Vorteile sieht. Die Institution steht noch nicht, weshalb heute keine allzu engen Rahmenbedingungen gesetzt werden dürfen. Der Prozess muss ergebnisoffen sein, und zunächst muss er gestartet werden. Die Projektgruppe wird beauftragt werden, sich mit all diesen Fragen und Abklärungen zu beschäftigen. Heute muss nicht bereits alles definiert werden, und es ist auch nicht so, dass Mehrheiten bröckeln.

Heidi Rast: Die Diskussion zur Anzahl Protokollbemerkungen gehört nicht in die jetzige Debatte zum vorliegenden B+A. Die Protokollbemerkungen sind vorhanden, sollen ernst genommen werden und es muss über sie abgestimmt werden.

Die Sprechende geht davon aus, dass die Protokollbemerkungen beim Stadtrat Diskussionen auslösten und er sich den Entscheid, zu opponieren oder nicht, nicht einfach machte.

Die G/JG-Fraktion wird die Protokollbemerkung unterstützen.

Claudio Soldati macht eine Replik auf das Votum von Vorredner Jules Gut. Der Stadtrat nimmt diese und viele andere Protokollbemerkungen entgegen. Jules Gut sagt, für den Stadtrat sei der

Einbezug der Gewerkschaften selbstverständlich. Doch was geschieht, wenn die Protokollbemerkung abgelehnt wird? Ist der Einbezug dann immer noch selbstverständlich? Vermutlich eben nicht, denn der Stadtrat muss sich an die Beschlüsse des Parlaments halten.

Die Frage, wie breit abgestützt das ganze Geschäft ist, hat unter anderem auch mit der vorliegenden Protokollbemerkung zu tun.

Sozial- und Sicherheitsdirektor Martin Merki: Der Stadtrat prüft selbstverständlich jede Protokollbemerkung einzeln und überlegt, ob sie dem Projekt dienlich ist. Zur vorliegenden Protokollbemerkung und mit einem Blick zurück auf die Entstehung von Viva Luzern ist zu sagen, dass es in der Stadt Luzern eine sozialpartnerschaftliche Vereinbarung gibt, die vorschreibt, dass Gewerkschaften bei einem solchen Prozess einbezogen werden. Es gibt einen Gesamtarbeitsvertrag, an dessen einjähriger Verhandlung der Sprechende ebenfalls beteiligt war.

Die vorliegende Protokollbemerkung sollte zusammen mit der Bemerkung des Stadtrates zur Protokollbemerkung gelesen werden, mit der gefordert wird, dass in der Resonanzgruppe des Projekts auch der SBK und Gewerkschaften – u. a. der VPOD – Einsitz nehmen sollen (Protokollbemerkung 15 im StB 685). Dieser Protokollbemerkung opponiert der Stadtrat.

Es macht Sinn, dass Gewerkschaften bei der Erarbeitung des Organisationskonzepts einbezogen werden. Bei der Resonanzgruppe hingegen macht es wenig Sinn. Aus diesem Grund opponiert der Stadtrat der Protokollbemerkung nicht.

Silvio Bonzanigo schliesst sich dem Votum von Jules Gut an. Es führt auf das vom Sprechenden bereits am Morgen Gesagte zurück: Die Tonalität der Protokollbemerkungen insgesamt lässt eine gewisse Skepsis erkennen, ob die Sozial- und Sicherheitsdirektion in der Lage sei, den Prozess durchzuführen, wenn man ihr nicht ständig sagt, wen es einzubeziehen gilt und wie sie sich je nach Situation zu verhalten hat. Das ist eine erwünschte Misstrauenskultur, die mit dieser Menge an Protokollbemerkungen aufkommt.

Der Sozial- und Sicherheitsdirektion ist zuzutrauen, dass sie den Prozess selbstständig nach den bekannten Mustern mit Einbezug von Personalvertretungen und anderen Organisationen durchführen kann. Die von Claudio Soldati verbreitete Stimmung goutiert der Sprechende nicht.

Christian Hochstrasser: Sozial- und Sicherheitsdirektor Martin Merki sprach es an: Der Grosse Stadtrat hat Erfahrung von der Auslagerung der Heime und Alterssiedlungen in die Viva Luzern. Es wurden damals sehr intensive Diskussionen geführt und Forderungen gestellt. Ein Teil der G/JG-Fraktion stimmte der Auslagerung zu. Zumindest zu Beginn des Prozesses holperte es auf der Personalseite von Viva. Der Sprechende nennt als Beispiel den fehlenden Zugang der Viva-Angestellten zur Ombudsstelle der Stadt. Dieses Problem wurde gelöst. Doch Personalfragen wie diese sind relevante Themen.

Die Protokollbemerkung steht im Raum, und sie drückt eine gewisse Skepsis aus. Der Stadtrat ist bereit, sie entgegenzunehmen. Natürlich kann Vorredner Marco Baumann sagen, der Rückhalt für das Projekt bröckle nicht. Der Sprechende hingegen sieht es bröckeln – nicht bei der FDP-Fraktion, sondern auf der anderen Seite.

Wenn der Rückhalt für die integrierte Versorgung bröckelt – indem das Parlament sich mit Stichtentscheid gegen die Protokollbemerkung stellt und die Personalverbände aussen vor lässt, obwohl der Stadtrat für den Einbezug ist –, spielt das Parlament mit dem Feuer.

Der Sprechende bittet diejenigen Parlamentarierinnen und Parlamentarier, die mit dem Gedanken spielen, die Protokollbemerkung abzulehnen, ihre Haltung zu überdenken. Das Personal abzuholen, ist ein wichtiger Schritt. Die Auslagerung der Heime und Alterssiedlungen ist vermutlich eine Lehre für den jetzigen Prozess. Der Sprechende will das damalige Vorgehen nicht kritisieren, doch es gab an einigen Stellen im Personalbereich ein paar Unstimmigkeiten. Umso wichtiger für eine Mehrheit zur integrierten Versorgung ist es, die Personalverbände so abzuholen, dass sie sich ernst genommen fühlen. Wenn die Protokollbemerkung knapp abgelehnt wird, werden die Personalverbände – symbolisch gesprochen – im Regen stehen gelassen.

Jules Gut: Es wird etwas in die Welt gesetzt, was nicht ganz korrekt ist. Dem Stadtrat steht es völlig frei, die Personalverbände zu konsultieren. Das wird er auch tun. Es wurde eine Protokollbemerkung erfunden, und nun wird gesagt, wenn der Grosse Stadtrat die Protokollbemerkung ablehne, sei er gegen den Einbezug. Das stimmt doch gar nicht. Das Parlament geht davon aus, dass der Stadtrat selbstständig genug ist, im richtigen Moment die Verbände einzubeziehen. Er hat dies schon mehrfach getan und gute Erfahrungen damit gemacht.

Mit der Ablehnung der Protokollbemerkung ist das Parlament nicht gegen den Einbezug. Das ist eine herbeigesprochene Unterstellung. Die Ablehnung der Protokollbemerkung bedeutet, dass das Parlament volles Vertrauen in den Stadtrat bzw. in den Sozial- und Sicherheitsdirektor hat, dass er zum richtigen Zeitpunkt die entsprechenden Verbände und Gruppierungen anhört.

Marco Baumann will nur noch einmal klarstellen, dass mit der überwiesenen Protokollbemerkung «Das Personal der Organisationen Viva, Spitex und Vicino respektive deren Personalvertretungen werden miteinbezogen» der Einbezug der Personalvertretungen bereits sichergestellt ist.

Agnes Keller-Bucher empfiehlt ebenfalls, noch einmal die vorherige Protokollbemerkung zu lesen.

Jona Studhalter ist nicht sicher, was er nun stimmen soll, denn sowohl die Zustimmung als auch die Ablehnung bedeuten, dass die Gewerkschaften miteinbezogen werden müssen. Es wird wohl ein buntes Hände-Hochhalten geben.

Ratspräsidentin Sonja Döbeli Stirnemann sieht, dass die Abstimmung über die **Protokollbemerkung**

Ebenfalls miteinzubeziehen sind Gewerkschaften, unter anderem der VPOD.
--

wie bereits bei zwei vorangegangenen Protokollbemerkungen zu einem Gleichstand führt. Eine zweite Abstimmung zeigt das gleiche Ergebnis. **Die Protokollbemerkung wird mit Stichtentscheid der Ratspräsidentin abgelehnt.**

MS 5 Angebotsunabhängige Information und Beratung

Sozialkommissionsvizepräsidentin Maria Pilotto: Die Sozialkommission hat folgende **Protokollbemerkung** mit 5 : 2 : 0 Stimmen bei zwei Abwesenheiten überwiesen:

Der Auftrag der «Anlaufstelle Alter» wird weiterentwickelt, mit neuem Fokus auf das Case Management und Wohnen im Alter, im Sinn von Begleitung bei Übergängen in der Wohnsituation.

Der Stadtrat opponiert der Protokollbemerkung nicht.

Da kein Ablehnungsantrag aus dem Rat erfolgt, ist die Protokollbemerkung überwiesen.

Seite 48 6.3.3 Zeitplan

Sozialkommissionsvizepräsidentin Maria Pilotto: Die Sozialkommission hat folgenden **Auftrag** mit 7 : 0 : 0 Stimmen bei zwei Abwesenheiten überwiesen:

Der Stadtrat legt dem Grossen Stadtrat nach Fertigstellung der Meilensteine 1 bis 3 einen Bericht zu den Ergebnissen vor.

Die Sozialkommission hat folgende erklärende **Protokollbemerkung** mit 7 : 0 : 0 Stimmen bei zwei Abwesenheiten überwiesen:

Der Stadtrat zeigt im Rahmen des Berichts dem Parlament u. a. auf, wie und wo die Stadt steuernd auf die integrierte Versorgung Einfluss nimmt und insbesondere über welche Gestaltungs- und Steuerungsmöglichkeiten dereinst der Stadtrat, das Parlament und die Bevölkerung auf die integrierte Organisation verfügt.

Der Stadtrat opponiert weder dem Auftrag noch der Protokollbemerkung.

Da kein Ablehnungsantrag aus dem Rat erfolgt, sind der Auftrag und die Protokollbemerkung überwiesen.

Seite 49 6.3.4 Projektorganisation

Sozialkommissionsvizepräsidentin Maria Pilotto: Die Sozialkommission hat folgende **Protokollbemerkung** mit 4 : 1 : 2 Stimmen bei zwei Abwesenheiten überwiesen:

In der Resonanzgruppe nehmen auch der SBK und Gewerkschaften, unter anderem der VPOD, Einsitz.

Der Stadtrat opponiert der Protokollbemerkung.

Jörg Krähenbühl stellt namens der SVP-Fraktion einen **Ablehnungsantrag**.

Marco Baumann: Auch die FDP-Fraktion lehnt die Protokollbemerkung aus den in der vorherigen Diskussion genannten Gründen ab und unterstützt den **Ablehnungsantrag**.

Ratspräsidentin Sonja Döbeli Stirnemann sieht, dass die Abstimmung über die **Protokollbemerkung** wie bereits bei drei vorangegangenen Protokollbemerkungen zu einem Gleichstand führt. Eine zweite Abstimmung zeigt das gleiche Ergebnis. **Der Grosse Stadtrat lehnt die Protokollbemerkung mit Stichentscheid der Ratspräsidentin ab.**

Seite 54 Beschluss des Grossen Stadtrates

- I. **Der Grosse Stadtrat nimmt vom Bericht «Alterswohnen integriert» zustimmend Kenntnis.**
- II. **Der Grosse Stadtrat bewilligt für die Konzeptphase des Projekts «Alterswohnen integriert» zulasten des Budgets 2021 einen Nachtragskredit von Fr. 35'000.–.**

Der Beschluss lautet:

Der Grosse Stadtrat von Luzern,

nach Kenntnisnahme vom Bericht und Antrag 21 vom 23. Juni 2021 betreffend

Projekt «Alterswohnen integriert»

- **Bericht zum Projektstart**
- **Nachtragskredit,**

gestützt auf den Bericht der Sozialkommission,

in Anwendung von § 14 Abs. 1 des Gesetzes über den Finanzhaushalt der Gemeinden vom 20. Juni 2016 sowie Art. 27 Abs. 2 und 3 und Art. 69 lit. a Ziff. 2 der Gemeindeordnung der Stadt Luzern vom 7. Februar 1999,

beschliesst:

- I. Vom Bericht «Alterswohnen integriert» wird zustimmend Kenntnis genommen.
- II. Für die Konzeptphase des Projekts «Alterswohnen integriert» wird zulasten des Budgets 2021 ein Nachtragskredit von Fr. 35'000.– bewilligt.

7 Bericht und Antrag 19/2021 vom 2. Juni 2021:

Neues Luzerner Theater

Neubau / Architekturwettbewerb

- Rahmenbedingungen
- Verfahren, Programm und Kosten
- Sonderkredit

EINTRETEN

Bildungskommissionspräsident Christov Rolla: Die Bildungskommission des Grossen Stadtrates behandelte und verabschiedete an ihrer Sitzung vom 26. August 2021 den B+A 19/2021:

«Neues Luzerner Theater. Neubau / Architekturwettbewerb». Die Kommission würdigte die umfangreichen und ihres Erachtens gründlichen und umsichtigen Abklärungen, die Arbeiten und Studien sowie den Einbezug der interessierten Öffentlichkeit im Vorfeld des Berichts.

Bei dieser Gelegenheit bekräftigte die Bildungskommission noch einmal ihre Unterstützung für den Entscheid der Projektierungsgesellschaft, am bisherigen Standort festzuhalten und anstelle einer Sanierung und Erweiterung einen Neubau anzustreben.

Ausführlich diskutierte die Kommission über das dem Wettbewerb zugrundeliegende Raumprogramm. Dieses basiert auf dem neuen Betriebskonzept, wurde aber bis zur Erstellung des B+A um rund 15 Prozent reduziert, um einer Forderung der eidgenössischen Kommission für Denkmalpflege und der eidgenössischen Natur- und Heimatschutzkommission nachzukommen. In diesem Zusammenhang versicherte sich die Bildungskommission insbesondere darüber, dass ein zeitgemässer Theaterbetrieb mit einer modernen Infrastruktur und genügend Raumvolumen im Bühnenbereich trotz der Reduktion des Raumprogramms garantiert werden kann.

Das Wettbewerbsverfahren, das vom Büro für Bauökonomie Luzern ausgearbeitet wurde, überzeugt die Bildungskommission. Sie begrüsst insbesondere die Zweistufigkeit des Wettbewerbs und unterstützt den Vorschlag des Stadtrates, in einer zweiten Stufe eine öffentliche Jurierung durchzuführen. Mit besonderer Zufriedenheit schliesslich nimmt die Bildungskommission zur Kenntnis, dass die angestrebte Öffnung des neuen Theaterhauses für die Bevölkerung auch im Wettbewerbsprogramm einen hohen Stellenwert haben soll.

Damit beantragt die Bildungskommission dem Grossen Stadtrat, dem Sonderkredit für den Architekturwettbewerb zum Neubau des Luzerner Theaters zuzustimmen, das Postulat 357: «Luzerner Theater: Diskussion über Inhalt und Strategie vor der Diskussion über Standort und Gebäude» hingegen noch nicht abzuschreiben.

Barbara Irniger ist ein eher seltener Gast im Luzerner Theater. Trotzdem: Sie und ihre Kolleginnen und Kollegen der G/JG-Fraktion sind der Meinung, dass das Luzerner Theater mit seiner Ausstrahlungskraft ein ganz wichtiger Teil der Kulturszene der Stadt Luzern ist.

Im B+A sind Ziele für das Luzerner Theater formuliert, welche die Fraktion sehr begrüsst:

- Mit dem neuen Raumkonzept soll es bessere Arbeitsbedingungen für die Menschen auf und hinter der Bühne geben.
- Eine Öffnung gegen aussen (Foyer, Restaurant, evtl. Dachterrasse) wird angestrebt.
- Auch die Argumente für den Neubau sind nachvollziehbar.

Die G/JG-Fraktion hat aber auch einige kritische Anregungen. Eine davon betrifft die Öffnung gegenüber verschiedenen Gruppen. Hier ist wichtig, dass – wenn die Bedingungen ausformuliert werden – dafür gesorgt wird, dass die Nutzung des Theaters auch für andere Gruppen möglich und finanzierbar ist, sodass die Öffnung tatsächlich geschieht.

Ein zweiter von der G/JG-Fraktion kritisch gesehener Punkt ist die Tatsache, dass – wie auch im B+A beschrieben – die Wahrscheinlichkeit von Einsparungen bzw. Opposition gegenüber einem Neubau aus z. B. Gründen des Ortsbildschutzes und der prägenden Nordfassade des Gebäudes gross ist. Was passiert, wenn der angestrebte Neubau aufgrund dieser Opposition nicht mehr möglich ist? Stehen dann genügend Räume zur Verfügung, sodass dies aufgefangen werden könnte, oder kann ein Neubau scheitern? Der Einbezug des Buobenmatt-Areals in die Wettbewerbsvorgaben scheint im Moment nicht möglich. Diese Frage ist noch nicht geklärt. Die G/JG-Fraktion findet es wichtig, sich etwas mehr Zeit zu nehmen, um nachzudoppeln. Sie wird deshalb zu diesem Punkt in der Detailbehandlung eine Protokollbemerkung zur Abstimmung bringen.

Die G/JG-Fraktion tritt auf den B+A ein und stimmt dem Sonderkredit zu. Das Postulat 357 will sie noch nicht abschreiben.

Adrian Albisser: Mit dem vorliegenden B+A wird der Weg zum Architekturwettbewerb für das Luzerner Theater eingeschlagen. Die Stadt ist nicht ganz alleine, sie wird unterstützt von der Arthur Waser Stiftung, die dafür 1 Mio. Franken zur Verfügung stellt. Das Parlament schafft die Grundlage für eine bauliche Idee, für eine Vision. Eine solche Vision ist nötig, um der Bevölkerung aufzuzeigen, welches Gebäude künftig am Theaterstandort stehen wird und was das Theater dereinst symbolisieren könnte.

Das geforderte Raumvolumen für das Luzerner Theater wurde in der Machbarkeitsstudie ausgewiesen. Die Anforderungen an den Architekturwettbewerb sind gewaltig. Es gibt drei teilweise modulare Aufführungsräume, die Gastronomie, Technik und Backstage-Bereiche. Auch die SP-Fraktion ist sehr gespannt, wie sich dies auf dem vorhandenen Perimeter geschickt ineinander verfrachten lässt. Der im B+A skizzierte Ablauf erscheint ihr sehr sinnvoll. Es soll ein zweistufiges, anonymes Projektwettbewerbsverfahren geben. Dadurch werden die Grundlagen für Projektideen geschaffen, die in der zweiten Stufe ausgearbeitet und auf die Gegebenheiten angepasst werden können.

Für ein erfolgreiches Projekt sind für die SP-Fraktion zwei Faktoren sehr entscheidend:

- Die betrieblichen Abläufe müssen deutlich zeitgemässer und effizienter werden, um ein modernes Theaterschaffen zu ermöglichen.
- Genauso wichtig ist die vom Luzerner Theater im Betriebskonzept vorgesehene Öffnungsstrategie. Sie ist einerseits inhaltlich intendantisch zu verstehen, aber auch hinsichtlich der Art und Weise, welches Publikum angesprochen werden soll. Dieser Punkt ist für die SP-Fraktion sehr wichtig: Wenn es das Luzerner Theater nicht schafft, mit dem Neubau diese Öffnung zu symbolisieren, sind wichtige Ziele verfehlt. Plakativ ausgedrückt: Ein Protzbau für eine bourgeoise Elite ist im 21. Jahrhundert nicht mehr zeitgemäss und verfügt über keine Strahlkraft. Das braucht Luzern nicht.

Was immer klar sein muss: Luzern geht ein Stück weit in Opposition zu den Kommissionen in Bern. Die eidgenössische Kommission für Denkmalpflege und die eidgenössische Natur- und Heimatschutzkommission taten ihre Meinungen, was den Neubau betrifft, kund. Dieser Risikofaktor

führt möglicherweise später im Prozess zu einem Notstopp. Das darf nicht ganz ausser Acht gelassen werden.

Fingerspitzengefühl in der Kommunikation ist gefragt. Das Luzerner Theater selbst ist auf Rückhalt und auf Goodwill in der Bevölkerung angewiesen. Auch dort braucht es Fingerspitzengefühl, damit die Idee des Luzerner Theaters gut und salonfähig vertreten werden kann. Der Kantonsrat gleiste vor einer Woche den Verteilschlüssel des Zweckverbandes Grosse Kulturbetriebe neu auf. Diese Grundlage ist inzwischen gegeben. Nichtsdestotrotz braucht es inhaltlich auch hier weitere Imagearbeit, damit das Theater mit einer guten Idee vorangetrieben werden kann.

Die SP-Fraktion ist froh, wenn es mit dem Projekt vorwärtsgeht, damit wichtige Schritte für einen starken Kulturplatz und ein zukunftsfähiges Theater gemacht werden.

Sie wird deshalb auf den B+A eintreten und den Sonderkredit von 2,45 Mio. Franken gutheissen. Das Postulat der FDP-Fraktion will sie noch nicht abschreiben, weil dort inhaltliche Diskussionen nötig sind, die erst später geführt werden können.

Lisa Zanolla: Die SVP-Fraktion dankt dem Stadtrat für den B+A 19/2021: «Neues Luzerner Theater. Neubau / Architekturwettbewerb». Sie entnimmt dem Bericht und Antrag, dass Luzern eine lange Theatergeschichte hat. Das Luzerner Theater ist das älteste Schauspielhaus der Schweiz, und die Passionsspiele reichen weit zurück.

Die Projektierungsgesellschaft Neues Luzerner Theater erreicht ein wichtiges Etappenziel: Basierend auf der Testplanung, der Vorarbeit der Projektierungsgesellschaft und dem Betriebskonzept der Stiftung Luzerner Theater schlägt der Stadtrat dem städtischen Parlament den Bau des Neuen Luzerner Theaters am Theaterplatz Luzern in einem zweistufigen Architekturwettbewerb vor und beantragt einen Sonderkredit von 2,4 Mio. Franken, wobei davon 1 Mio. Franken von der Arthur Waser Stiftung übernommen werden.

Das Ziel aller Parteien in der Projektierungsgesellschaft ist es, ein attraktives neues Theater zu realisieren, das einerseits den Bedürfnissen der Bevölkerung entspricht und andererseits einen modernen, künstlerisch anspruchsvollen Theaterbetrieb mit Fokus auf Musiktheater zulässt.

Es ist auch das Ziel des Stadtrates, im Rahmen des Projektierungswettbewerbs insbesondere die Frage vom Abstand zur Reuss und zur Jesuitenkirche offen anzugehen und aufgrund der eingehenden Projekte festlegen zu können, welche Vorschläge im Einzelnen überzeugen.

Der Start für den Wettbewerb ist für das vierte Quartal 2021 geplant. Der Stadtrat rechnet damit, dass Ende 2022 ein Siegerprojekt gekürt wird und voraussichtlich im Januar 2023 präsentiert werden kann.

Dennoch möchte die SVP-Fraktion ein paar kritische Punkte erwähnen:

Wenn man glaubt, dass die Generation X und jüngere Menschen im Theater Wagner hören wollen, muss man mit Nachdruck dafür zu sorgen, dass das Haus mit einem Konzept offen für alle gemacht wird.

Des Weiteren glaubt die Sprechende, dass das Theater nie wirtschaftlich betrieben werden kann. Insofern ist sie auf die weiteren Entwicklungen und Ergebnisse gespannt. Es gilt dranzubleiben, kritisch hinzublicken und das Gespräch mit Menschen zu suchen, die sich aus den genannten Gründen kritisch mit dem Theater Luzern auseinandersetzen.

Zu sagen ist auch, dass der Anstieg an Publikum sicher wünschenswert ist. Doch das neue Theater wird zum einen kein KKL und zum anderen hat Luzern bereits ein KKL. Bei einer Selbstfinanzierung des Luzerner Theaters – laut Geschäftsbericht 2019/2020 – von 16,03 Prozent ist davon auszugehen, dass es mit dem neuen Betrieb enorme Mehrkosten geben wird. Scheint die Ausgangslage auf den ersten Blick alle zufrieden zu stellen, können die Folgen des Gesamtkonzepts im Moment nur erahnt werden. Die hohen Investitionen beim Luzerner Theater werden deutlich höhere Betriebskosten nach sich ziehen. Diesen Kostensprung muss man berücksichtigen. Dieser Entscheidung hat Konsequenzen.

Die SVP-Fraktion erwartet einen sauberen Planungsprozess, solide Zahlen und plausible Konzepte, sodass man nachhaltig entscheiden kann. Lange wurde das Erstellen eines Betriebskonzepts für das Luzerner Theater versäumt. Man kümmerte sich nur um die Hülle, aber nicht um die Inhalte.

Die SVP-Fraktion steht zwar zur Weiterentwicklung des Theaters, denn das ist wundervoll. Aber es wird in naher Zukunft ein sehr harscher Wind durch die Klassikkultur fegen, und viele Fragen betreffend Weiterentwicklung des Gebäudes sind noch offen.

Auch hinsichtlich Kommissionen des Bundes sind noch viele Fragen offen. Dies ist ein Ungemach für die Luzerner Theaterpläne. Die eidgenössischen Kommissionen lassen bis jetzt keinen Spielraum für architektonische Flexibilität. Die beiden Kommissionen stufen das 180-jährige Theater als höchst schützenswert ein. Hier ist zwar das letzte Wort noch nicht gesprochen. Wenn aber das Gutachten der eidgenössischen Kommissionen als hoch und heilig gilt, hiesse dies «no touch» und kein Weiterkommen.

Doch der Luzerner Stadtrat will das neue Gebäude am heutigen Standort und entgegen den Empfehlungen aus Bern bauen. Man kann mit guten Gründen für oder gegen dieses Vorgehen sein. Sicher ist, dass es das Risiko einer langjährigen gerichtlichen Auseinandersetzung beinhaltet, was den Bezug des neuen Hauses massiv verzögern würde. Das bestehende Haus ist aber gemäss Aussagen des Theaters so baufällig, dass es ab 2025 zwingend renoviert werden muss. Grundsätzlich steht die SVP-Fraktion für ein neues Luzerner Theater ein, aber nicht um jeden Preis. Da das Parlament aber im vorliegenden B+A «nur» über die Weiterverfolgung befindet und den Sonderkredit von 2,45 Mio. Franken für einen Projektwettbewerb beschliesst, wird ihm die SVP-Fraktion zustimmen.

In diesem Sinne tritt die SVP-Fraktion auf den B+A ein und stimmt dem Antrag für den Sonderkredit zur Durchführung eines Projektwettbewerbs zu. Die Abschreibung des Postulats 357 lehnt sie vorerst ab.

Mike Hauser: Die FDP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Arbeit rund um den B+A 19/2021. Die grosse Mehrheit der Fraktion begrüsst den Weg des Stadtrates. Der Wettbewerb bzw. die Diskussion um den Denkmal- und Ortsbildschutz hat eine weit grössere Wirkung auf die Stadt Luzern als nur auf dieses spezifische Projekt. Die FDP-Fraktion ist überzeugt, dass es nicht sein kann, dass eine eidgenössische, beratende Kommission in Bern über die Weiterentwicklung einer Stadt wie Luzern abschliessend urteilen kann. Deswegen begrüsst sie den Weg des zweistufigen Wettbewerbs.

Zudem begrüsst sie das Engagement der Arthur Waser Stiftung sehr, welche das Projekt zu einem vorbildlichen PPP-Projekt macht. Auch die unzähligen Stunden, welche die Verantwortlichen des

Luzerner Theaters in dieses sehr wichtige Projekt investierten, möchte der Sprechende an dieser Stelle herzlich verdanken. Die FDP-Fraktion ist zudem sicher, dass, wenn ein überzeugendes Projekt auf dem Tisch liegt, auch eine stärkere Euphorie entfacht werden kann. Sie begrüsst die Öffnung des Hauses und ist überzeugt, dass sie ein wesentlicher Faktor für den zukünftigen Erfolg des Hauses sein wird.

Der Sprechende merkt auch ein paar kritische Punkte an:

Wir alle wissen, dass das Projekt in der Stadt vermutlich wesentlich unbestrittener ist als im Rest des Kantons. Es wird also zwingend sein, die Zeit des Wettbewerbs für die Intensivierung der Überzeugungsarbeit zu nutzen. Es gilt Fragen, welche in den verschiedenen Parlamenten gestellt werden oder wurden, zu beantworten. Genauso gilt es, die Bevölkerung noch mehr hinter dem Projekt zu vereinen, sodass letztlich alle zum neuen Luzerner Theater stehen können. Das wird ein langer und teilweise auch beschwerlicher Weg werden. Es stehen berechnete Fragen zum Betriebskonzept im Raum, welche es detailliert zu beantworten gilt. Daher will die FDP-Fraktion das Postulat 357 nicht, wie im B+A vorgesehen, bereits jetzt abschreiben. Die gestellten Fragen wurden zwar grossmehrheitlich beantwortet, allerdings fehlt teilweise die Herleitung bzw. die definitive Finanzierung einzelner Positionen, namentlich in den Annahmen der zukünftig erwirtschafteten Zahlen und Betriebskosten bzw. Abschreibungen und Gebäudekosten.

Nichtsdestotrotz soll das die Begeisterung für das neue Luzerner Theater und den Wettbewerb nicht schmälern. Die FDP-Fraktion weist aber ausdrücklich noch einmal darauf hin, dass noch viel Überzeugungsarbeit nötig ist. Es wäre sehr schade, ein grossartiges Wettbewerbsprojekt vorliegen zu haben, welches aufgrund unbeantworteter Fragen oder Skepsis keine Mehrheiten fände. Nutzen wir also die Zeit während der Wettbewerbserarbeitung, um mit der Überzeugungsarbeit konsequent zu beginnen und sie fortzuführen.

Die FDP-Fraktion tritt auf den B+A ein und stimmt ihm grossmehrheitlich zu, bittet aber, auf die Abschreibung des dringlichen Postulats 357 vorerst zu verzichten. Die Protokollbemerkung der G/JG-Fraktion wird die FDP-Fraktion ablehnen. Zu den Details kommt der Sprechende in der folgenden Beratung.

Christina Lütolf-Aecherli: Der Stadtrat beantragt für die Weiterverfolgung des Projekts «Neues Luzerner Theater» und für die Durchführung des Projektwettbewerbs einen Sonderkredit von 2,45 Mio. Franken, wovon 1 Mio. vom Luzerner Mäzen Arthur Waser gespendet wird.

Die Projektierungsgesellschaft für das neue Luzerner Theater erarbeitete und formulierte während der letzten eineinhalb Jahre basierend auf den Vorarbeiten wie Testplanung, Machbarkeitsstudie, Betriebskonzept usw. ein Konzept als Vorgabe für den Architekturwettbewerb.

Das neue Theater versteht sich als breit ausgerichteter öffentlicher Raum, der vielfältigen Publikumskreisen offensteht und wo Kunst und Kultur auf hohem Niveau, aber auch Unterhaltung und gesellschaftliche Anlässe sollen stattfinden können. Die Offenheit soll in einer grosszügigen Publikumszone widerspiegelt werden. Es soll sowohl für Besucherinnen und Besucher als auch für Passantinnen und Passanten ein passendes gastronomisches Angebot geben. Die Spielstätte soll für das Luzerner Theater ein neues Daheim sein und für die Partner aus der freien Szene, für das Symphonieorchester und das Lucerne Festival zu einem Ort der Begegnung, des Miteinanders und des künstlerischen Austauschs werden. So soll es drei Veranstaltungsräume geben, die parallel bespielt werden können. Natürlich und ganz wichtig soll das neue Theater über eine zeitgemässe

Infrastruktur verfügen. Der Standort am Theaterplatz wurde vielfach kontrovers diskutiert und zum Schluss für gut und richtig befunden.

Dem Parlament ist bewusst, dass ein solches Bauvorhaben weitreichende Auswirkungen auf unterschiedlichste Bereiche des städtischen Lebens haben wird, sei es in ökonomischer, ökologischer, sozialer, städtebaulicher oder kulturpolitischer Hinsicht. Luzern steht erst am Anfang vieler Diskussionen, Abwägungen und Entscheidungen der nächsten Jahre. In diese Diskussionen gehört auch die Frage, wie andere Institutionen – gerade auch die freie Szene – während der kommenden Jahre gefördert werden sollen.

Die GLP-Fraktion ist deshalb gespannt auf die kommende Kulturstrategie und auf die Weiterentwicklung des Luzerner Kulturkompromisses.

Um es vorweg zu nehmen: Die GLP-Fraktion sagt Ja zum Vorhaben, das Luzerner Theater neu zu denken. Sie sagt Ja zu einem Neubau, das den Anforderungen der heutigen Kulturschaffenden gerecht wird. Sie sagt Ja zu einer Architektur, die sich zur Stadt hin öffnet und die Stadtbevölkerung dazu einlädt, durch ihre pure Anwesenheit neugierig zu werden – neugierig auf die Kreativität, die sich in solchen Kulturstätten entfalten kann, und neugierig zu erfahren, was drinnen passiert. Die GLP-Fraktion sagt Ja zu einem Theater, das nicht nur für die Luzerner Stadtbevölkerung da ist, sondern das die Regionen um Luzern als Brückenbauer mit Luzern vereint und auch eine nationale, wenn nicht sogar internationale Ausstrahlung hat. Die GLP-Fraktion sagt auch Ja zu einer Chance, mit diesem Bauvorhaben der Stadtentwicklung neue Impulse zu geben, und Luzern als Ort zu positionieren, an dem Kreativität als treibende Kraft und die daraus resultierende Innovationslust nicht nur als Leitsätze geschrieben stehen, sondern wirklich gelebt werden. Die GLP-Fraktion sagt somit Ja zu einer Stadt von morgen, in der heutige und nachfolgende Generationen und ihre Kinder glücklich und stolz darauf sind, Teil von ihr zu sein und sie stetig weiterzuentwickeln. Nur Bewährtes zu bewahren, hat sich noch nie wirklich bewährt.

Wer, wenn nicht wir? Wo, wenn nicht hier? Wann, wenn nicht jetzt? Die GLP-Fraktion tritt auf den vorliegenden B+A ein und unterstützt die Weiterverfolgung des Projekts «Neues Luzerner Theater» sowie die Durchführung des Projektwettbewerbs.

Michael Zeier-Rast: Glockenton eines Bahnhofs, bevor der Vorhang aufgeht. Dann die Inschrift: Güllen. Offenbar der Name der kleinen Stadt, die im Hintergrund angedeutet ist, ruiniert, zerfallen. Auch das Bahnhofsgebäude verwahrlost, je nach Land mit oder ohne Absperrung, ein halbzerstörter Fahrplan an der Mauer, ein verrostetes Stellwerk, eine Türe mit der Aufschrift: Eintritt verboten. Dann, in der Mitte, die erbärmliche Bahnhofstrasse. Auch sie nur angedeutet.

Alles in eine heisse Herbstsonne getaucht. Vor dem Häuschen eine Bank, auf ihr vier Männer. Ein fünfter, aufs Unbeschreiblichste verwahrlost, wie die anderen, beschreibt ein Transparent mit roter Farbe, offenbar für einen Umzug: Willkommen Kläri. Das donnernde, stampfende Geräusch eines vorbeirasenden Schnellzuges. Vor dem Bahnhof der Bahnhofsvorstand salutierend. Die Männer auf der Bank deuten mit einer Kopfbewegung von links nach rechts an, dass sie den vorbeirasenden Express verfolgen.

DER ERSTE Die «Gudrun», Hamburg–Neapel.

DER ZWEITE Um elfuhrsiebenundzwanzig kommt der «Rasende Roland», Venedig–Stockholm.

DER DRITTE Das einzige Vergnügen, das wir noch haben: Zügen nachschauen.

DER VIERTE Vor fünf Jahren hielten die «Gudrun» und der «Rasende Roland» in Güllen. Dazu noch der «Diplomat» und die «Lorelei», alles Expresszüge von Bedeutung.

DER ERSTE Von Weltbedeutung.

Glockenton.

DER ZWEITE Nun halten nicht einmal die Personenzüge.

DER DRITTE Ruiniert.

DER VIERTE Die Wagnerwerke zusammengekracht.

DER ERSTE Bockmann bankrott.

DER ZWEITE Die Platz-an-der-Sonne-Hütte eingegangen.

DER DRITTE Leben von der Arbeitslosenunterstützung.

DER VIERTE Von der Suppenanstalt.

DER ERSTE Leben?

DER ZWEITE Vegetieren.

DER DRITTE Krepieren.

DER VIERTE Das ganze Städtchen.

Zuggeräusch, der Bahnhofsvorstand salutiert. Die Männer verfolgen den Zug mit einer Kopfbewegung von rechts nach links.

DER VIERTE Der «Diplomat».

DER DRITTE Dabei waren wir eine Kulturstadt.

So beginnt «Der Besuch der alten Dame» von Dürrenmatt. Niemand im Grossen Stadtrat hat grosse Lust, ein Theaterstück bloss zu lesen. Wir warten auf den Moment, in dem der Vorhang wirklich aufgeht und wir auf der Bühne das sehen, was ein Autor sich ausdachte und was mit der Unterstützung der Theaterschaffenden spielend in eine dritte Dimension gebracht wird. An diesem Punkt steht Luzern heute mit der Idee, dass nun endlich ein Projektwettbewerb gemacht wird. Wer kann sich schon ein Theater vorstellen aufgrund von Textpassagen, wie sie in einem B+A stehen. Was wir wollen: Wir wollen es sehen! Das ist der Schritt, den die Stadt Luzern mit dem Projektwettbewerb nun tut.

Wo stehen wir? Alle, die je ein Theater entwickelt haben, wissen: Wir stehen hier mit den besten Voraussetzungen, erfolgreich zu sein oder zu scheitern. Jeder, der schon Theater machte, weiss: Eine Theaterproduktion ist eine unendliche Herausforderung, die eben beides sein kann – erfolgreich oder gescheitert. Die Voraussetzungen in Luzern sind grundsätzlich gut. Politisch begab sich Luzern auf einen guten Weg: sukzessive, schweizerisch demokratisch, Schritt für Schritt ausgemehrt, begleitet von der Bildungskommission, die sich in der Regel total einig ist. Der Ort wurde ausgemehrt: Der Theaterplatz wurde als der richtige Ort definiert. Er hat ein gewisses Potenzial, in welche Richtung auch immer. Die Bildungskommission entschied auch, was im Innern des Theaters wichtig ist – das Musiktheater soll die Richtung vorgeben, doch nicht nur. Es soll ein Mehrspartenhaus sein, und vor allem soll es ein produzierendes Theater sein. Denn nur ein produzierendes Theater ist ein lebendiges Theater. Nur ein produzierendes Theater vermag das zu erreichen, was ein Theater erreichen soll: regional, kantonal, national und vielleicht sogar international ausstrahlen. Ein reines Veranstaltungshaus wird dies nie können.

Das Musiktheater muss im Zusammenhang mit dem Luzerner Symphonieorchester (LSO) gesehen werden. Alle erlebten die wunderbare Präsidialfeyer von Sonja Döbeli Stirnemann in der Hausermatte und hörten die Worte des LSO-Intendanten: «Luzern ist eine Musikstadt.» Das LSO muss sich weiterentwickeln können. Das LSO ist das Orchester für das Theater – das Theater ist auf das LSO angewiesen und umgekehrt.

Weiter durfte die Bildungskommission ein Betriebs- bzw. ein Ideenkonzept eines offenen Hauses, eines völlig neu gedachten Theaters wahrnehmen. Die Herausforderung, tatsächlich ein offenes Haus zu werden, wird für das Theater gigantisch sein. Dazu braucht es die entsprechende Architektur. Das Parlament in Sursee unterstützt den Luzerner Weg mehrheitlich und sprach Luzern sein Vertrauen aus. Mit der Arthur Waser Stiftung hat Luzern die wunderbare Ausgangslage einer finanziellen Unterstützung. Es wird noch viel mehr Menschen brauchen, die das Theater ermöglichen.

Die Voraussetzungen sind wunderbar. Nun ist es an der Zeit, den Wettbewerb im angedachten zweistufigen Verfahren durchzuführen, damit die Menschen in der Stadt, in der Agglomeration, im Kanton Luzern und in der Schweiz sehen, was – wenn die Wettbewerbsergebnisse gut sind, woran der Sprechende keinen Moment zweifelt – geschaffen werden kann.

Wenn das Haus dereinst steht, kommt ein weiterer entscheidender Punkt hinzu: Theater ist nicht Hülle. Theater sind Menschen auf der Bühne, die mit ihrem Wort und ihrer Präsenz faszinieren und das Publikum in eine andere Welt mitnehmen. Wenn Luzern gemeinsam mit allen Partnerinnen und Partnern ein neues Theater hinstellt, werden die Verantwortlichen aus dem Schatten und mit Enthusiasmus auf die Bühne treten und sich für das Theater öffentlich und engagiert einsetzen. Menschen allein können Menschen bewegen.

Die CVP-Fraktion tritt auf den B+A ein, stimmt dem Kredit zu, ist selbstverständlich gegen die Abschreibung des Postulats 357 und freut sich auf das Kommende.

Silvio Bonzanigo kann mit dem bühnenreifen Auftritt von Vorredner Michael Zeier-Rast nach eigenen Angaben nicht mithalten. Er ist sehr erfreut über die Qualität des B+A. Sie entspricht dem hohen Anspruch, den das Projekt nach sich zieht. Es ist ein Anspruch, der nur vielfältig eingelöst werden kann. Es ist verdienstvoll, dem Parlament die Interface-Studie vorzulegen. Das Parlament wurde gut dokumentiert, sodass es in dieser Sache qualitativ hochwertige Entscheide fällen kann. Der Sprechende freut sich, dass der Stadtrat sich nach – nachvollziehbarer – Bedenkzeit gegen die Gutachten der beiden eidgenössischen Kommissionen richtete. Dafür sprechen viele inhaltliche Gründe. Die Studie von Ueli Habegger, die einzelnen Ratsmitgliedern bekannt sein dürfte, listet sie auf. Es handelt sich um Mängel in der historischen Aufarbeitung, die von den beiden Kommissionen begangen wurden. Es gibt nachweisliche Fehleinschätzungen, was nicht überrascht, weil ein Grossteil der Kommissionsmitglieder keinen Bezug zur Innerschweiz und insbesondere keinen Bezug zur Stadt Luzern hat und somit nicht versteht, wie es ist, in einem Raum zu leben, in dem das einzige professionelle Theater auf dem Platz steht. In den Kommissionen sind hauptsächlich Personen aus der Grossagglomeration Bern und aus dem Bieler Seeland zu finden, weshalb auch immer. Das Urteil der Kommissionen war relativ schroff. Der B+A verschont sie nicht mit Kritik, wofür der Sprechende viel Verständnis aufbringt. Im B+A wird ausgeführt, dass die Kommissionen offenlassen, was sie sich tatsächlich für das Luzerner Theater wünschen.

Der Sprechende geht auf zwei Punkte ein:

- Ausweitung auf einen Ganzjahresbetrieb: Im Sommer gibt es ebenfalls Theaterbetrieb, obwohl es eine flauere Zeit ist, was die kommerzielle Nutzung des Gebäudes angeht. Eine wirtschaftliche Nutzung des Hauses wird in Erwägung gezogen, was der Sprechende befürwortet. Er würde sogar weiter gehen und dies nicht nur in Erwägung ziehen, sondern als Auftrag mitgeben, dass aus einer kommerziellen, z. B. Kongress- oder Tagungsnutzung etwas an die Betriebskosten geleistet wird. Wobei diese Nutzung während der Sommerflaute auch nicht allzu aktiv sein wird. Diesbezüglich möchte der Sprechende genauer wissen, wie Zusatzeinnahmen generiert werden sollen.
- Der Sprechende wünscht sich, keine falschen Ansprüche an das Projekt zu hegen. Es ist deutlich ausgeführt, dass es sich um ein professionelles Theater handelt, nicht in erster Linie um ein offenes Haus auf allen Stufen, Ebenen und Qualitätsniveaus. Es sollte nicht die Anspruchshaltung entwickelt werden, dass jedes Theaterangebot im Kanton es verdient, auf dieser Bühne gezeigt zu werden. Es gibt andere Möglichkeiten: Es gibt den Südpol, den Sedel, das Treibhaus, die Schüür. Das neue Theater ist in diesem Sinne kein gleichwertiges Haus. Das bittet der Sprechende zu akzeptieren. Es ist viel Geld im Spiel, und eine professionelle Truppe wird professionell geführt. Ein gewisses Standing ist nicht zu erreichen, wenn der Spielplan aus einer kunterbunten Palette besteht.

Der Sprechende wünscht dem Projekt alles Gute. Die bisherige Qualität des Prozesses soll stilbildend sein für die nächste und die übernächste Etappe.

Stadtpräsident Beat Züsli bedankt sich im Namen aller Beteiligten herzlich für die breite Unterstützung für das Projekt während der letzten eineinhalb Jahre. Er spürt eine regelrechte Begeisterung, was dem Stadtrat für die weiteren Arbeiten hilft. Die breite Abstützung ist eine Bestätigung für die Kultur- und Musikstadt Luzern.

Luzern steht an einem wichtigen Punkt. Das Parlament kann heute einen Entscheid fällen für einen Meilenstein im Sinne der Konkretisierung. Bisher gab es Testplanungen und Machbarkeitsstudien, was alles noch sehr abstrakt war. Nun geht es daran, ein konkretes Projekt auszuarbeiten. Dieses soll zeigen, wie mit der heiklen Situation bezüglich Ortsbildschutz gut umzugehen ist. Der Sprechende ist überzeugt, dass es Neubaulösungen gibt, die diesen Aspekt aufnehmen.

Der Stadtrat will aus der vermutlich grossen Anzahl an Projekten eines auswählen können, welches das Betriebskonzept optimal, kreativ und vielleicht überraschend umsetzt und das entsprechende Raumprogramm aufnimmt. Es wird zum ersten Mal Angaben zu den Kosten geben – es ist vorgesehen, in der zweiten Stufe des Verfahrens bei den zehn bis zwölf ausgewählten Projekten erste Grobkostenabklärungen zu machen. Die Kosten sollen einerseits als Beurteilungskriterien gelten und andererseits Anhaltspunkte liefern.

Der Sprechende informiert, dass in der Zwischenzeit das Preisgericht zum ersten Mal tagte. Es beriet vor allem Fragen des Verfahrens, doch es diskutierte auch die Thematik, ob man an die Jesuitenkirche soll anbauen dürfen oder ob Abstandsvorschriften gelten. Im B+A wie auch im Wettbewerbsbericht steht, dass der Stadtrat dies offenlassen möchte.

Im B+A wird aufgeführt, dass eine öffentliche Jurierung geprüft werden soll. Die Diskussion im Preisgericht zeigte aber, dass die Erfahrungen in anderen Städten und anderen Wettbewerben hinsichtlich öffentliche Jurierung negativ waren. Es geht vor allem um die Thematik der Anonymität. Die Gewährleistung der Anonymität während des gesamten Verfahrens, bis ganz zuletzt, ist ein

zentrales Anliegen. Das Preisgericht hielt deshalb fest, dass es von einer öffentlichen Jurierung Abstand nehmen will. Der Stadtrat nimmt das damit verbundene Anliegen – das Vermitteln, wie ein Entscheid zustande kommt – aber selbstverständlich in die Kommunikation auf und schafft entsprechende Angebote. Dies jedoch nicht im Rahmen der Jurierung, sondern nachdem die Entscheidung gefallen sein wird.

Der Sprechende nimmt zu einigen Themen Stellung, die im Rahmen der Eintretensvoten angesprochen wurden:

- Die Kooperation bzw. die Öffnung gegenüber weiteren Interessierten ist ein zentrales Thema. Heute können aber aufgrund des Projektstandes keine klaren Aussagen darüber gemacht werden, welches die Bedingungen der Öffnung sein werden. Diese werden in jeder Stufe des Projektfortschrittes präzisiert werden.
- Das Risiko des Neubaus: Allen Beteiligten ist bewusst, dass die Stadt ein Risiko eingeht. Es gibt die Gutachten der beiden eidgenössischen Kommissionen. Der Stadtrat geht aber davon aus, dass mit der grossen Anzahl an Projekten des öffentlichen Wettbewerbs gute Lösungsvorschläge vorliegen werden und Überzeugungsarbeit geleistet werden kann. Doch es ist möglich, dass im weiteren Projektverlauf entsprechende Einsparungen eingeht, was zu Verzögerungen führen würde.
- Perimeter Buobenmatt: Darauf wird der Sprechende in der Detailberatung eingehen.
- Einbezug Öffentlichkeit: Im Zusammenhang mit der Erarbeitung des Betriebskonzepts versuchte man, möglichst breite Kreise miteinzubeziehen. Man muss aber sehen: Wegen der Coronapandemie waren die angebotenen öffentlichen Veranstaltungen – eine davon digital – nicht gut besucht. Es war nicht einfach, die Bevölkerung oder weitere Interessierte miteinzubeziehen. In den weiteren Phasen legt der Stadtrat darauf weiterhin ein besonderes Augenmerk. Ebenfalls wichtig ist die Überzeugungsarbeit auf kantonaler Ebene. In der jetzigen und auch in späteren Phasen kann und muss die Zeit dazu genutzt werden.

Der Sprechende bedankt sich noch einmal für die breite Unterstützung. Er freut sich sehr auf die weiteren Schritte und ist überzeugt, ein tolles Projekt für ein neues Luzerner Theater zu erhalten.

Ratspräsidentin Sonja Döbeli Stirnemann stellt fest, dass der Grosse Stadtrat auf den B+A 19/2021: «Neues Luzerner Theater» eingetreten ist.

DETAIL

Seite 34 9.4 Auslagerung von Nutzungen

Barbara Irniger stellt namens der G/JG-Fraktion folgende **Protokollbemerkung**:

Wir regen den Stadtrat an, den Wettbewerbsbeginn um 3 bis max. 6 Monate zu verschieben und im vierten Quartal 2021 in Zusammenarbeit mit der Projektierungsgesellschaft die Bedingungen für den Erwerb der gesamten Liegenschaft Buobenmatt erneut zu prüfen und den Planungserimeter für den Wettbewerb um dieses Grundstück sofern möglich zu erweitern.

Der G/JG-Fraktion geht es in dieser Protokollbemerkung nicht darum, dem Stadtrat Steine in den Weg zu legen. Die Fraktion unterstützt das Luzerner Theater. Sie ist aber nicht ganz sicher, wie vehement man sich bereits dafür einsetzte, die Liegenschaft Buobenmatt zu erwerben. Eine kleinere Verzögerung eines Baus, der Jahrzehnte stehen wird, kann sich allenfalls lohnen. Die G/JG-Fraktion wünscht sich Antworten auf diese Frage und bittet deshalb, der Protokollbemerkung zuzustimmen.

Bildungskommissionspräsident Christov Rolla: Die Protokollbemerkung wurde in der Kommission so nicht gestellt.

Mike Hauser: Wie im Eintretensvotum erwähnt, ist die FDP-Fraktion gegen diese Protokollbemerkung. Es ist aus ihrer Sicht der falsche Zeitpunkt, eine solche zu überweisen. Begründung: Der Stadtrat und die Projektierungsgesellschaft haben sich intensiv mit der Frage Buobenmatt auseinandergesetzt. Eine Verzögerung des Wettbewerbs bringt aus Sicht der FDP-Fraktion keine besseren Lösungen. Faktisch würde das ganze Projekt «Neues Luzerner Theater» bei einem Erwerb der Buobenmatt um mindestens 100 Prozent teurer und somit mehr als nur gefährdet.

Es ist durchaus vorstellbar, dass bis nach Fertigstellung des Theaters einzelne Räumlichkeiten der Buobenmatt zur Miete zur Verfügung stehen. Sollte dies in der Buobenmatt nicht gegeben sein, werden sich weitere Möglichkeiten eröffnen. Die FDP-Fraktion bittet daher, den Wettbewerb nicht unnötig zu verzögern. Dies auch vor dem Hintergrund, dass eine Miete von Nebenräumen durchaus Vorteile gegenüber dem Bauen bringen kann.

Die FDP-Fraktion lehnt die Protokollbemerkung ab.

Adrian Albisser: Es gibt nun doch noch eine leichte Störung in das Festspieltraktandum. Bis jetzt gab es nur wohlwollende und euphorische Voten zu hören. Der Sprechende schliesst sich seinem Vorredner Mike Hauser an: Den Planungssperimeter so zu vergrössern, würde das Projekt automatisch verteuern. Die SP-Fraktion ist überzeugt, dass es nicht möglich ist, innerhalb von drei bis vier Monaten zu entscheiden.

In der Kommission wurde eingehend über das Problem gesprochen. Wenn man jetzt mit der Eigentümerin, der Luzerner Pensionskasse, das Gespräch aufnimmt und das Interesse an der Liegenschaft Buobenmatt in fünf bis zehn Jahren kundtut, ist es für sie nicht einfach. Deswegen gab es bis jetzt keine konkrete Lösung. Doch es wurde in Aussicht gestellt, dass von der Buobenmatt durchaus Räume genutzt werden können. Auf dem jetzigen Perimeter des Luzerner Theaters, wie er in den Wettbewerb gegeben wird, sind alle wichtigen Bestandteile, die auf dem Platz wirklich gebraucht werden, enthalten. Dass es eng wird und es spannend sein wird, die Lösungsvorschläge zu sehen, ist sich die SP-Fraktion bewusst.

Doch jetzt den Perimeter quasi zu verdoppeln, würde nicht innerhalb von drei bis vier Monaten zu einer neuen Lösung führen, sondern das Projekt deutlich länger verzögern. Deshalb unterstützt die SP-Fraktion die Protokollbemerkung der G/JG-Fraktion nicht.

Jules Gut: Auch die GLP-Fraktion teilt die Meinung der Vorredner. Auf den ersten Blick scheint der Erwerb der Buobenmatt eine gute Idee zu sein. Der Sprechende schrieb vor mehreren Jahren sogar selbst einen Vorstoss mit derselben Forderung. Schon damals fanden Diskussionen mit den

damaligen G/JG-Vertretenden in der Baukommission statt und der Sprechende machte Abklärungen. Es ist aber tatsächlich so, dass dieses Unterfangen chancenlos ist.

Die GLP-Fraktion bittet, die Protokollbemerkung nicht zu unterstützen.

Stadtpräsident Beat Züsli legt nicht die Haltung des Stadtrates dar, weil die Protokollbemerkung in der Baukommission so nicht gestellt wurde. Der Stadtrat hat die Thematik aber im Zusammenhang mit der Antwort auf das Postulat 128 selbstverständlich diskutiert.

Grundsätzlich ist es ein interessanter Ansatz, den Perimeter nicht nur zur Jesuitenkirche, sondern auch nach hinten zu nutzen. Weil der Stadtrat dies schon vor über einem Jahr erkannte, traf er damals Abklärungen mit der Luzerner Pensionskasse (LUPK). Diese sind im B+A zugegebenermassen sehr knapp zusammengefasst. Der Sprechende führt aus: Er ging mit der LUPK auf verschiedenen Ebenen ins Gespräch und thematisierte einerseits das Mieten von Flächen, auf denen vor allem die administrativen Räumlichkeiten untergebracht werden könnten. Diesbezüglich kann die LUPK momentan keine Zusicherungen machen, was nachvollziehbar ist, weil es sie in ihrem Handlungsspielraum einschränken würde.

Der Stadtrat ist zuversichtlich, dass – ob in der Buobenmatt oder anderswo – in der Umgebung des Theaters Mietflächen zur Verfügung stehen werden. Die LUPK signalisierte, dass sie offen ist für einen Verkauf bzw. eher noch für einen Tausch mit anderen Objekten. Der Stadtrat und die Projektierungsgesellschaft prüften und diskutierten, ob eine entsprechende Offerte gemacht werden soll, kamen aber zum Schluss, dies nicht zu tun. Es gäbe eine massive zusätzliche finanzielle Belastung des Projekts, wenn die Buobenmatt gekauft und abgebrochen werden würde, um darauf das neue Theater zu errichten. Es würde zudem die Komplexität des gesamten Projekts zusätzlich erhöhen und zu einer grossen zeitlichen Verzögerung führen. Seit 2017 und somit bereits seit vier Jahren ist die Stadt mit der Planung des neuen Theaters unterwegs. Mit dem Kauf der Buobenmatt wären komplexe Verkaufs- oder Abtauschverhandlungen, städtebauliche Studien – denn es wäre der Teilabbruch einer Blockrandbebauung nötig, was in andere Dimensionen des Städtebaus führen würde – und eine erneute Testplanung vonnöten, um sich dem Wettbewerb danach wieder anzunähern. Es wäre somit mit einer zeitlichen Verzögerung von mehreren Jahren zu rechnen. Innerhalb von drei bis sechs Monaten können einzig weitere Gespräche geführt werden. Doch wenn keine Absicherung da ist, dass der Perimeter tatsächlich zur Verfügung steht – was mit Sicherheit nicht in dieser Zeit möglich ist –, ist es aus Sicht des Stadtrates nicht verantwortbar, auf dem theoretischen und unsicheren Perimeter einen Wettbewerb durchzuführen, in dem voraussichtlich 80 bis 100 Projekte erarbeitet werden.

Michael Zeier-Rast: Die Auswirkungen der Protokollbemerkung konnte der Grosse Stadtrat nur erahnen. Nun hörte er sie von Stadtpräsident Beat Züsli. Die Protokollbemerkung ist zwar ein Prüfungsauftrag, doch die Prüfung würde eine zu schlechte Note erhalten.

Die CVP-Fraktion unterstützt ein neues Theater, das gebaut werden kann, weshalb sie gegen die Protokollbemerkung ist.

Der Grosse Stadtrat lehnt die Protokollbemerkung der G/JG-Fraktion

Wir regen den Stadtrat an, den Wettbewerbsbeginn um 3 bis max. 6 Monate zu verschieben und im vierten Quartal 2021 in Zusammenarbeit mit der Projektierungsgesellschaft die Bedingungen für den Erwerb der gesamten Liegenschaft Buobenmatt erneut zu prüfen und den Planungsperimeter für den Wettbewerb um dieses Grundstück sofern möglich zu erweitern.

ab.

Seite 44 Beschluss des Grossen Stadtrates

- I. Der Stadtrat bewilligt für die Weiterverfolgung des Projekts «Neues Luzerner Theater» und für die Durchführung eines Projektwettbewerbs nach SIA 142 mit 45 : 0 : 1 Stimmen einen Sonderkredit von 2,45 Mio. Franken.**

- II. Das Postulat 357, Fabian Reinhard und Marco Baumann namens der FDP-Fraktion, Michael Zeier-Rast namens der CVP-Fraktion und Christian Hochstrasser namens der G/JG-Fraktion vom 28. November 2019: «Luzerner Theater: Diskussion über Inhalt und Strategie vor der Diskussion über Standort und Gebäude», wird entgegen dem Antrag des Stadtrates nicht als erledigt abgeschrieben.**

Der Beschluss lautet:

Der Grosse Stadtrat von Luzern,

nach Kenntnisnahme vom Bericht und Antrag 19 vom 2. Juni 2021 betreffend

Neues Luzerner Theater

Neubau, Architekturwettbewerb

- **Rahmenbedingungen**
- **Verfahren, Programm und Kosten**
- **Sonderkredit,**

gestützt auf den Bericht der Bildungskommission,

in Anwendung von § 34 Abs. 2 lit. a des Gesetzes über den Finanzhaushalt der Gemeinden vom 20. Juni 2016 sowie Art. 13 Abs. 1 Ziff. 2, Art. 29 Abs. 1 lit. b, Art. 68 lit. b Ziff. 2 und Art. 69 lit. b Ziff. 3 der Gemeindeordnung der Stadt Luzern vom 7. Februar 1999 sowie Art. 55i des Geschäftsreglements des Grossen Stadtrates vom 11. Mai 2000,

beschliesst:

- I. Für die Weiterverfolgung des Projekts «Neues Luzerner Theater» und für die Durchführung eines Projektwettbewerbs nach SIA 142 wird ein Sonderkredit von 2,45 Mio. Franken bewilligt.
- II. Das Postulat 357, Fabian Reinhard und Marco Baumann namens der FDP-Fraktion, Michael Zeier-Rast namens der CVP-Fraktion und Christian Hochstrasser namens der G/JG-Fraktion vom 28. November 2019: «Luzerner Theater: Diskussion über Inhalt und Strategie vor der Diskussion über Standort und Gebäude», wird nicht als erledigt abgeschrieben.
- III. Der Beschluss gemäss Ziffer I unterliegt dem fakultativen Referendum.

**8 Motion 66, Christov Rolla, Michael Zeier-Rast, Adrian Albisser, Tamara Celato, Mike Hauser, Marc Lustenberger, Jona Studhalter, Judith Wyrsh und Lisa Zanolla namens der Bildungskommission vom 18. Februar 2021:
Erarbeitung der Kulturstrategie breit abstützen**

Der Stadtrat nimmt die Motion entgegen.

Aus dem Grossen Stadtrat gibt es keine Wortmeldung.

Die Motion 66 ist somit überwiesen.

**9 Motion 52, Mike Hauser namens der FDP-Fraktion, Michael Zeier-Rast namens der CVP-Fraktion, Jörg Krähenbühl namens der SVP-Fraktion, Adrian Albisser namens der SP-Fraktion und Judith Wyrsh namens der GLP-Fraktion vom 5. Januar 2021:
Billettsteuer**

Der Stadtrat nimmt die Motion entgegen.

Aus dem Grossen Stadtrat gibt es keinen Ablehnungsantrag.

Mike Hauser beantragt Diskussion.

Der Grosse Stadtrat stimmt der Diskussion zu.

Mike Hauser dankt dem Stadtrat als einer der Initianten des Vorstosses für die Entgegennahme der Motion 52. Der simple Titel der Motion, nämlich Billettsteuer, täuscht ein wenig über die Komplexität des Themas hinweg. Mit der Entgegennahme der Motion unterstreicht der Stadtrat den Willen, auf die Forderungen der Motion einzugehen und die damit verbundenen Konsequenzen aufzuzeigen. Er zeigt aber auch die Bereitschaft, die Kultur- und Sportförderung zu hinterfragen und gegebenenfalls dem neuen Jahrtausend anzupassen. Die Motionärinnen und Motionäre begrüessen sehr, dass die sehr breit abgestützte Motion dazu beitrug, die schon viel diskutierte Billettsteuer analytisch zu hinterfragen. Wir alle sind sehr gespannt auf die «Kulturagenda 2030», in welcher die entsprechenden relevanten Antworten in Aussicht gestellt wurden.

Nach Ansicht von **Silvio Bonzanigo** müsste die Billettsteuer vielmehr als Billettgebühr bezeichnet werden. Denn jede Person, unabhängig von ihren Einkommensverhältnissen, zahlt auf Tickets genau dieselbe Taxe.

Wenn man die Billettsteuer abschaffen und stattdessen Steuermittel einsetzen würde, wären die Einkommensverhältnisse besser abgestuft. Jene Menschen, die viel Steuererträge generieren, würden Sport und Kultur damit stärker unterstützen. Menschen mit einem geringeren Steuervolumen würden weniger dazu beitragen. Dies wäre eine sozial gerechtere Finanzierung von Kultur und Sport, als wenn die Einnahmen über eine sogenannte Gebühr erfolgen.

Da aus dem Grossen Stadtrat kein Ablehnungsantrag erfolgt, ist die Motion somit überwiesen.

10 Motion 4, Jona Studhalter, Irina Studhalter und Martin Abele namens der G/JG-Fraktion vom 4. September 2020: Eröffnung der Legislatur durch jüngstes Ratsmitglied

Der Stadtrat nimmt die Motion entgegen.

Silvio Bonzanigo ging beim Lesen des Vorstosses Folgendes durch den Kopf: «Lieber betagt als umnachtet.» Der Vorstoss bringt ziemlich alles durcheinander, was zu diesem Thema anzuführen ist: das interimistische Präsidium, die Rede des Alterspräsidenten, das Alter der bisherigen Ratspräsidien und der Status des Sprechenden als nicht Parlamentarier in der vorausgehenden Legislatur. Doch alles der Reihe nach:

- Weshalb braucht es das interimistische Ratspräsidium? Ganz einfach: Zu Beginn der Legislatur ist das Präsidium noch nicht gewählt. Der Rat muss geführt werden, bis eine neue Ratspräsidentin oder ein neuer Ratspräsident gewählt ist. Ein wenig Ratserfahrung ist für diese Aufgabe sicher von Vorteil. Deshalb kam es zum sogenannten Alterspräsidium. Umgekehrt gedacht ist das jüngste Ratsmitglied vermutlich jeweils ein neu gewähltes Mitglied des Parlaments ohne Ratserfahrung. Der Sprechende sieht den Vorschlag deshalb als unglückliche Konstellation.

- Alterspräsident: Darauf könnte verzichtet werden. Selbstverständlich gab sich der Sprechende Mühe, als Alterspräsident nicht zu viele Gemeinplätze zu betreten.
Wenn auf die Rede des Alterspräsidenten verzichtet werden kann, kann auch auf die Rede eines Jungpräsidiums verzichtet werden. So kommt das Wesentliche in den Fokus: Die Rede des neu gewählten Präsidenten bzw. der neu gewählten Präsidentin, die ein spannender Ausblick sein kann. Alles darum herum schmälert die Bedeutung dieses wichtigen Votums.
- Altersdurchschnitt der bisherigen Präsidien: Die Leistung des Ratspräsidenten bzw. der Ratspräsidentin und sein oder ihr Lebensalter sind nicht zwingend kongruent. Zumindest im Kantonsrat könnte dies empirisch falsifiziert werden. Auch für den Grossen Stadtrat ist nicht erwiesen, dass ein junges Ratspräsidium den Rat qualitativ besser führen würde. An die Adresse der G/JG-Fraktion gerichtet, meint der Sprechende: Wenn die Fraktion so sehr auf die Jugendlichkeit des Rates besteht, hat sie alle Freiheiten, bei der nächsten Nomination für das Ratspräsidium ihr jüngstes Fraktionsmitglied zu portieren.
- Zum Sprechenden selbst: Er mag sich nicht dafür entschuldigen, dass er im vorgerückten Alter von Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Luzern für vier Jahre in den Grossen Stadtrat gewählt wurde. Es gilt offen zu bleiben für künftige neue Formen des Legislaturbeginns. Doch alles umzukehren und das jüngste, unerfahrenste Mitglied die Vereidigung des neuen Präsidiums vornehmen zu lassen und das älteste eine Rede halten zu lassen, tut dem Rat nicht gut.

Der Sprechende stellt einen **Ablehnungsantrag** für den Vorstoss.

Thomas Gfeller: Die SVP-Fraktion stellt sich nicht gegen die Motion. Ob jung oder alt ist für sie nicht matchentscheidend. Doch der Sprechende hat eine Verständnisfrage:
Zwischen der Forderung der Motionäre und der Antwort des Stadtrates liegt eine kleine Diskrepanz. Die Motionäre fordern, dass dem Grossen Stadtrat bei der nächsten Teilrevision der Gemeindeordnung zuhanden der Stimmberechtigten zusätzlich die Änderung zu unterbreiten ist, dass anstelle des ältesten Mitglieds des Parlaments neu das jüngste Mitglied die konstituierende Sitzung der neuen Legislatur eröffne. Das ist soweit klar.

In der Antwort des Stadtrates heisst es: «Wenn auch ohne verbindliche Wirkung darf die Wirkung symbolischer Akte nicht unterschätzt werden. Und genau aus diesem Grund macht der Stadtrat dem Grossen Stadtrat beliebt, über eine ergänzende Regelung in seinem Geschäftsreglement dem ältesten Ratsmitglied die Gelegenheit zu geben, an der konstituierenden Sitzung des neu gewählten Grossen Stadtrates ebenfalls eine Rede halten zu können.»

Aus Sicht der SVP-Fraktion unterbreitet der Stadtrat damit einen Gegenvorschlag. Daher fragt sie sich, ob die komplette Entgegennahme der Motion korrekt ist.

Jona Studhalter antwortet auf die Fragen von Vorredner Thomas Gfeller: Ja, die komplette Entgegennahme ist korrekt, denn die Motion bezieht sich auf die Gemeindeordnung. Der Vorschlag des Stadtrates bezieht sich auf das Geschäftsreglement. Da bräuchte es einen neuen Vorstoss.

Es geht bei diesem Vorstoss nicht um den Sprechenden selbst. Er hofft, dass er in drei Jahren – mit 29 Jahren – nicht das jüngste Ratsmitglied sein wird.

Das ist ein Appell an alle Fraktionen: Diese sollen den Vorstoss als Ansporn sehen, jüngere Menschen als den Sprechenden in das Parlament zu bringen. Alle Parteien haben Jungparteien, deren

Mitglieder gerne im Parlament Einsitz nehmen. Der Platz, die Legislatur zu eröffnen, ist für alle Fraktionen offen.

Der Sprechende bedauert es und erachtet es als befremdlich, wie das älteste Ratsmitglied jungen Ratsmitgliedern die Kompetenz abspricht, eine Legislatur zu eröffnen. Die Haltung, dass Junge wohl ein Eröffnungsvotum halten können, das älteste Mitglied aber dafür besorgt ist, dass die Sitzung korrekt geleitet wird, ist keine gute Haltung. Junge sollen Verantwortung übernehmen dürfen.

Fabian Reinhard: Den Parlamenten wird manchmal nachgesagt, dass sie sich am liebsten mit sich selbst beschäftigen. Silvio Bonzanigo drückte es nicht schlecht aus: Die nun diskutierte Regelung steht im Geschäftsreglement und in der Gemeindeordnung, weil es schlicht jemand machen muss. Eine Person muss die Sitzung eröffnen, zwei provisorische Stimmzählerinnen oder -zähler wählen und die Sitzung zur Wahl der Ratspräsidentin oder des Ratspräsidenten führen.

Was nicht geregelt ist im Geschäftsreglement und in der Gemeindeordnung, sind die Reden und Ansprachen. Diese muss niemand machen, sie sind aber Usus. Wegen Reden müsste also kein Reglement geändert werden.

Das salomonische Urteil des Stadtrates in seiner Antwort, dass dem Alterspräsidenten ebenfalls die Möglichkeit gegeben wird, sich zu äussern, kann man machen. Es würden dann zwei Reden statt einer gehalten, obwohl es eigentlich keine bräuchte. Silvio Bonzanigo bemerkte richtig: Die wichtige Rede ist jene der neuen Präsidentin oder des neuen Präsidenten. Wenn es neu zusätzlich zwei statt eine Rede gibt, sollten diese dafür doppelt so interessant sein.

Die FDP-Fraktion ist indifferent in der Frage, wie die Thematik gelöst wird. Es ist für sie in Ordnung, wenn das interimistische Präsidium neu vom jüngsten Ratsmitglied belegt wird.

Mirjam Fries: Die CVP-Fraktion wäre vermutlich nicht auf den Vorstoss gekommen, da sie zugebenermassen nicht aus den allzu jüngsten Ratsmitgliedern besteht. Sie sieht deshalb die Vorteile des Senioritätsprinzips wie von Silvio Bonzanigo ausgeführt. Meist handelt es sich um eine Person mit Amtserfahrung, welche die Ratssitzung eröffnet und weiss, welches die Abläufe sind. Auf den zweiten Blick erkannte die Fraktion aber gewisse Vorteile des im Vorstoss Geforderten. Die CVP-Fraktion ist bereit, über eine Veränderung zu diskutieren. Es muss nicht immer alles so sein, wie es immer war. Sie sieht auch die symbolische Kraft, welche die Legislatureröffnung durch das jüngste Ratsmitglied innehat.

Die Details müssen noch ausdiskutiert werden. Die CVP-Fraktion kann sich eine partnerschaftliche Lösung von Alt und Jung vorstellen. Als Auftrag für eine Überprüfung überweist die CVP-Fraktion die Motion gerne.

Daniel Lütolf: Wie heute schon einmal erwähnt: Goethe meinte gegenüber seiner Geliebten, dass er keine Zeit hatte für einen kurzen Liebesbrief, also schrieb er einen langen Liebesbrief. Der Sprechende hält sich kurz:

Wie der Stadtrat richtig festhält, darf die symbolische Wirkung nicht unterschätzt werden. Die von Vorredner Thomas Gfeller angesprochene Thematik ist dem Sprechenden ebenfalls nicht ganz klar. Dennoch ist die GLP-Fraktion der Meinung, dass das Alter nicht diskriminiert werden darf – egal ob jung oder alt. Die GLP-Fraktion hat grosse Sympathien für den Vorstoss und unterstützt ihn.

Tamara Celato wurde das Geschäft vom Fraktionschef zur Bearbeitung zugeteilt, weil sie das älteste Mitglied der SP-Fraktion ist. Nachdem Manuela Jost ihr Alter im Sommer auf 36 Jahre schätzte, ist wohl unbestritten, dass sich die Altersstruktur des Grossen Stadtrates während der letzten 20 Jahre geändert hat.

Die Rede von Silvio Bonzanigo Anfang Legislatur im Jahr 2020 blieb der Sprechenden als symbolischer Beitrag aus seiner Perspektive mit seinen Erfahrungen in Erinnerung. Genau aus dieser Perspektive hat auch die SP-Fraktion diskutiert. Die Rede des ältesten Ratsmitglieds ist nichts, was grosse Bewegungen nach sich zieht – sie ist ein symbolischer Akt. Wie heute bereits mehrfach gehört, ziehen politische Entscheide zum Teil jahrzehntelange Prozesse nach sich. Die Sprechende erachtet es als nichts als rechtens, dass die jungen Menschen, die mit der Umsetzung dieser Prozesse länger werden leben müssen, im politischen Alltag symbolisch eine Stimme erhalten. Die SP-Fraktion wird der Motion zustimmen.

Stadtpräsident Beat Züsli nimmt Stellung zur Frage, ob es richtig sei, die Motion entgegenzunehmen. Die Motion verlangt, dass das jüngste Ratsmitglied die konstituierende Sitzung eröffnet. Dieses Anliegen nimmt der Stadtrat entgegen, weshalb es richtig ist, die Motion entgegenzunehmen. Ergänzend macht der Stadtrat den Vorschlag, dass das älteste Ratsmitglied ebenfalls eine Rede halten kann. Dies kann über eine Änderung des Geschäftsreglements, die das Parlament selbst vornehmen kann, erfolgen. Es braucht dazu keinen zusätzlichen Vorstoss.

Zum Inhalt: Die Rede des jüngsten Ratsmitglieds wäre eine schöne Geste im Sinne der Generationenverbindung.

Fabian Reinhard merkt an den GLP-Vorredner gewandt an: Wie bereits von Stadtpräsident Beat Züsli gesagt, stimmt der Rat heute nur über die Änderung der Gemeindeordnung ab. In dieser ist in Art. 19 festgelegt, dass die Alterspräsidentin oder der Alterspräsident die konstituierende Sitzung eröffnet.

Der zweite Teil der Antwort, in der vorgeschlagen wird, dass auch das älteste Ratsmitglied eine Rede halten soll, kann der Grosse Stadtrat – wenn er dies wünscht – in Eigenregie ins Geschäftsreglement aufnehmen. Der Stadtrat hat in dieser Hinsicht nichts zu sagen. Deshalb schreibt er in seiner Antwort, dass er dies «beliebt macht».

Silvio Bonzanigo stellt klar: Es geht nicht um eine «Sesselkleberprämie». Wenn das Postulat überwiesen wird, möchte der Sprechende die Anregung mitgeben, dass man sich grundsätzlich Gedanken über die Legislatureröffnung macht. Sie ist ein Akt, der auf vier Jahre hinaus Wirkung erzeugen sollte. Ein würdiger Auftakt der Legislatur ist deshalb wichtig.

Daniel Lütolf bedankt sich bei Vorredner Fabian Reinhard für dessen Erklärung. Er hatte dies tatsächlich schon begriffen, nachdem Stadtpräsident Beat Züsli seine Erklärung abgab.

Der Grosse Stadtrat überweist die Motion 4: «Eröffnung der Legislatur durch jüngstes Ratsmitglied».

**11 Motion 14, Nico van der Heiden und Regula Müller namens der SP-Fraktion, Christian Hochstrasser namens der G/JG-Fraktion sowie Judith Wyrsch und Jules Gut namens der GLP-Fraktion vom 22. September 2020:
Zeitgerechte Kinderbetreuung sicherstellen**

Der Stadtrat nimmt die Motion als Postulat entgegen.

Die Motionärinnen und Motionäre sind mit der Umwandlung in ein Postulat einverstanden, auch vom Grossen Stadtrat spricht sich niemand dagegen aus.

Aus dem Grossen Stadtrat gibt es keine Wortmeldung.

Die Motion 14 ist somit überwiesen.

**12 Interpellation 69, Regula Müller und Tamara Celato namens der SP-Fraktion vom 1. März 2021:
Wie kann die gendersensible Berufsorientierung gestützt werden?**

Regula Müller gibt eine kurze Erklärung ab: Die Zahlen in der Antwort des Stadtrates zeigen deutlich, dass etliche Berufe fast ausschliesslich von Männern bzw. von Frauen gewählt werden. Die Forschung zeigt, dass diese Einteilung nichts mit natürlichen Unterschieden zwischen Männern und Frauen zu tun hat, sondern dass vielmehr Sozialisations- und Bildungsprozesse geschlechtsbezogen geprägt sind. Die Sprechende hätte sich gewünscht, dass der Stadtrat sich innovativer gezeigt hätte und sich nicht mit einem eigenen genderneutralen Zukunftstag zufrieden gegeben hätte.

Damit ist die Interpellation 69 erledigt.

**13 Interpellation 58, Lena Hafen und Simon Roth namens der SP-Fraktion vom 1. Februar 2021:
Grundstücksgeschäfte EWL**

Lena Hafen beantragt Diskussion.

Der Grosse Stadtrat stimmt der Diskussion zu.

Lena Hafen: Die SP-Fraktion ist mit der Antwort des Stadtrates nicht in allen Teilen einverstanden. Über einige Punkte wie die Finanzierung der Strategie der erneuerbaren Wärmeversorgung von ewl und die Rechtsform der städtischen AG im Alleinbesitz wird der Stadtrat noch ausführlich diskutieren. Die Sprechende nennt deshalb ein paar Punkte, die der SP-Fraktion wichtig sind:

- Es stimmt, dass ewl eine privatrechtliche AG ist und ihre strategische und operative Führung deshalb grundsätzlich autonom ist. ewl gehört aber zu 100 Prozent der Stadt, und der Stadtrat hat ausserdem Einsitz im Verwaltungsrat. Man kann deshalb nicht so tun, als hätte man mit den Entscheidungen von ewl überhaupt nichts zu tun. Die SP-Fraktion hat deshalb den Eindruck, der Stadtrat verstecke sich hinter der Rechtsform und es fehle an politischem Willen, den gemeinnützigen Wohnungsbau wirklich voranzutreiben. Sie erwartet, dass die Vertretung des Stadtrates gerade bei Grundstücksgeschäften seine Stadtratskolleginnen und -kollegen informiert und so die Voraussetzungen dafür schafft, dass der Stadtrat Grundstückskäufe prüfen kann.
- Tatsächlich stehen nur wenige Grundstücke in der Stadt zum Verkauf, und nur wenige sind überhaupt geeignet, die Initiative umzusetzen. Die Stadt muss deshalb alles unternehmen, geeignete Grundstücke zu erwerben. Erfreulicherweise ist sie beim Steghofareal dran. Auch das Grundstück 620, welches ewl an die Urban Living AG im Baurecht abtrat, war offenbar auf ihrem Radar. Hier wurde es aber leider verpasst, das Grundstück zu erwerben.
- Es ist nicht so, dass die Stadt ewl zwingen soll, Grundstücke unter ihrem Wert zu verkaufen und so die Finanzierung der Strategie erneuerbare Wärmeversorgung zu gefährden. Die Stadt soll diese Grundstücke zum Marktpreis erwerben. Ausserdem besteht auch die Möglichkeit – das entsprechende Postulat wurde von der SP-Fraktion eingereicht –, die Grundstücke als Sachdividende auszuschütten und ewl auf diesem Weg finanziell zu entlasten.
- Im Übrigen findet es die SP-Fraktion kurzichtig, wenn sich die Stadt nur für Grundstücke innerhalb der Stadtgrenze interessiert. Die Stadtentwicklung und die Frage nach bezahlbarem Wohnraum enden nicht beim Eichhof. Man war in der Vergangenheit schon mehrfach froh, dass der Stadt auch Grundstücke auf der anderen Seite der Stadtgrenze gehören, so z. B. beim Südpol in Kriens, beim Fährhaus Rotsee in Ebikon oder bei den Arealen für Familiengärten in verschiedenen Gemeinden.

Christian Hochstrasser: Die G/JG-Fraktion erachtet die Thematik des Grundstücks, das im Baurecht abgegeben wurde und Auslöser für die Interpellation war, nicht dermassen brisant. Brisant sind vielmehr andere, grössere Grundstücke. ewl braucht für ihren Weg Richtung Klimaneutralität Geld und will dazu Grundstücke, die sie für ihre aktuelle Geschäftstätigkeit nicht braucht, mit einem

Maximalgewinn verkaufen. Man muss sich fragen, ob sich hier die Klimaneutralität und die Stadtentwicklung nicht in einem Dilemma befinden.

Der G/JG-Fraktion ist wichtig, dass die Stadt Grundstücke zu vernünftigen Preisen kaufen kann. Es macht keinen Sinn, an ewl überrissene Preise zu zahlen. Noch wichtiger ist aber, dass die Grundstücke von ewl nicht zu Maximalpreisen an Dritte gehen und sich nur noch gewisse Gruppen leisten können, dort zu wohnen.

Aus Sicht der G/JG-Fraktion gibt es einen Handlungsbedarf: Man muss mit ewl sprechen, damit sie ihre Grundstücke nicht zu Maximalpreisen an Dritte verkauft. Das ist essenziell. Die Frage der Stadtentwicklung und der Klimaneutralität muss beachtet werden.

Die Idee der SP-Fraktion, eine Sachdividende, d. h. Geld statt Grundstücke, auszuschütten, damit ewl genug liquid ist, um in die Klimaneutralität zu investieren, findet die G/JG-Fraktion prüfenswert und interessant.

Andreas Felder: Die CVP-Fraktion dankt den Interpellantinnen und Interpellanten für ihre Fragen und dem Stadtrat für die Antwort. Beides führte zur Klärung. Der Sprechende schliesst sich seinem Vorredner an: Auch er fand das Geschäft nicht ganz so dringend und ist der Ansicht, dass die Abgabe im Baurecht an die Urban Living keinen Vorstoss nötig gemacht hätte. Andererseits versteht er, dass man Auskunft verlangt, wenn in einem Medienbericht steht, dass der Stadtrat über ein solches Geschäft von ewl nicht einmal informiert gewesen sei.

Positiv ist, dass zwischenzeitlich die städtischen Vertretungen aufgrund der Mandatsverträge eine Informationspflicht gegenüber dem Stadtrat haben. Der Sprechende geht davon aus, dass der Stadtrat künftig über solche Geschäfte informiert wird.

Dem Parlament wurde schön aufgezeigt, welche Grundstücke noch infrage kommen. Der Sprechende erachtet es als Aufgabe der Stadt, sich vor allem auf das eigene Stadtgebiet zu fokussieren und nicht in Engelberg oder in Kriens gemeinnützigen Wohnungsbau zu fördern. Beim infrage kommenden Areal sind Gespräche in Gang, und der Sprechende ist überzeugt, dass der Stadtrat alles daran setzt, zu einer guten Lösung zu kommen.

Generell: Über den Umgang mit den Tochtergesellschaften zu diskutieren, würde den Rahmen sprengen.

Jules Gut war etwas verunsichert durch Lena Hafens Input. Er war nach ihrem Votum nicht sicher, ob er dieselbe Antwort las wie sie. Durch die beiden nachfolgenden Redner wurde dies etwas relativiert. So sieht es auch die GLP-Fraktion: Sie ist mit den Ausführungen des Stadtrates sehr einverstanden. Sie wäre überrascht gewesen, wenn sich der Stadtrat der politischen Brisanz für den Fall, dass die 100-prozentige Tochtergesellschaft städtisches Land an Dritte zu Maximalpreisen verkaufen würde, nicht selbst bewusst gewesen wäre. Der Stadtrat entwickelte in dieser Hinsicht mittlerweile eine gewisse Sensibilität.

Gegen den Verkauf von Liegenschaften ausserhalb der Stadt hingegen, bspw. von Landwirtschaftsland in Engelberg, spricht aus Sicht der GLP-Fraktion nichts, wenn es dem wirtschaftlichen Zweck der eigenen AG von Nutzen ist und der Stadt mit dem Erwerb kein strategischer Nutzen erwachsen würde.

Die GLP-Fraktion bedankt sich für die Ausführungen des Stadtrates und ist erfreut, dass er seine Lektionen aus der neuen Bodenpolitik der Stadt Luzern lernte und selbstständig, proaktiv und vorausschauend mit ewl im Sinne der Interpellantinnen und Interpellanten verhandelt.

Finanzdirektorin Franziska Bitzi Staub bedankt sich für die Würdigung. Vertretungen von ewl sind demnächst an einer Sitzung der Geschäftsprüfungskommission anwesend, sodass die Diskussion zu diesem Thema fortgeführt werden kann.

Die Interpellation 58 ist somit erledigt.

Die restlichen Traktanden 14 bis 20 werden aus zeitlichen Gründen nicht mehr behandelt.

Ratspräsidentin Sonja Döbeli Stirnemann schliesst die Sitzung und informiert über die nächste Sitzung des Grossen Stadtrates: Diese wird am 28. Oktober 2021 stattfinden.

Schluss der Sitzung: 17.55 Uhr

Luzern, 29. November 2021

Die Protokollführerin:



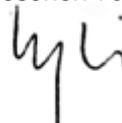
Andrea Müller

Eingesehen von:



Michèle Bucher, Stadtschreiberin

Eingesehen von:



Daniel Egli
Stadtschreiberin-Stv.